Nr. 28. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 2. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Kinderausbeutung.

Bei den diesjährigen socialpolitischen Debatten, die der Reichstag bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern veranstaltete, hat die Bekämpfung der gewerblichen Kinderarbeit, einer der größten Scheußlichkeiten des kapitalistischen Systems, eine größere Rolle gespielt als sonst. Selbst den Vertretern der Ausbeuterparteien schlägt das Gewissen angesichts der schändlichen Auswucherung der Arbeitskraft armer Proletarierkinder und der Verwüstung ihrer Gesundheit durch den Kapitalismus. Es ist deshalb auch von ihnen ein energisches gesetzliches Eingreifen gefordert worden. Aber die bürgerliche Socialpolitik, die das Medusenantlitz des Kapitalismus nur wie mit einer dünnen Schminke überzieht, bleibt im Grunde machtlos gegen die Kinderausbeutung, weil eben ihre „Energie" vor dem kapitalistischen Interesse zusammenknickt. Auch jetzt hat sich das wieder gezeigt, in der Art, wie die bürgerlichen Parteien sich über den dem Bundesrate vorliegenden Gesetzentwurf betreffend die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken geäußert haben.

Die gewerbliche Kinderarbeit ist ja weit größer, als allgemein angenommen wird. Schon nach der bekannten statistischen Erhebung von 1898, deren Resultate die Unterlage für die Regelung der Kinderarbeit bilden, waren in Deutschland außerhalb der Fabriken weit über eine halbe Million Kinder unter 14 Jahren beschäftigt: 544 283 Kinder. Davon waren thätig in der Industrie 306 823, im Handel 17 623, im Verkehr 2691, in den Gast- und Schankwirtschaften 21 620, in Austragediensten 185 830, in gewöhnlichen Laufdiensten 35 909, in sonstiger gewerblicher Beschäftigung 11 787. In den Großstädten und deren Vororten schwankt die Zahl der beschäftigten Kinder zwischen 12 bis 14½ Proz. durchschnittlich, in gewissen Industriedörfern mit ausgebildeter Hausindustrie steigt sie bis zu 80 Proz. aller schulpflichtigen Kinder. Die Zahlen geben wie gesagt nur ein schwaches Bild, weil die Kinderausbeutung der Landwirtschaft von der Erhebung väterlich verschont geblieben ist, weil ferner nicht festgestellt worden ist, wie viele Kinder im Gesindedienst und im Hause gewerblich beschäftigt werden. Deshalb kommt jetzt auch die „Rhein.-Westfälische Zeitung", das bekannte Organ des Ausbeutertums der „roten Erde" dazu, den auf Grund dieser Erhebungen von der Regierung fertiggestellten Gesetzentwurf bereits jetzt frech als ein „gegen die Industrie gerichtetes Tendenzgesetz" zu bezeichnen. Gegenüber der jämmerlichen Halbheit des Gesetzentwurfs könnte man das Urteil des Ausbeuterblattes noch nicht einmal so sehr übelnehmen, wenn man nicht wüßte, daß es ebenso schimpfen würde, wenn auch die Agrar- und Hausausbeutung mit getroffen worden wäre.

Seitdem ist die Kinderarbeit noch bedeutend angewachsen. Zunächst in der Heimarbeit. Aus den Berichten der Gewerbe-Inspektoren läßt sich dies mit zahlreichen Beweisen belegen. Die Ursache dazu ist das Bestreben der Fabrikanten, ihre Produktion zu verbilligen durch einfaches Illusorischmachen der Arbeiterschutz-Gesetze. Da diese ihnen die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in den Fabriken verbieten und auch sonst der tollsten Ausbeutung gewisse Zügel anlegen, so geben sie in steigendem Maße Arbeiten an die Hausindustrie ab. In der Praxis hat das bisherige gesetzliche Vorgehen nicht die Beschränkung der Kinderarbeit, sondern nur ihre Verlegung aus der Fabrik ins Haus bewirkt. Im Königreich Sachsen, in Thüringen und in den sonstigen Domänen der deutschen Hausindustrie existieren ganze Betriebsweisen nur durch die Kinderarbeit. Das berüchtigte „Mitnehmen von Arbeit nach Hause" ist meist nichts andres als der Umweg, auf welchem der Fabrikant eben doch zu der vollen Ausbeutung der Kinder gelangt, die ihm das Gesetz in der Fabrik beschränkt hat. In vielen Betrieben der Spiel- und Holzwaren-, der Puppen-, der Bürsten- und Pinsel-, der Cigarren-Industrie giebt die Fabrik der Kinderarbeit nur den letzten Schliff. Und diese grauenhafte Ausbeutung, die frühzeitig Gesundheit und Leben der Proletarierkinder untergräbt, ist im Steigen begriffen, weil überall der Kapitalismus sich auf die Kinderarbeit wieder einzurichten beginnt, nachdem er die paar Jahre socialpolitischer Anläufe glücklich überstanden hat.

Die andre Ursache des Steigens der Kinderarbeit ist die Krise und die durch sie bewirkte Verringerung des Arbeitereinkommens. Wo Lohnreduktionen oder Betriebseinschränkungen derart auf den Arbeitslohn gedrückt haben, daß der Vater seine Familie nicht ernähren kann, da wird das Kind gezwungen, sich nach kleinem Verdienst umzusehen. Das hat kürzlich die Schwelmer Lehrerschaft in ihrem durch die Blätter gegangenen Aufruf ebenfalls dargelegt. „Durch den schlechten Geschäftsgang ist der Lohn vieler Arbeiter gesunken und die Zahl der Arbeitslosen in erschreckendem Maße gestiegen. In unseren Schulklassen sehen wir in größerer Zahl als bisher kränkliche, unzureichend genährte oder mangelhaft bekleidete Kinder armer Eltern." Und so wie dort sind die Zustände überall, zumal in den Großstädten. Diese Kinder drängen sich zu den Arbeiten als Austräger oder zu häuslichen Dienstleistungen aller Art, wobei sie oft die Thätigkeit Erwachsener verrichten müssen, ohne dafür mehr als ein paar Groschen Entlohnung zu erhalten.

Das Höchstmaß der Kinderausbeutung aber wird in der Landwirtschaft erreicht. Hier ist die Kinderarbeit nicht bloß besonders ausgedehnt, sondern auch besonders schwer. Die Junker haben es in der organisierten Verwendung von Kinderkräften zur billigen Bewältigung von Arbeiten geradezu zu einer Virtuosität gebracht. Es ist das noch ein Rest aus der „guten alten Zeit" der Erbunterthänigkeit, da ihnen Käthner und Instleute in unbeschränktem Maaße zu Hand- und Spanndiensten, zu Hofarbeiten, zu Knechte- und Mägdediensten pflichtig waren. Aus jener Zeit her glaubt der Junker einen selbstverständlichen Anspruch auf die Arbeitskraft der Kinder des Landarbeiters zu haben und die Ausbeutung wird durch die patriarchalische Form, in die sie sich kleidet, noch schlimmer als in der Industrie. Wie schamlos betreiben die Junker die Kinderausbeutung zur Erntezeit! In wie brutaler Weise wird die Gesundheit der Kinder verwüstet von den Rübenjunkern, deren Specialität die Verwendung der Kinder zum Rübenverziehen ist. Den Junkern zuliebe schließt der Staat die Schulen. Dörferweise holen die Treiber der Junker auf Leiterwagen die Kinder zusammen, die dann in sengender Sonne, in geblickter Körperhaltung auf dem Felde die Rüben ziehen. Aus den Schilderungen ländlicher Lehrer kennen wir die elende Verfassung, in der die Kinder nach der Feldarbeit in die Schule kommen, wie sie über brennende Augen und Schmerzen des Rückgrats klagen und wie diese Ausbeutung sie oft dauernd in ihrer Gesundheit schädigt.

Gegen diesen kapitalistischen Kindermord in seiner vielfachen Gestalt wird das, was jetzt von Reichs wegen geschehen soll, nur ein ganz schwächlicher Schritt sein. Es ist Socialpolitik nach der Art wie die letzte größere Maßnahme: die Regelung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe. Gesetzliche Festlegung der durchgängig gebräuchlichen Höchstarbeitszeit und Beschränkung der Maßnahmen auf einen Bruchteil des Handelsgewerbes: die Ladengeschäfte. So auch hier. Der vom Grafen Posadowsky angekündigte Gesetzentwurf soll eine tägliche vierstündige Arbeitszeit für Kinder von zwölf Jahren erlauben, die Kinderarbeit gänzlich verbieten in einigen wenigen Betrieben, in denen sie überhaupt minimal ist, und im übrigen die Hauptgebiete der Kinderarbeit: die häuslichen Dienstleistungen und die Landwirtschaft, vollständig ausnehmen. Diese Socialpolitik scheint den Grundsatz zu haben, bestehende Zustände einfach gesetzlich zu machen in dem Gedanken: nun können sie sich wenigstens nicht noch mehr verschlechtern. Daß eine solche Socialpolitik niemals wirkliche Verbesserungen schaffen kann, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Das Verhalten der Mehrheitsparteien des Reichstags bei den Debatten über die Kinderarbeit zeigt, daß bei ihnen der gute Wille zur Beseitigung derselben völlig fehlt. Das kapitalistische Ausbeutertum in Landwirtschaft und Industrie, die bürgerliche Häuslichkeit könnten geschädigt werden; deshalb ein paar Scheinmaßnahmen und im übrigen bleibt alles wie es ist.

Eine wirkliche Bekämpfung der Kinderarbeit erfordert ja nicht bloß das gesetzliche Verbot derselben, sondern auch Maßnahmen zu einer allgemeinen Besserung der Verhältnisse. Den Hausindustriellen zwingt der Hunger zur Kinderausbeutung, und wenn das Gesetz sie ihm verbietet, ohne daß seine Lage sich besser gestaltet, so liegt die Uebertretung des Verbotes nahe. Das befürchten eben auch unsre offiziellen Socialpolitiker und deshalb gehen sie so zaghaft und mit einer Fülle Verklausulierungen an die Regelung der Kinderarbeit heran. Erst wenn die Socialpolitik des Staates den erwachsenen Arbeiter und die erwachsene Arbeiterin besser schützt gegen die kapitalistische Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, wenn die tägliche Arbeitszeit verkürzt wird und durch geeignete Maßnahmen auf die Erhöhung des Arbeitereinkommens hingearbeitet wird, sinkt auch allmählich die Ziffer der Kinderarbeit. Diese Socialpolitik der Halbheit aber, die die Kinderarbeit, welche sie bekämpft, gar nicht ernsthaft beseitigen will, kann keine Erfolge bringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar.

Die Regierung gegen die agrarische Obstruktion.

Bisher hatte die Regierung vermieden, klare Stellung zu den über ihre Zolltarif-Vorlage hinausgehenden Forderungen der Agrarier zu nehmen. Sie beschränkte sich auf Ermahnungen und Warnungen an die junkerlichen Freunde, nichts Unmögliches zu verlangen. Erst der Zollkriege heraufbeschwörende Agrarierantrag in der Zolltarifkommission bezüglich der Ursprungsatteste veranlaßte den Grafen Posadowsky zu einer präciseren Ablehnung solcher Zumutung. Jetzt geht die Regierung weiter, indem sie durch die „Nordd. Allgem. Ztg." hochoffiziös eine Erklärung abgeben läßt, die sich zwar formell auch gegen die Angriffe der Zoll-Linken auf die Regierung wendet, aber wesentlich gegen die Ueber-Forderungen der Agrarier gepfalnt ist. Die Erklärung sagt in ihrem entscheidenden Teil:

„Die amtlichen Vertreter des Entwurfs sind durchaus einig darin, daß das ganze Werk durch **Ueberschreiten der vorgeschlagenen Minimalsätze oder Vermehrung der Zollbindungen,** sowie durch Uebertreibungen von der Art des vom Staatssekretär Grafen von Posadowsky in voller Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler bekämpften Antrages wegen der Ursprungszeugnisse **auf das ernstlichste gefährdet wird.**"

Zwar erklärt auch jetzt die Regierung noch nicht die Unannehmbarkeit jener agrarischen Forderungen und läßt den agrarischen Versuchen, die Regierung über ihre Vorlage hinauszutreiben, noch immer einige Möglichkeit. Doch wird diese Ankündigung für einen sehr großen Teil der Wucherparteien eine entscheidende Losung bedeuten. Das Centrum und die Nationalliberalen haben nach einer solchen Losung in heißem Sehnen verlangt; sie haben nun Gewißheit und können ihre Bemühungen um eine feste geschlossene Mehrheit für die Tarifsätze der Regierungsvorlage mit größter Sicherheit fortsetzen.

Die Konservativen aber werden sich entscheiden müssen. Werden sie von der „ernstlichsten Gefährdung" des Tarifs ablassen in der Ueberzeugung, durch ihr Schacherspiel jedenfalls eine Herabsetzung der Zollsätze verhindert zu haben? Oder werden sie versuchen, das Spiel dennoch weiter zu betreiben? Oder endlich — werden die extremsten Heißsporne des Bündlertums die konservative Partei wirklich zur Ablehnung der Regierungsvorlage zwingen?

Der letzte Fall, so zweifelhaft sein Eintreten ist, wäre freilich das beste, was geschehen könnte. Dann würde die Vorlage schneller, als erwartet werden konnte, im Orkus verschwinden! Doch es wäre vermessen, einen so schnell befreienden Ausgang des Zollattentates zu erhoffen. Weit wahrscheinlicher ist es, daß die konservative Partei sich bescheiden zum „gemäßigten" Wucher der Regierungsvorlage bekehrt. —

Der Reichstag

begann am Sonnabend die enchclopädische Unterhaltung, die sich nach Beendigung der socialpolitischen Generaldebatte bei der zweiten Lesung des Etats des Reichsamt des Innern in jedem Jahre entspinnt. Es sind auch meistens dieselben Gegenstände, über die man spricht und um die man kämpft. Wieder brachte der freisinnige Abg. Dr. Müller-Meiningen den Ausbau des internationalen Rechts zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs zur Sprache, wieder wurde die Förderung der Hochsee-Fischerei durch ein internationales Abkommen über Schonreviere und Schonzeit erörtert, und wieder wurde zum Kampf gegen die Reblaus aufgerufen.

Von allgemeinerem Interesse war die Debatte, die sich bei dem Kapitel der Reichs-Schulkommission über die Mecklenburger Volksschul-Verhältnisse entspann. Die Reichs-Schulkommission führt einen stattlichen Titel, ihre Aufgaben aber sind höchst bescheidener Natur: sie hat sich mit den Prüfungsordnungen und dem Berechtigungswesen zu beschäftigen. Immerhin aber ergiebt sich in der Debatte über die Ausgaben, die sie erfordert, die Möglichkeit, diesen engen Rahmen zu verlassen, und unser Genosse Herzfeld erwarb sich ein wirkliches Verdienst, daß er hierbei einmal den elenden Zustand des Mecklenburger Volksschulwesens sachkundig erörterte. Die Landschulen, die unter dem Patronat der Rittergutsbesitzer stehen, sind in traurigster Verfassung, die Lehrer werden auf das erbärmlichste bezahlt und befinden sich in schimpflichster Abhängigkeit vom Gutsherrn. Unser Redner forderte, daß das Reich Mindestbedingungen aufstellen solle, die alle Volksschulen der Einzelstaaten zu erfüllen hätten.

Aber soweit geht — nach dem Grafen Posadowsky — die Kompetenz des Reiches nicht. Die mecklenburgische Eigentümlichkeit darf nicht angetastet werden und selbst die „bundesfreundliche" Einwirkung des Reichskanzlers, die von freisinniger Seite spöttisch angeraten wurde, dürfte in diesem Falle wohl ausbleiben. Handelt es sich doch nur um die Schule und nicht um die Kirche und nicht um das Centrum. Der ultramontane Abg. Kirsch erklärte ganz offen, seine Partei hätte beim Toleranzantrag ihr Heu hereingebracht und wegen der mecklenburger Volksschule würde sie keinen Finger krumm machen.

Die Debatte selber führte zu einer allgemeinen Erörterung der mecklenburgischen Zustände. Neben die schlecht bezahlten Volksschullehrer stellte Herr Eickhoff von der freisinnigen Volkspartei die schlecht bezahlten mecklenburgischen Gymnasiallehrer, und Herr Dr. Pachnicke beschäftigte sich mit der mecklenburgischen Verfassung so eingehend, daß ihn der Mecklenburger, der gerade auf dem Präsidentenstuhle saß, Herr Büsing, unter allseitiger Heiterkeit zur Sache rufen mußte.

Sehr breit wurden zwischendurch die Gymnasialreform und die Zulassung zum juristischen Studium besprochen, wobei die Redner der Rechten und des Zentrums in mittelalterlicher Begeisterung für das Studium des Lateinischen schwärmten.

Von größerer Bedeutung waren die Verhandlungen, die sich beim Reichsgesundheitsamt anspannen. Herr Lenzmann von der freisinnigen Volkspartei forderte wie in den Vorjahren die reichsgesetzliche Regelung der Vorschriften über die Unterbringung von Irren und Graf Posadowsky sagte nähere Erkundigungen bei den Einzelregierungen zu. Den Schluß des Tages bildete eine auf umfangreiches Material gestützte Rede des Genossen Antrick, in der er seinen guten Kampf gegen die fürchterlichen Mißstände in öffentlichen und privaten Krankenhäusern hier in Berlin wie in der Provinz wirksam fortsetzte. Die Rede mußte leider wieder — wie im Vorjahre — in so vorgerückter Stunde gehalten werden, daß sie in der Presse vielleicht nicht die Beachtung finden wird, die sie verdient.

Am Montag geht die Debatte weiter. —

Fleischwucher, Butter- und Milchring im Abgeordnetenhaus.

Das **Abgeordnetenhaus** überwies am Sonnabend nach unwesentlicher Debatte den Gesetzentwurf gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden durch Reklameschilder an eine Kommission von 14 Mitgliedern und setzte sodann die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Die Debatte, die sich in Einzelheiten verlor, verlief anfangs recht langweilig; erst am Schluß, als die Frage des Berliner Milchringes angeschnitten wurde, wurde sie etwas interessanter.

Extrem-agrarische Forderungen brachten die Abg. Ring und Mendel-Steinfels vor, die beide, angeblich aus rein sanitären Gründen und unter Berufung auf die Wissenschaft die völlige Sperrung aller Grenzen verlangten. Es ist erstaunlich, mit welcher Keckheit die Agrarier selbst die Wissenschaft in ihrem Kampfe um die Auspressung der Massen durch hohe Fleischpreise zu Hilfe rufen. Herr Ring ist sogar nicht abgeneigt, auch die bayrische Grenze zu sperren, weil von Bayern nach seiner Meinung zu viel österreichisch-ungarisches Vieh eingeführt wird. Der Minister v. Podbielski, der wiederholt in die Debatte eingriff, zeigte sich den agrarischen Forderungen durchaus geneigt. Herr v. Podbielski ist, wie er behauptet, einzig und allein darauf bedacht, der Bevölkerung gesunde Nahrung zuzuführen. Mit

tiefem Kummer muß er es mit ansehen, daß seine lieben Berliner lieber eine alte Kuh als ein gemästetes Kalb essen und daß sie überhaupt mehr auf die Quantität als auf die Qualität der Nahrung sehen. Den einzigen Lichtblick bieten ihm die Berliner Schuljungens, die die Margarine verachten und für Naturbutter schwärmen. Mehr als einmal ist es ihm passiert, daß er in den Freistunden die Schuljungen beim Frühstück überraschte, und als er ihnen sagte: „Auf Euren Stullen ist ja keine Butter, sondern Margarine!" da warfen die Jungen wie auf Kommando ihre Stullen zu Boden. Wie herrlich wird es sich dermaleinst in Preußen regieren, wenn die heutige Jugend bei Podbielski-Butter herangereift ist.

Als tüchtige Geschäftsleute zeigten sich die Herren Dr. Arendt, der selbst bei dieser Gelegenheit für die Doppelwährung Propaganda machte, und Herr Mohr, das ehemalige Mitglied der nationalliberalen Fraktion, der eine große Reklamerede für die von ihm fabrizierte Margarine hielt. Das Wort „Geschäftsreklame", das ihm von der Rechten entgegengerufen wurde, war vielleicht parlamentarisch nicht zulässig und wurde auch vom Präsidenten gerügt, aber zutreffend war es trotz alledem. Die Rede des Margarine-Fabrikanten war natürlich für die Agrarier die erwünschte Veranlassung, die Regierung für ein strengeres Margarinegesetz scharf zu machen.

Wo über Margarine und Butter gesprochen wird, ist es leicht, auch die Milch in die Debatte zu ziehen. Mit einem Schlage, ohne daß man genau sagen kann, wie es kam, befand sich das Haus in einer fröhlichen Debatte über den **Berliner Milchkrieg.** Der Führer in diesem Kampfe, Abg. Ring (k.) verteidigte das Vorgehen der Milchcentrale, während die Abgg. Dr. Barth (frs. Vg.) und Goldschmidt (frs. Vp.) den Standpunkt der Konsumenten vertraten. Herr v. Podbielski verhielt sich in diesem Kampfe neutral; er bedauerte nur, daß er persönlich infolge des Milchkrieges seine Milch nicht los werden kann.

Am Montag wird die Beratung fortgesetzt. Außerdem stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung. —

* * *

Deutsches Reich.

Uferlose Phantasien.

Die Marineoffiziösen haben das Handwerk schnell wieder aufgegeben, Herrn v. Tirpitz von der Anklage rein zu waschen, daß er 1900 den Reichstag gröblich getäuscht hat. Wozu auch! Herr v. Tirpitz hat nichts Schlimmeres gethan als andre auch, die noch blühen und gedeihen. Ueber solche kleinen Schönheitsfehler sieht man bei uns hinweg.

Das Schlimme ist nur, daß die Socialdemokratie so schuftig ist, die Wahrheit für eine sittliche Pflicht zu halten und zu verkünden. Dann schimpft man natürlich über die verbrecherische Immoralität der Wahrheit. Welchen Begriff aber mögen allmählich die untergeordneten Beamten von der Ehrlichkeit bekommen, die höchste Bureaukratenpflicht ist, wenn sie sehen, wie ihre obersten Chefs ungefährdet Politik treiben dürfen.

Während die offiziösen Wäsch- und Glanzplätter ruhen, ergehen sich einige Zeitungsdiplomaten in uferlosen Phantasien über Ursprung und Zweck unsrer Veröffentlichung. Ein Ganz-Schlimmer hat herausbekommen, daß wir für eine konservative Intrigue benutzt worden sind, die darauf zielte, Herrn v. Tirpitz, den verdächtigen Schwiegersohn eines ††† Freihändlers zu stürzen.

Merkwürdig, daß diese Gesellschaft niemals den Gedanken zu fassen vermag: es könne ehrliche Leute geben, die einfach nur die Pflicht erfüllen wollen, eine Politik der Täuschung zu entlarven. —

Minister für Vernichtung des Koalitionsrechts.

Als wir kürzlich das Erpressungsurteil der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts I gegen den Zimmerer Kutzner mitteilten und besprachen, gaben wir bereits der Vermutung Raum, daß diese sonderbare Rechtsauslegung, die den Arbeiter, der nur sein Koalitionsrecht benutzt, der Erpressung für schuldig erklärt, nicht ohne Mitwirkung des preußischen Justizministers zu stande gekommen ist. Eine Berliner Korrespondenz bestätigt jetzt diese Vermutung und ergänzt sie, indem sie die Mitschuld auch des preußischen Ministers des Innern feststellt. Die Korrespondenz sagt:

„Zur Frage des Koalitionsrechts der gewerblichen Arbeiter hat der **Minister des Innern im Einverständnis mit dem Justizminister** eine beachtenswerte **Verfügung** erlassen. Anlaß dazu gab die Freisprechung eines Arbeiters, der einen Berufsgenossen zur Zahlung von Vereinsbeiträgen zu bestimmen versucht hatte. Nach § 152 der Gewerbe-Ordnung werden bekanntlich alle Verbote ꝛc. gegen Gewerbegehilfen ꝛc. wegen „Verabredungen und Vereinigungen" behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgehoben, während § 153 den mit Strafe bedroht, der durch Anwendung körperlichen Zwanges ꝛc. andre zu bestimmen versucht, an solchen „Verabredungen" teilzunehmen ꝛc. Da hier nicht zugleich von „Vereinigungen" die Rede war (um welche es sich in jenem Strafprozesse handelte) war die Freisprechung erfolgt, und zwar unter Berufung auf eine kammergerichtliche Entscheidung, welche beide Minister für „nicht zwingend" erachten; dieselbe führe vielmehr zu „unannehmbaren Folgerungen", die gegen einen Verabredungszwang gerichtete Strafvorschrift treffe auch den Vereinigungszwang. Uebrigens wäre im vorliegenden Falle, da ein klagbares Recht auf die Vereinsbeiträge nach § 152 Abs. 2 nicht bestehe, der Thatbestand **auch aus den Gesichtspunkten der Erpressung** zu prüfen gewesen. Der **Justizminister** hat daher **die Beamten der Staatsanwaltschaft angewiesen,** den angegebenen Rechtsstandpunkt den Gerichten gegenüber zu vertreten, gegen abweichende Entscheidungen die zulässigen Rechtsmittel einzulegen und möglichst auf die Herbeiführung einer Entscheidung des Reichsgerichts hinzuwirken. In gleicher Weise ersucht der Minister des Innern die Oberpräsidenten, die ihm nachgeordneten Verwaltungsbehörden in diesem Sinne zu verständigen."

Es zeigt sich, daß die Staatsanwaltschaft der Belehrung seitens ihrer obersten vorgesetzten Behörde bedurfte, um die „Lücken" der Gewerbe-Ordnung und das Mißlingen des Zuchthausgesetzes durch die Anwendung des Erpressungsparagraphen auf ehrenhafte Arbeiter zu ergänzen. Wie vortrefflich doch der gesamte Justiz- und Verwaltungsapparat funktioniert! Der Zimmerer Keye, der beharrliche Gegner der Organisation seiner Berufskollegen, wendet sich — jedenfalls auf Anraten scharfmacherischer Kreise — in einem Schreiben an den Justizminister. Der Justizminister setzte sich alsbald mit seinem Kollegen, dem Minister des Innern, in Verbindung und beide weisen ihre untergeordneten Behörden auf die Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen einen Arbeiter hin, der die Arbeitsniederlegung seiner Kollegen ankündigte im Falle der Weiterarbeit des Organisationsfeindes. Sofort folgt die Staatsanwaltschaft dem Wink des Ministers und das Richterkollegium teilt alsbald die ihm vom Justizminister empfohlene Auslegung. Es erfolgt Bestrafung mit 6 Wochen Gefängnis.

Die juristische Unhaltbarkeit des Urteils haben wir bereits nachgewiesen. Die obige Korrespondenz lehrt, wie die obersten preußischen Regierungsstellen sich den Bestrebungen des Zuchthausgesetzes mit andauerndem Eifer hingeben. Dieselbe Regierung, die dem Volke die Verteuerung der nötigsten Nahrungsmittel, die Belastung durch neue Flottenvorlagen zumutet, sie ist zugleich hartnäckig bemüht, die einzige Wehr der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe unbrauchbar zu machen. —

Herr v. Massow und die Lage der Landarbeiter.

Königsberg i. Pr., 31. Januar. (Eig. Ber.) In dem Berichte des „Vorwärts" über die Reichstagsrede des Herrn v. Massow vom 25. Januar heißt es:

„Redner hebt hervor, wie vorzüglich die Landwirte für die Arbeiter sorgen. Ich thue das, damit die Schreierei über uns endlich einmal aufhört. (Gelächter links.) **Wie vortrefflich sind unsre Arbeiter untergebracht** im Gegensatz zu dem furchtbaren Wohnungselend in den großen Städten. **Ich gebe meinen Leuten jährlich 80 Centner Getreide, sage und schreibe 80 Centner Getreide,** und da sagen Sie, die Leute seien nicht interessiert an hohen Getreidepreisen."

Herr v. Massow hat es mit der Wahrheit nicht ganz genau genommen. Wir haben sofort, als wir seine Rede lasen, den Versuch unternommen, festzustellen, wie es auf dem Gute Parnehnen des Herrn aussieht.

Schriftliche Kontrakte sind mit den Arbeitern, wie wir feststellten, nicht vereinbart. Ein bestimmtes Getreidequantum ist den Instleuten **nicht** zugesichert. Wie auf vielen andren Gütern erhalten die Leute den 18. Centner vom Erdrusch an der Maschine. Ihr Anteil richtet sich also nach dem Ertrag der Ernte. Ist dieselbe sehr ertragreich, so erhalten sie mehr, ist sie schlecht ausgefallen, stellt sich auch der Anteil der Arbeiter geringer. Davon kann keine Rede sein, daß die Leute regelmäßig 80 Centner erhalten. Das ist höchstens einmal in einem besonders günstigen Jahr der Fall gewesen. Im übrigen stellen sich die Löhne auf Parnehnen wie folgt: Instleute erhalten außer dem Erdrusch Tagelohn 40 Pf. und 3 Pfund Korn; der erste Scharwerker bekommt 35 Pf. pro Tag, der zweite 30 Pf. und je 3 Pfund Korn. Der Mann kann sich eine Kuh und zwei zwei Schafe halten, hat einen Morgen Kartoffelacker und ¼ Morgen zur Leinsaat und bekommt schließlich 30 M. Holzgeld. Die verheirateten Knechte erhalten 72 M. Jahreslohn, 16 Centner Roggen, 3 Centner Gerste, 3 Centner Hafer, 3 Centner Erbsen und 1 Centner Weizen, Holzgeld, halten eine Kuh und zwei Schafe und erhalten dasselbe Ackerland wie die Instleute, brauchen aber nur einen Scharwerker zu stellen. Die Deputanten erhalten 20 Centner Roggen, das Uebrige wie Knechte, und einen Lohn von ungefähr 150 M. jährlich. Die Frauen erhalten für dreimaliges Melken pro Tag im Monat ganze 5 M. Knechte und Deputanten haben keinen Anteil am Erdrusch. Es ist also nichts mit den 80 Centnern Getreide. So wie es mit der Getreidelieferung nicht stimmt, hat Herr v. Massow auch in Bezug auf die Wohnungen geflunkert. Der Ausdruck „vortrefflich" paßt auf keines der Arbeiter-Wohnhäuser auf seinem Gute. Von den sieben Häusern sind nur in dreien die Stuben gedielt, in den übrigen giebt es nur Lehmboden. Die Wohnung besteht für die Familie des Arbeiters und je einen oder zwei Scharwerkern aus Stube und Kammer sowie Kochgelegenheit auf dem Flur. Der Keller besteht aus einem Loch in der Stube, das bedeckt wird. Die Gutsleute auf Parnehnen sind durchaus nicht von ihren Behausungen entzückt.

Der edle Herr hatte also durchaus keine Ursache, den Mund voll zu nehmen. —

Das Geheimnis der Duellrede. In Sachen der angeblichen Aeußerungen des Kaisers über die Duellfrage ist jetzt — wie die „Potsd. Korr." meldet — dem Redacteur Paul Groll, ferner dem Verleger der „Potsdamer Ztg.", Buchdruckereibesitzer Fritz Stein, und dem stellvertretenden Vorsteher der Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung, Geheimen Rechnungsrat Julius Steinbach, die Anklage wegen Beleidigung der Lieutenants im 1. Garde-Regiment z. F. v. Goßler (Sohn des Kriegsministers) und v. Kessel (Sohn des kommandierenden Generals des Gardecorps) zugestellt worden. Die Anklage stützt sich nicht nur auf § 185 Str.-G.-B., wegen formeller Beleidigung der Offiziere, die darin gefunden wird, daß ihnen der Kaiser angeblich ihre Jugend in drastischer Weise vorgehalten haben sollte, sondern auch auf § 186 des Straf-Gesetzbuchs, wegen Verbreitung nicht erweislich wahrer Thatsachen. Geheimer Rechnungsrat Steinbach kommt als Verbreiter der Nachricht insofern in Betracht, als er sie am Biertisch erzählt hat, während als Verfasser des inkriminierten Artikels der Verleger Stein in Anspruch genommen wird und der Redacteur Groll damals für den Inhalt der Zeitung verantwortlich zeichnete. Wie verlautet sollen die Angaben des Artikels **auf Verwechselung mit Vorgängen bei einem andren Garde-Regiment beruhen.** Neben dieser Anklage gegen die drei vorgenannten Personen schwebt außerdem noch ein Verfahren vor dem Gericht des Landwehrbezirks Potsdam gegen den früheren Chefredacteur und Mitbesitzer der „Potsdamer Zeitung", Martin Berger, welcher Oberlieutenant der Reserve ist und in dessen Abwesenheit von der Redaktion der Artikel vom 9. Dezember v. J. erschien. —

„Nun aber weiter!" Ueber die vom Kaiser angefertigten neuen Schiffstafeln im Kuppelraum der Wandelhalle des Reichstages werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Die Tafeln stellen die Schiffsstärken Rußlands, Japans und der Vereinigten Staaten von Nordamerika vor. Nach der ersten Tafel besteht die russische Ostseeflotte aus 23 Schlachtschiffen (davon 1 im Bau) Tonnengehalt 13 516 bis 1492 Tonnen, 12 Kreuzern erster Klasse (14 367 bis 4700 Tonnen) und 15 Panzerdeckkreuzern (6630 bis 3000 Tonnen), die Schwarze Meerflotte aus 12 Schlachtschiffen (12 585 bis 3000 Tonnen). Die zweite Tafel enthält die japanischen Seekräfte, die sich aus 11 Schlachtschiffen (15 443—2100 Tonnen), 7 Kreuzern erster Klasse (9906—9456 Tonnen) und 18 Panzerdeckkreuzern (4978 bis 3400 Tonnen) zusammensetzen. Die Flotte der Vereinigten Staaten von Nordamerika besitzt 31 Schlachtschiffe (16 000—2159 Tonnen), hierunter das türzlich erst fertiggestellte Schlachtschiff „Projekt" mit 16 000 Tonnen, das größte amerikanische Schlachtschiff, 11 Kreuzer erster Klasse (13 615—8281 Tonnen) und 26 Panzerdeckkreuzer (7468 bis 1362 Tonnen).

Besonders interessant ist der Hinweis auf die japanische Flotte. Da Deutschland durch seine geniale Politik bei dem chinesisch-japanischen Kriege Japan vor den Kopf gestoßen und durch die nicht minder geniale Politik des China-Kreuzzuges auf eine Annäherung Japans an China hingewirkt hat, dürfte man dem Anwachsen der japanischen Seekräfte eine besondere Bedeutung beimessen, die jedenfalls in einer Verstärkung der ostasiatischen Station zum Ausdruck kommen wird. Weshalb man so sehr auf die Seekraft Rußlands und Amerikas hinweist, erscheint uns weniger verständlich. Ist doch der Zar sogar von Wilhelm II. mit der China-Denkmünze bedacht worden, und steht doch die Amerikareise des Prinzen Heinrich bevor! —

Die Wahl in Schaumburg-Lippe hat, wie schon gestern telegraphisch gemeldet wurde, mit einem Siege der Freisinnigen geendigt, da die Socialdemokraten für den Gegner des Brotwuchers eintraten.

Der Wahlkampf wurde zwischen den Freisinnigen und Antisemiten mit unerhörter Leidenschaft und Bösartigkeit geführt. Während die Freisinnigen auf die wechselvolle politische Laufbahn des Grafen Reventlow, des antisemitischen Kandidaten, hinwiesen, schilderte in letzter Stunde vor der Stichwahl ein antisemitisches Flugblatt in scheinbar dokumentarischer Form den freisinnigen Kandidaten als einen höchst bedenklichen Wucherer und Betrüger. Die Stimmung war so „animiert", daß es in Stadthagen vor beiden Wahllokalen zu Schlägereien zwischen Antisemiten und Freisinnigen kam.

Die Antisemiten hatten keine Mühe gescheut, um die Arbeiter für den Grafen Reventlow einzufangen; sie hatten zu diesem Zwecke eigens den Vorsitzenden des „deutsch-nationalen Arbeiterbundes" Lorenz Hertling aus Hamburg, sowie den Vorsitzenden aus Gelsenkirchen kommen lassen. Hat aber alles nichts genützt.

Die Wähler in Schaumburg-Lippe müssen nach diesen Auseinandersetzungen zwischen Freisinn und Antisemiten den Eindruck gewonnen haben, daß der einzige anständige Kandidat der sozialdemokratische Kandidat gewesen sei. Uebrigens hat Graf Reventlow am Tage der Stichwahl einem socialdemokratischen Vertrauensmann persönlich den Dank für unsere sachliche Kampfesweise ausgesprochen. —

Beförderung der „inneren Kolonisation".

Einen Gesetzentwurf zur Förderung der inneren Kolonisation haben die Konservativen, Freikonservativen, das Centrum und ein Teil der Nationalliberalen im Abgeordnetenhause eingebracht. Der Regierung soll aus bereiten Mitteln ein Fonds von 12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, um 1. Grundstücke käuflich zu erwerben, 2. dieselben planmäßig zu besiedeln durch Errichtung neuer Stellen von mittlerem oder kleinem Umfange; in Ausnahmefällen ist auch die Bildung größerer Restgüter zulässig. 3. diejenigen Kosten zu bestreiten, welche entstehen: a) aus der erstmaligen Einrichtung neuer Stellen, b) aus der erstmaligen Regelung der Gemeindeschul- und Kirchenverhältnisse. Mit der käuflichen Erwerbung von Grundstücken ist nur in dem Umfang vorzugehen, daß hinlängliche Mittel zur Bestreitung der nach Nr. 2 und 3 erforderlichen Kosten übrig bleiben. Die neu zu bildenden Stellen dürfen nur als Rentengüter verkauft werden. Die Ablösung der vereinbarten Rente kann durch Vermittelung der Rentenbank erfolgen. Alle Einnahmen aus der Wiederveräußerung der Grundstücke und deren Zubehör, sowie aus Zwischennutzungen fließen zu dem Fonds zurück. Die Durchführung dieser Aufgaben erfolgt durch Ansiedelungsstellen, welche nach Bedarf für die einzelnen Provinzen zu errichten sind und sich zusammensetzen aus dem Oberpräsidenten der Provinz bezw. dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, aus dem Landesdirektor (Landeshauptmann), aus einem vom Landwirtschaftsminister bestellten Mitgliede der Generalkommission und aus drei von der Landwirtschaftskammer der betreffenden Provinz aus der Zahl der zur Landwirtschaftskammer wählbaren Personen gewählten landwirtschaftlichen Sachverständigen. Die gesamten Geldgeschäfte, welche auf Grund dieses Gesetzes zu erledigen sind, werden der Seehandlung übertragen.

Schon die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Ansiedlungsstellen, in denen das agrarische Element die Oberhand hat, charakterisieren den Antrag als einen extrem-agrarischen. Seine Annahme unterliegt keinem Zweifel. Aber selbst wenn die Regierung ihm Folge leistet, so wird dadurch das Ziel der Antragsteller, einen seßhaften Bauernstand zu bilden, nie erreicht. Mit diesen gewaltsamen Mitteln kann auch das Junkerparlament den Lauf der geschichtlichen Entwicklung nicht hemmen. —

Für ein Denkmal für den General v. Roon, für das auf Anregung des Reichskanzlers ein Komitee gebildet ist, wird gegenwärtig unter den Offizieren der Armee gesammelt. Die Bezirkskommandos machen durch Zuschriften auch die pensionierten Offiziere darauf aufmerksam, daß sie bei ihnen etwaige „freiwillige" Beiträge abladen könnten.

Wenn man schon Roon, dem „Handlanger" der verfassungswidrigen Heeres-Reorganisation und dem Minister des Konfliktsministeriums, ein Denkmal errichten will, ist es ja ganz verständig, die Kosten dafür durch die Offiziere aufbringen zu lassen. Von dem eigenartigen Animiersystem, das man dabei durch Versendung von amtlicher Stelle ausgehender Cirkulare anwendet, dürften freilich manche Offiziere nicht gerade erbaut sein. —

Die vermißten Pekinger Instrumente. Ein Reutersches Telegramm meldet aus Peking: „Das astronomische Amt hat beim Hofe eine Bitte um Zuweisung von Geldmitteln eingereicht, um die aus dem Pekinger Observatorium weggeführten Instrumente ersetzen zu können. Das Amt erklärt in dieser Bittschrift naiv, daß die alten Instrumente im vorigen Jahre „verloren gegangen" seien."

Da Deutschland der glückliche „Finder" der Instrumente ist, wird es ja wohl nunmehr nicht länger zögern, den Verlierern den „Fund" schleunigst wieder zuzustellen, und zwar nicht nur unter Verzicht auf den Finderlohn, sondern auch gratis und franko. —

Der Fiskus regalpflichtig. Die vom Fiskus im Ruhrrevier vor der Hand erworbenen Grubenfelder sowie die Zeche „Goldbeck" liegen im Bereiche der Standesherrschaft Recklinghausen, so daß der Fiskus dem Standesherrn Herzog von Arenberg durch die Erwerbung regalpflichtig wird. Die Regalrechte des Herzogs sind kürzlich noch auf Grund eines Prozesses, den die Bergwerksunternehmer, welche die Steuer nicht mehr zahlen wollten, gegen den Herzog aufnahmen, durch alle Instanzen bestätigt worden, so daß der Arenberger im vorigen Jahre ca. 600 000 M. Bergwerkssteuer einnehmen konnte. Für die Zukunft wird der Fiskus das Vergnügen haben, die Liebesgabe an den Standesherrn vergrößern zu helfen. Der Arenberger ist natürlich davon überzeugt, daß die heutige Weltordnung die beste, die göttliche ist, für deren Bestand man schon aus Regalinteressen einstehen muß. —

Abgelehnte Ordensauszeichnungen. Von den aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers durch Ordensverleihungen dekorierten Personen hat ein größerer Teil die Annahme der Auszeichnungen zurückgewiesen. Wie bis jetzt bekannt geworden ist, sind es 27 Personen gewesen. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um Zurückweisung des Allgemeinen Ehrenzeichens. Lehrer, Subalternbeamte, pensionierte Postbeamte usw. haben erklärt, daß ihre treu geleisteten Dienste nicht durch eine Ordensauszeichnung anerkannt werden können, da sie lediglich um des Brotes willen ihren Dienst gewissenhaft verrichtet hätten. —

Kökers Erbe hat in dem neuen Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, Herrn v. Wilmowski, einen eifrigen Mehrer gefunden. Die Germanisierungspolitik des Herrn v. Wilmowski scheint die des Herrn v. Köller sogar noch übertrumpfen zu sollen. Ueber die widerrechtliche Ausweisung des Hofbesitzers (nicht Hotelbesitzers, wie es in unsrer gestrigen Notiz infolge eines Druckfehlers hieß) Finnemann wird der „Frankf. Ztg." geschrieben:

„Finnemann ist in Schleswig-Holstein geboren. Zur Zeit der Annexion hat er für Dänemark optiert und sich mit seiner Familie vier Tage jenseits der Grenze aufgehalten, so daß also von einer Niederlassung keine Rede sein kann. Nach seiner Rückkehr widerrief er seine Optionserklärung, und auf Grund dieses Widerrufs durfte er sich als preußischer Unterthan betrachten. Von den Behörden ist er auch als solcher behandelt worden. Im Jahre 1870 optierte er zum zweitenmal, jedoch hat diese Erklärung keine Gültigkeit, wie „Flensborg Avis" mit Recht hervorhebt. Daß er trotzdem die Ordre erhalten hat, das preußische Staatsgebiet zu verlassen, beweist nur, welch' kleinlicher Mittel die preußische Verwaltung sich in Nordschleswig bedient. Wenn alle Dänischgesinnten, die sich vorübergehend im Auslande aufgehalten haben, ausgewiesen werden können, dann dürften wir wohl noch manche Ueberraschung zu gewärtigen haben. Die jetzigen Verhältnisse sind geradezu unhaltbar. Es wird in der That hohe Zeit, daß endlich einmal Klarheit über die Rechtslage der Optanten geschaffen wird." —

Ein „Fall Kulenkampff" in Dresden. Am 11. November v. J. wurde früh morgens um ½7 Uhr der in einer hiesigen Kofferfabrik beschäftigte verheiratete Arbeiter Müller von einem Gendarmen verhaftet, nach dem Polizeigebäude transportiert und von dort mit drei andern Personen im grünen Wagen nach dem Gerichtsgebäude (Mathildenstraße) gebracht. Dort angekommen, protestierte M. natürlich aufs lebhafteste gegen seine Verhaftung und Internierung. Das nützte ihm aber nicht das geringste. Er wurde hart angefahren, mußte sich entkleiden, wurde gemessen und gewogen und dann in eine Zelle überführt. Nach einigen Stunden wurde er einem Beamten vorgeführt, der ihm mitteilte, daß er frei

sei. Es sei eine Verwechselung vorgekommen. Ein Hausierer, der mit ihm den jedenfalls nicht seltenen Namen Müller hatte, sei wegen Gewerbekontravention mit fünf Mark Geldstrafe oder einem Tag Haft bestraft worden, zu deren Verbüßung man ihn „fälschlicherweise" herangezogen.

Müller reichte eine Beschwerde bei der Polizeidirektion ein und forderte Schadenersatz für den ihm entgangenen Arbeitsverdienst. Er erhielt auch eine Bestellung und es wurden ihm 5,50 M. Entschädigung gewährt. Wenn man bedenkt, daß es außerordentlich leicht hätte festgestellt werden können von der Polizei, daß man den falschen Müller erwischt: man hätte nur an den von Müller angegebenen Arbeitgeber telephonieren brauchen, so muß man schon sagen, daß das Vorgehen der Polizei unverständlich ist. Müller war verheiratet und wohnte bereits 7 Jahre in derselben Wohnung. —

Der staatsgefährliche Phonograph. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Große Gefahr drohte dieser Tage der preußisch-deutschen Reichsherrlichkeit im Lande der „wiedergewonnenen Brüder". Ein fahrender Phonographenkünstler hatte sich bei uns in der Reichslandes-Hauptstadt eingefunden, dessen Programm u. a. auch die verpönte Marseillaise aufwies. Der Mann ließ das unschuldige Ding ungestört einige Tage lang da und dort in den Wirtschaften los, ohne daß irgend ein Unglück passiert wäre. Endlich wurde die Hochwohllöbliche auf ihn aufmerksam und schloß dem Apparat den „staatsgefährlichen" Mund. Wohlgemerkt hatte dieser nicht etwa den revolutionären Text, sondern lediglich die herrliche Melodie des Liedes, die ja nach Ansicht einiger eine alte Kirchenweise sein soll, zum Besten gegeben. Und trotzdem die Angst der Behörde! Bisher hatte man bei uns nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn ein Schusterjunge auf der Straße die Marseiller Weise pfiff. Allem Anschein nach soll im Interesse einer rascheren Germanisation nunmehr auch diesem Idyll ein Ende gemacht werden. —

Wilhelm II. in Mülhausen? Wie die „Straßb. Bürger-Zeitung" berichtet, wurde in den letzten Tagen einigen Mülhauser Großindustriellen mitgeteilt, daß der Kaiser bei seinem diesjährigen Aufenthalt auf Schloß Urville in Lothringen einen Abstecher nach der oberelsässischen Industriemetropole zu machen gedenke, und unter der Hand angefragt, welche Großbetriebe ihm den besten Einblick in die dortigen Industriezweige gewähren würden. Es wäre das erste Mal, daß ein Kaiser des neuen Deutschen Reiches nach Mülhausen käme. — Nachdem die Stadt mit der Wahl des „Vernunftsiegers" Schlumberger eine so außerordentlich „würdige" Vertretung im Reichstage erhalten hat und damit offiziell „sozzenrein" geworden ist, steht dem Besuche des Monarchen ja nichts mehr im Wege. —

Ein Renegat.

In der neuesten Nummer der „Zukunft" veröffentlicht Herr Paul Ernst, Schriftsteller zu Friedenau, eine heitere Betrachtung über „Einst und Jetzt". Einst war der Mann ultraradikaler Socialdemokrat, Redacteur der Berliner „Volkstribüne" und zeichnete sich durch äußerste Schärfe des Ausdrucks und demagogische Geberden aus. Jetzt giebt er folgende tiefsinnig-heiteren Bekenntnisse:

Lübeck war eine wichtige Etappe auf dem Entwicklungswege der Socialdemokratie von einer Partei, die für die höchsten und letzten Ziel der Menschheit kämpfen wollte, indem sie die Gesellschaft aus dem heutigen Chaos und dem morgenden Untergang in Ordnung und Gesetz hinüberführte, zu einer Partei, die nur noch die bestimmten Interessen einer einzigen Bevölkerungsklasse vertritt, wie es mit Ausnahme des Centrums, der letzten Gruppe mit idealen Zielen, und den paar Polen, Welfen und Elsässer alle andren Parteien auch thun. Manchem sind hier Jugendillusionen versunken: die nicht dem Proletariat Angehörigen, die dem früheren Ziel näherzukommen suchten, werden geringe Neigung haben, **die bloß egoistischen Bestrebungen der an sich wertlosesten und uninteressantesten Klasse, der Arbeiter, zu teilen.** . . .

Bald nach der Aufhebung des Socialistengesetzes, als die freudige und opfermutige Jugendlichkeit der Partei verschwand, die über so manche Schwächen hinweggetäuscht hatte, und die nun an die wachsende Partei herantretenden wirklich politischen Aufgaben garnicht gelöst, sondern immer nur die stets sinnloser werdenden alten Sätze mechanisch wiederholt wurden, hat sich wohl mancher besonnen, ob denn wirklich die Arbeiterklasse für die große Aufgabe bestimmt sei, die ihr Marx zuschrieb . . .

Das aber hätte wenig bedeutet, hätten nicht die Arbeiter selbst mit dem ihnen eignen Instinkt fürs Reale — auch eine schöne Täuschung von Marx, daß der theoretische Sinn, der den gebildeten Klassen in Deutschland abhanden gekommen ist, bei den Arbeitern neu aufgewacht sei! —, in Lübeck durch die Zurechtweisung Bernsteins, auf dessen Person sich zufällig die Sache zuspitzte, bewußt und klar ausgesprochen, daß sie eine wissenschaftliche Weiterentwicklung ihrer Lehren nicht annehmen wollen, weil der alte Stand ihnen schmeichelhafter und nützlicher zu sein scheint. Damit fällt natürlich jede Möglichkeit der politischen Illusion eines über ihre Klasse hinausreichenden Interesses . . .

Im allgemeinen kann man annehmen, daß die Menschen, eine je tiefere Klasse man betrachtet, immer entsprechend weniger nahe dem Ideale der Menschheit kommen: die ganz specifischen Tugenden der unteren Schichten, die sich im allgemeinen in den höheren nicht finden, sind nicht die großen und können daher nie schöpferisch wirken; und die Tugenden, die sie mit den höheren Ständen gemein haben, sind teils schwächer ausgebildet, teils durch ihre Fehler paralysiert; die Fehler aber der oberen Klassen findet man sämtlich, wenigstens in der untersten, nebst den eignen.

Die Socialdemokratie hat Glück mit ihren Abtrünnigen. Welch ein Unheil hätte ein Mann von dieser Geistes- und Charakterbeschaffenheit anrichten können, wenn es ihm beschieden gewesen wäre, Einfluß in unsrer Partei zu gewinnen! Was für ein klarer Kopf und eine unbändige Originalität dieser neuerdings bis zum Ideal der höchsten und deshalb edelsten Klasse, des Adels, herangenäherte Mensch! Man denke: Bernstein als Repräsentant einer Richtung, die die praktische Arbeit rein proletarischer Interessenvertretung bekämpft und nun als geopferter letzter Mohikaner des alten weltumbildenden Menschheitsidealismus Lübeck verlassen muß. So tief hat noch niemand unsre parteigenössischen Diskussionen erfaßt wie Herr Paul Ernst, der Exgenosse: Indem der Lübecker Parteitag Bernstein bekämpfte, hat er die alten revolutionären Menschheitsziele aufgegeben und die Socialdemokratie zu einer Partei engherzigster Interessenvertretung erniedrigt. Wieder eine Enttäuschung mehr für Herrn Paul Ernst! Nur noch das Centrum hat Ideale — wir vermuten, daß der Enttäuschte demnächst katholisch werden wird, wenn er auch für den Jesuitenorden nicht begabt genug erscheint.

Allerdings, Herr Paul Ernst hat es nicht mehr nötig, das Proletariat „interessant" zu finden. Andrerseits hat die Socialdemokratie es niemals nötig gehabt, diesen tiefen Denker und Dichter interessant zu finden, selbst damals nicht, als er — ein Märtyrer seiner revolutionären Gesinnung — prozessiert wurde — wegen Verbreitung unsittlicher Schriften. —

Ausland.

Schweiz.

Die politische Moral der herrschenden radikalen Partei.

Zürich, 28. Januar. (Eig. Ber.) Wie in Deutschland, so verfolgen auch in der Schweiz die Gegner alle Vorgänge innerhalb der socialdemokratischen Bewegung mit Argusaugen und erheben sie sofort zu deren Diskreditierung ein wahres Indianergeheul, wenn sie irgend eine wirkliche oder vermeintliche Inkorrektheit eines Genossen entdecken. Wie wenig feinfühlig und taktvoll sie aber gegenüber den Sünden ihrer eigenen Genossen sind, mag folgender Fall beweisen. In Baden (Kanton Aargau) bei Zürich betreibt ein früherer Gymnasiallehrer und seitheriger Zeitungsherausgeber und Redacteur die Geschäfte der radikalen Partei mit einer seltenen Abgebrühtheit und Demagogie, namentlich bezüglich des Stimmenzugs unter den Arbeitern und der Bekämpfung der socialdemokratischen Partei. Dieser Mann, Namens Jäger, ist auch Nationalrat, und zwar verdankt er seine Wahl der demagogischen Irreführung der Arbeiter, die freilich auch in bezug auf soziales Denken und Fühlen um einige Jahrzehnte hinter ihrer Zeit zurückgeblieben zu sein scheinen. Dieser Jäger nun ist von allen Gerichtsinstanzen, in letzter Linie vom Bundesgericht in Lausanne, wegen Brieffälschung, die er zwecks Befriedigung seines persönlich-politischen Ehrgeizes beging, verurteilt worden; er hat jetzt in Form öffentlicher Abbitte einen kläglichen Rückzug angetreten gegenüber den Oberrichtern des Kantons Aargau, die er wegen seiner Verurteilung schwer angegriffen, worauf sie ihn verklagten — aber trotzdem sitzt er nach wie vor, als ob gar nichts geschehen wäre, im Stadtrat der Bäderstadt Baden, im Kantonsrat des Kantons Aargau und im Nationalrat und seine Partei fordert ihn nicht öffentlich zum Rücktritt von allen diesen Aemtern auf, sondern schweigt verständnisinnig dazu. Das ist der Tiefstand der politischen Moral einer Partei — einer Partei, die gegenüber den andren Parteien sich als strenge Sittenrichterin aufspielt. Kann es eine ärgere Heuchelei geben? Und mit solchen Gegnern muß sich die Socialdemokratie herumschlagen!

Frankreich.

Die Affaire Hervé vor der Kammer. In Beantwortung verschiedener Interpellationen über Maßregeln von Lehrern, die Socialisten und Freidenker sind, besonders auch über die Angelegenheit Hervé, der wegen der Veröffentlichung antipatriotischer Artikel bestraft wurde, verteidigte Unterrichtsminister Leygues die getroffenen Disziplinarmaßregeln und erklärte, er sei entschlossen zu verhindern, daß die Politik in die Gymnasien und andre Schulen hineingetragen werde. Das Haus nahm schließlich mit 349 gegen 60 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher die Erklärungen des Ministers gebilligt werden.

Im Falle Hervé kann unsres Wissens von einem Hineintragen der Politik in die Schule gar keine Rede sein. —

Die Parlamentswahlen. Wie der „Frankf. Ztg." aus Paris gemeldet wird, darf es nunmehr als feststehend gelten, daß die Kammer Mitte März, spätestens aber am 25. März, vertagt und die Neuwahlen auf den 27. April und die Stichwahlen auf den 4. Mai angesetzt werden. Der Grund der Beschleunigung der Wahlen ist nicht in der Rußlandreise Loubets zu suchen, wie einige Blätter melden, sondern in der taktischen Erwägung, daß die Republikaner über die Kandidatenfrage jumsomehr in Zwiespalt geraten, je länger die Pause dauert. —

Italien.

Ein neuer Skandal scheint sich in Merino (Sicilien) vorzubereiten. Dort ist die Marquise di Cassibila verhaftet worden. Sie hatte ihre zwei Advokaten Patti und Catania denunziert, sie hätten ihr für die Summe von 300 000 Fr. ihre Unterstützung in einem Erbschaftsprozeß angeboten, in welchem es sich um ungeheure Summen handelt; auch ihr Beichtvater ist jetzt verhaftet worden. —

England.

Der Schluß der Adreßdebatte.

London, 30. Januar. (Eig. Ber.) Genau zwei Wochen hat das Parlament über die Antwort auf die Thronrede debattiert. Die Zusatzanträge beschäftigten sich mit den verschiedensten Gegenständen: dem südafrikanischen Kriege; der maltesischen Sprachenfrage; dem persischen Meerbusen; der irischen Frage; der Wiedereinteilung der Wahlkreise; der Vertretung der Kolonien im englischen Parlament; der Errichtung von Kornkammern in England, um einer Hungersnot in Kriegszeiten vorzubeugen; ferner mit der Wohnungsnot und Einwanderungsfrage und dem Telephonhandel. Sämtliche Anträge wurden abgelehnt oder zurückgezogen und die Regierung ist stärker denn je. In Bezug auf Malta hat Mr. Chamberlain seine Proklamation, die gegen die italienische Sprache gerichtet war, zurückgezogen, so daß die italienische und englische Sprache in Malta gleichberechtigt sind. Inmitten der feindlichen Kundgebungen Europas gegen die englische Boerenpolitik konnte Chamberlain auf die Freundschaft der italienischen Regierung nicht verzichten. — Sir Joseph Dimsdales Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung des Telephonhandels kam letzten Montag doch zur Verhandlung, da die Agitation sich als zu stark erwiesen hatte, um die Sache in der Versenkung verschwinden zu lassen. Der Antrag wurde aber mit großer Mehrheit abgelehnt. — Die Debatte über den Antrag betreffs Errichtung von Kornkammern brachte die gestern erwähnte antisemitische Rede von Gibson Bowles. Ebenso hatte der Antrag von Major Evans Gordon, dem konservativen Abgeordneten für Stepney (Ost-London), auf Regulierung und Beschränkung der Einwanderung einen antisemitischen Beigeschmack. Er forderte die englischen Juden auf, sich seinem Antrage anzuschließen, „denn es sind ernste Gefahren vorhanden, daß die Bewegung gegen die Immigration einen antisemitischen Charakter annimmt". Mr. Gerald Balfour, Präsident des Handelsministeriums, versprach eine Untersuchung der ganzen Angelegenheit, worauf John Burns folgende Anfrage stellte: „Will der Präsident uns sagen, ob die Untersuchung auch auf den Distrikt von Park Lane ausgedehnt würde?" Der stenographische Bericht verzeichnet: „Große Heiterkeit". In Park Lane, ganz am Hyde Park, wohnen nämlich die jüdischen Millionäre aus Südafrika.

Das Seltsamste an der ganzen vierzehntägigen Debatte war die vollständige Abwesenheit von Arbeiterfragen und gewerkschaftlichen Anträgen. Die Abgeordneten der Gewerkschaften haben mit keinem Worte die Beschwerden der Arbeiter vor das Haus gebracht. Sie existierten einfach nicht. Graf Posadowsky dürfte wohl seinen englischen Kollegen, den Right Honorable C. T. Ritchie herzlich beneiden.

Arbeitervertreter im Parlament. Der Wunsch, eigne Vertreter ihrer Interessen im Parlament zu besitzen, wird unter der englischen Arbeiterschaft immer stärker. Im letzten Jahre haben sich die Trades Councils (Gewerkschaftskartelle) einer Reihe von Städten dafür ausgesprochen, ohne daß es bisher zur Konstituierung einer solchen Fraktion im Unterhause gekommen wäre. Jetzt hat wieder der Trades Council von Birmingham den Arbeitervertretern im Parlament ein Schreiben zugehen lassen, in welchem er dieselben auffordert, sich zu einer Fraktion der Arbeiter-Abgeordneten zusammenzuschließen. In dem Schreiben heißt es u. a., daß immer mehr Gewerkschaften einsehen lernten, daß eine Besserung ihrer Lage nur durch das Mittel des Stimmzettels — d. h. also mit andren Worten durch die politische Aktion — herbeigeführt werden könne. —

Rußland.

Geistliche als Schergen des Zarismus.

Es ist nicht das erste Mal, daß man berichten muß, wie sich die katholische Kirche als Schutzwall des brutalen Zarismus und des Kapitalismus offenbart. Selten ist aber der Klerus mit einer solchen Dreistigkeit aufgetreten, als der Warschauer Erzbischof in einem kürzlich veröffentlichten Sendschreiben an die Geistlichkeit. In dem Schreiben wird die bewundernswürdige Thätigkeit der polnischen Socialisten folgendermaßen charakterisiert: „. . . An alles legen sie den Maßstab der Bequemlichkeiten des Lebens, sie erstreben nur den größten Genuß der leiblichen Güter und versprechen dies allen, welche, die Wohlthaten der Religion verachtend, zu ihnen kommen. Selbstverständlich wenden sie dabei mehr Lüge als Wahrheit an, wie es die Erfahrung beweist. Denn sie bekämpfen sowohl die kirchliche wie die weltliche Gewalt, sie beneiden die Reichen und schüren die andren zum Neid an, sie verwerfen das Eigentum und wirken für den Kommunismus, sie predigen die Freiheit der Sitten, welche — wenn sie einmal anerkannt würde — mit Naturnotwendigkeit die Barbarei an Stelle der Humanität herbeiführen würde; die Heiligkeit der Ehe, alles, was recht und edel ist, wollen sie aus dem Leben beseitigen."

Der Erzbischof fährt fort, daß diese sündhaften Lehren auch bei uns in Polen schon zahlreiche Anhänger hätten, und schließt mit den Worten:

„Wo aber die niederträchtigen Ratschläge der Böswilligen schon Nachahmung gefunden haben (was in allen größeren Städten und Fabrikcentren der Fall ist), dort muß die Geistlichkeit mit dem größten Eifer und Wachsamkeit — immer aber mit Ueberlegung — dem Bösen entgegenwirken und zu mindest sich bemühen, diejenigen zu retten, die noch nicht angesteckt sind. Das möge Gott segnen und das Werk mit reichem Erfolg krönen."

Es gehört ein trauriger Mut dazu, das von allen Kulturmenschen gehaßte und auf das tiefste verachtete Zarenregiment und die beispiellose Ausbeutungspraxis der Kapitalisten in Russisch-Polen auf diese Art zu verteidigen. Aber der Klerus hat ihn schon seit längerer Zeit gehabt. Er thut auch in Russisch-Polen, was man ihm befiehlt, er lügt von den Kanzeln herab das Blaue herunter über die Socialisten, er bespitzelt sie sogar, wenn es die Polizisten verlangen. Man kann sich denken, welcher Kampf unsren polnischen Genossen jetzt seitens des Klerus bevorsteht, nachdem der „Kirchenfürst" von Polen zum Kampf auffordert. Unsre Genossen haben aber eine neue, wuchtige Waffe in der Hand, um die Arbeitermassen über das volksfeindliche Wesen der katholischen Hierarchie aufzuklären. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! In der Filzschuh-Fabrik von Lamprecht in Stettin sind infolge Lohnreduktionen von 25 Proz. bei den Zwickern Differenzen ausgebrochen. Sämtlichen Accordarbeitern ist gekündigt worden. Wir ersuchen die Kollegen, den Zuzug nach Stettin streng fernzuhalten.

Die Agitationskommission der Provinz Brandenburg.

Verband der Tapezierer. Am Dienstagabend 8 Uhr findet bei Jannaschk, Inselstr. 10, eine öffentliche Kleberversammlung statt, die durch einen schamlosen Treubruch einberufen wurde. Jeder Verbandskollege hat dort zu erscheinen. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Noch eine Nachwehe vom Herner Krawall im Jahre 1899. Bei Gelegenheit des Herner Bergarbeiterstreiks soll der Kasimir Urbaniak mehrere von der Arbeit heimkehrende Arbeitswillige bedroht haben. Ohne daß der Staat darob gewackelt, blieb das fürchterliche Vergehen zwei Jahre lang ungerochen. Endlich aber faßte die rächende Nemesis mit sicherer Faust den Sünder; — von der Bochumer Strafkammer wurde Urbaniak wegen versuchter Nötigung zu **fünf Monaten Gefängnis** verurteilt.

Das Gewerkschaftskartell in Dresden hat im verflossenen Jahr eine anerkennenswerte Thätigkeit entfaltet. Dem Kartell sind gegenwärtig 54 Gewerkschaften durch 82 Delegierte angeschlossen, die 15 002 männliche und 547 weibliche Mitglieder repräsentieren, gegenüber 1900, wo dieselben Gewerkschaften (außer den Barbieren mit 30 Mann) 15 445 männliche und 390 weibliche Mitglieder zählten. Das ist bei den männlichen Mitgliedern eine Abnahme von 443 und bei den weiblichen Mitgliedern eine Zunahme von 156. Bei diesen Zahlen sind die Mitglieder der Organisation der Eisenbahner nicht angegeben. Aus taktischen Gründen geben letztere diese der Oeffentlichkeit nicht preis. Ebenso fehlen die Musiker, da sie eine Veränderung ihrer Organisation vornehmen. Weiter sind bei diesen Zahlen die Textilarbeiter, Dachdecker, Gastwirtsgehilfen und Brauereihilfsarbeiter nicht mit inbegriffen, da deren Vertreter trotz wiederholter Aufforderung die zu diesem Zwecke auszufüllenden Fragebogen nicht eingesandt haben. Nicht mehr vertreten sind die Former, die in den Metallarbeiter-Verband eingetreten sind. Auch die Blumen- und Blätterarbeiter sind nicht mehr vertreten; für diesen Beruf ist erst wieder eine neue Organisation im Entstehen begriffen. Eingetreten sind die Barbiere. — Dem Kartell sind in Summa 33 Streiks mit 888 Beteiligten gemeldet; 25 davon hatten Erfolg, 2 teilweisen Erfolg, 6 keinen. — Das Kartell nahm eine Arbeitslosenzählung vor, richtete eine Wärmestube ein und hat auch die Absicht, ein Arbeitersekretariat soll ebenfalls von ihm für Dresden eingerichtet werden.

Der Wert des Eintragungsrechts für gewerkschaftliche Vereine. In Nürnberg besteht seit Jahren ein Verein der Brauer, der lediglich Unterstützungszwecke verfolgt und der sich in das Vereinsregister des Amtsgerichts hat eintragen lassen. Vor einiger Zeit änderte der Verein sein Statut und nahm unter andrem die Vorschrift in dieses auf, daß in Zukunft nur solche Brauer aufgenommen würden, die dem Centralverband der Brauer und verwandter Berufsgenossen angehören.

Infolge dieser Aenderung hat die Polizeibehörde in Nürnberg gegen die Eintragung der Aenderungen in das Vereinsregister Einspruch erhoben. Der Einspruch wird damit begründet, daß der Centralverband der Brauer, dessen Ziele sich der Nürnberger Verein durch die erwähnte Eintrittsbedingung zu eigen gemacht habe, ein politischer Verein sei. Zwar, so heißt es in dem Beschlusse des Polizeisenats, leugneten die Führer der socialdemokratischen Partei so wie jener sogenannten Gewerkschaften, „Hilfsorganisationen der socialdemokratischen Partei", den politischen Charakter dieser Organisationen, wo sie Unannehmlichkeiten davon befürchten, und es sei auch durch das Statut des Centralverbandes die Politik ausgeschlossen; das sei aber eine papierene Vorschrift und habe die Gewerkschaften nie gehindert, mit der socialdemokratischen Partei Hand in Hand zu gehen. Auch hätten ja die durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften auf ihrem Kongreß in Pankow ihren politischen Charakter ausdrücklich betont.

Großes Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung verrät diese Polizei-Entscheidung zwar nicht, aber für den Wert des Eintragungsrechtes ist sie charakteristisch.

Ein Streikssünder vor dem Militärgericht. Das Militärgericht in Landau beschäftigte sich dieser Tage mit einem seltenen Fall. Vor demselben hatte sich nämlich ein Soldat wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung zu verantworten. Es erschien als Verbrecher der Infanterist Hermann Remmele der 3. Compagnie des 18. Infanterie-Regiments in Landau, geboren 1880, Eisengießer von Ziegelhausen bei Heidelberg, vor dem Gericht. Der Angeklagte war früher in Bielefeld in Arbeit. Gelegentlich eines im Jahre 1900 in der Spinnerei „Vorwärts" in Brakvede ausgebrochenen Streikes hatten sämtliche Spinnerinnen die Arbeit niedergelegt. Verschiedene der streikenden Arbeiterinnen, nemn an der Zahl, waren nun geneigt, die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, weshalb am 5. Mai eine Versammlung abgehalten wurde, um die Arbeitswilligen zum Ausharren zu ermuntern. In dieser Versammlung, in der es sich darum handelte, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, oder nicht, soll nun Remmele eine Rede gehalten haben, in der er sich in äußerst scharfen Redewendungen gegen jene neun Spinnerinnen, die die Arbeit wieder aufnehmen wollten, aussieß. 130 in der Versammlung anwesende Spinnerinnen faßten infolge dieser Ausführungen den Beschluß, die Arbeit nicht aufzunehmen. Der Angeklagte, der sich in äußerst geschickter Weise verteidigt, giebt die Aeußerungen zum Teil zu, doch will er sich erst nach der Abstimmung, die die Fortführung des Streiks beschloß, in diesem Sinne ausgedrückt haben. Demgegenüber stehen die Aussagen der beiden Beamten, die die Versammlung überwachten. Der Vorsitzende bemerkte, daß der Streik ja erlaubt sei, nur müsse er mit erlaubten Mitteln geführt werden, was aber von dem Angeklagten nicht behauptet werden könne. Der Anklagevertreter beantragte für Remmele 1 Monat 15 Tage Gefängnis, das Gericht verurteilte ihn zu 3 Wochen Gefängnis.

Ausland.

Die Bewegung der italienischen Eisenbahner. Erneute Verhandlungen zwischen dem Ministerium und den Compagnien haben das Resultat ergeben, daß die mittelländische Eisenbahn-

Compagnie sich bereit erklärte, im laufenden Jahre Gehaltserhöhungen im Betrage von 2 Millionen, welche 20 000 Beamten zu gute kommen würden, eintreten zu lassen. Ferner sollen die Arbeitsordnungen einer Revision unterzogen werden, die eine bessere Organisation der Arbeit, mehr Ruhezeiten usw. dem Personal sichert. Die Nachrichten der bürgerlichen Blätter jedoch, die dahingehen, daß die Gefahr des Ausstandes beseitigt sei, sind verfrüht; die Forderungen der Eisenbahner gehen viel weiter und bis jetzt haben sie sich mit obigem noch nicht einverstanden erklärt. Dagegen hat das Ministerium mit seinen Beschlüssen, welche auf die Militarisierung der Eisenbahnangestellten hinzielen und die Eisenbahner am Streiken verhindern möchten, bei diesen sehr böses Blut gemacht. In zahlreichen Versammlungen, welche in den letzten Tagen stattgefunden haben, wurden energische Protestresolutionen gegen die ministeriellen Beschlüsse gefaßt. Im „Avanti" nimmt der Abgeordnete Nofri, der Organisator der Eisenbahner, das Wort und tritt mit großer Energie für das Streikrecht der Eisenbahner ein. Der 6. Nationalkongreß der Arbeiter des Baugewerbes, der soeben in Alessandria tagt, hat den Eisenbahnern ihre Sympathie bekundet und Unterstützung zugesagt.

Die Arbeiter der Papiermühlen von Varese (Italien) sind, 200 an der Zahl, in den Streik eingetreten. Sie fordern den Zehnstundentag, die Erhöhung des Lohnes für die Frauen um 25 Proz. und des der Männer um 40 Proz. Die ersteren erreichen jetzt einen Tagelohn von durchschnittlich 80 Centimes (65 Pf.), die letzteren einen solchen von 1,65 M. im Durchschnitt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute, Sonntagabend 6 Uhr, ist in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, eine Versammlung mit nachfolgendem Beisammensein und Tanz. Schriftsteller Genosse Georg Bernhard referiert über: „Die Zöllner auf Schleichwegen." Näheres siehe Inserat.

Zweiter Wahlkreis. Den Mitgliedern des Socialdemokratischen Wahlvereins giebt der Vorstand hierdurch bekannt, daß gegen Zahlung des Vereinsbeitrages für Februar die Broschüre: „Zur Landtagswahl-Agitation" in allen Zahlstellen gratis in Empfang genommen werden kann.

Sechster Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Dienstagabend 8 Uhr, eine Versammlung bei Hensel, Invalidenstraße 1a, stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter Rosenow über Heimatspolitik sprechen wird.

Rummelsburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins, die nicht in der letzten Generalversammlung anwesend waren, zur Kenntnis, daß an Stelle des Genossen Voigt Genosse Adolf Hoog, Kantstraße 9/10, vorn 3 Tr., als Bibliothekar gewählt ist. Die Bücherausgabe findet wie bisher Freitagabend von 8—9 Uhr statt.

Der Vorstand.

Wilmersdorf. Mittwochabend 8½ Uhr, findet in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, eine Versammlung des Wahlvereins statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Rosenow über den deutschen Bauernkrieg im Jahre 1525 sprechen wird. Gäste willkommen.

Mariendorf, Tempelhof, Marienfelde. Dienstagabend 8½ Uhr hält der Wahlverein bei Adel, Tempelhof, Germaniastr. 1, eine Versammlung ab. In derselben wird Genosse Hermann Sonnenburg einen Vortrag über die Bedeutung der Gemeinderatswahlen für die Arbeiterschaft halten.

Adlershof. Den „Vorwärts"-Abonnenten, welche nicht in der Donnerstag-Versammlung zugegen waren, zur Nachricht, daß alle Leser, welche nicht bis 10 Uhr im Besitz ihrer Zeitung sind, diese nur beim Spediteur erhalten können, ebenso die älteren Nummern.

Nieder-Schöneweide. Unser Ort hat sich in Speditionsangelegenheiten jetzt von Johannisthal getrennt und seine eigne Spedition eingerichtet. Man wolle Bestellungen auf den „Vorwärts" 2c. nur bei Karl Bonokow, Berlinerstr. 8, 1 Tr. links, aufgeben. Pünktliche Bestellung wird zugesichert.

Gerichts-Zeitung.

Im Prozeß gegen die Einbrecher- und Hehlerbande Fuhrmann u. Gen. ist gestern die Beweisaufnahme wesentlich gefördert worden. Die Beweisaufnahme und die ziemlich ungezwungen gegebenen Erläuterungen der Angeklagten bieten manche Bereicherung der Encyclopädie des Verbrechertums, und wer Studien über den Verbrecherjargon machen will, findet in der sonst recht eintönigen Beweisaufnahme hin und wieder ein Körnchen, welches des Aufhebens wert ist. So wurde gestern mehrmals vom „dänischen Kuß" gesprochen. Uneingeweihte werden nicht vermuten, daß mit dieser süßen Bezeichnung ein recht häßlicher Angriff gemeint ist, der in der Weise ausgeführt wird, daß der Verbrecher, der festgenommen wird, seinem Gegner gleichzeitig einen Stoß mit dem Fuß gegen die Beine, mit einem Ellenbogen gegen den Unterleib und einen Schlag mit der Faust ins Gesicht versetzt. Auch das „Türmen" wurde als eine liebliche Gepflogenheit der gewohnheitsmäßigen Verbrecher hingestellt. Wenn mehrere Einbrecher „alle geworden", d. h. hinter Schloß und Riegel gebracht worden sind, dann fangen sie an zu „türmen", das heißt sie bezichtigen noch so viel Personen als möglich der verschiedensten Straftaten, in der Hoffnung, daß sie sich ihre Position dadurch verbessern, denn, so meinte der eine Angeklagte, je größer die Zahl der Angeklagten, desto weniger Strafe fällt auf den einzelnen und desto weniger Ueberblick können sich die Gerichte verschaffen. In den Reihen der Angeklagten befinden sich vier „Türmer" dieser Art. Sie hatten in einem bestimmten Falle der Polizei einige Mitangeklagte als die Thäter bezeichnet und hielten diese Bezichtigung auch vor Gericht aufrecht. Auf die Frage, worauf sich die Vermutung denn gründe, erklärte der eine: Die betreffenden hätten in der Kaschemme am „Aristokratentisch" gesessen und es sei allgemeines Gerede gewesen, daß die vom Aristokratentisch „das Ding gedreht" hätten. Nicht uninteressant war auch die Mitteilung des einen Angeklagten, daß in diesen Kreisen gewissermaßen eine „Versicherung gegen Arbeitslosigkeit" bestehe. Dieser Angeklagte bestritt nämlich die Teilnahme an einem Diebstahl und auf die Frage des Präsidenten, wovon er denn gelebt habe, da er doch absolut nicht gearbeitet habe, antwortete der Angeklagte mit Stolz: zwischen ihm und drei andren Angeklagten habe das Abkommen bestanden, daß derjenige, der arbeitslos sei, von den übrigen mit durchgeschleppt werden müsse. Als dem ersten Angeklagten Fuhrmann der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, beabsichtigte er, mit seiner Geliebten, einer zwölf Jahre älteren Prostituierten, nach Dresden zu verduften. Auf die Frage, ob sie denn beide als Braut und Bräutigam reisen wollten, erklärte der Angeklagte mit einem Anflug von Humor und Selbstironie: „Nein, als Mutter und Sohn". Die gestrige Verhandlung, die nur bis zum Mittag dauerte, wurde fast ausschließlich mit der Vernehmung der wegen Hehlerei angeklagten weiblichen Angeklagten ausgefüllt, die von den Einbrechern Kleider, Goldsachen u. dgl. zum Geschenk erhalten haben. — Die Beweisaufnahme gegen den der gewohnheitsmäßigen Hehlerei beschuldigten Pfandleiher Marcus Scheyer wird erst am Dienstag stattfinden. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Davidsohn wurde gestern der mitangeklagte Arbeiter Paul Schmoll aus der Untersuchungshaft, in welcher er fast ein Jahr gesessen, entlassen. — Die Verhandlung wird erst am Dienstag fortgesetzt werden und zwar im kleinen Schwurgerichtssaale.

Gegen die Naturheilkundigen. Die durch eine Reichsgerichts-Entscheidung gegebene Möglichkeit, gegen die marktschreierischen Annoncen der Kurpfuscher mit Hilfe des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vorzugehen, wird jetzt auf Grund eines Beschlusses der Brandenburgischen Aerztekammer ganz systematisch ausgenutzt. Wenn solche Inserate gefunden werden, gehen sie zunächst an den Rechtsbeistand der Aerztekammer Justizrat Dr. v. Gordon und wenn sie nach dessen Ansicht strafbaren Inhalt haben, stellt namens des Vorstandes der Kammer Herr Prof. Dr. Koßmann Strafantrag. Gestern ereilte das Schicksal den „Naturheilkundigen" Hermann Böttger, der sich wegen unlauteren Wettbewerbes vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte war früher Inspektor und behauptet, daß er schon von früher Jugend an sich für die Naturheilmethode interessierte und sich seine Kenntnisse dadurch erworben habe, daß er ein halbes Jahr lang in der Sprechstunde eines Naturheilkundigen gewirkt habe. Unter Anklage standen Annoncen, in welchen er in marktschreierischer Weise sichere Heilung bei Haut-, Harn- und Nierenkrankheiten selbst in verzweifelten Fällen versprach. — Gerichtsarzt Dr. Störmer erklärte als Sachverständiger: Nach allem, was die Akten enthalten und nach dem persönlichen Eindruck des Angeklagten halte er den Angeklagten für gänzlich unfähig, Krankheiten zu heilen. Die von ihm angeblich befolgte Heilmethode sei absoluter Unsinn und Charlatanerie. Die Krankheiten, die der Angeklagte angeblich „sicher" heile, erfordern ein ganz eingehendes Specialstudium und eine gründliche Kenntnis anatomischer Details. Der Angeklagte sei ein Kurpfuscher par excellence, der nicht die Naturheilmethode befolge, sondern mit allopathischen Mitteln in der unerhörtesten Weise kurpfusche. Staatsanwalt Dr. Kurz beantragte eine Geldstrafe in Höhe von 500 M., und das Urteil des Gerichts lautete diesem Antrag gemäß.

Der Strafprozeß gegen Gryga und Pieper aus Spandau endete gestern Abend um 11½ Uhr mit der Freisprechung beider Angeklagten. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß Gryga auf der Polizeiwache mißhandelt worden ist und erklärte die Zeugenaussagen der Polizeisergeanten als sehr unzuverlässig.

Versammlungen.

Bauanschläger. Am 27. Januar vormittags beschäftigte sich im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Versammlung arbeitsloser Bauanschläger mit den Mißständen, welche aus dem städtischen Submissionswesen entstehen. Der Referent, Karl Wiesenthal, stellte fest, daß städtische Bauten in Arbeit gegeben werden, ohne daß der Magistrat sich darum kümmert, ob die Arbeit von ansässigen Arbeitern, welche Steuern zahlen müssen, gemacht wird oder ob von außerhalb Leute herangezogen werden, während die Berliner arbeitslos herum laufen. Im Lauf seiner Rede kam er auf die Aeußerung des Stadtrats Fischbeck zu sprechen: „es giebt keinen Notstand". Jeder Polizeileutenant, der nachts die Schutzleute kontrolliert, könne, wenn er offne Augen hat, sehen, wieviel Obdachlose auf den Bänken der Anlagen und Promenaden sowie auf den Stufen der Hausthüren sitzen. Jeder dieser Beamten müßte, wenn er das Herz auf dem rechten Fleck hat, der Behörde sagen: Es giebt viel Not und Elend in Berlin. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen und nach kurzer Diskussion fand folgende vom Redner empfohlene Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung arbeitsloser Bauanschläger protestiert energisch gegen die Umgehung des Minimal-Lohntarifs, welcher von der Berliner Schlosser-Innung und dem Verbande Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe aufgestellt und vom 1. November 1901 gültig ist. Als eine Umgehung dieses Tarifs bezeichnen die Versammelten arbeitslosen in Berlin ansässigen Bauanschläger das Anwerben von Zwischenmeistern, sowie das Herbeiziehen der zum Teil nicht selbständigen Bauanschläger von außerhalb, welche die Berliner Arbeit zu bedeutend billigeren Preisen machen, während die hiesigen Bauanschläger arbeitslos und hungernd in Berlin auf der Straße herum laufen, aber in Berlin Steuern zahlen müssen. Auf der städtischen Schule in der Straßmannstraße gaben auf Befragen die Bauanschläger an, daß die Arbeit, welche sonst 6,10 M. kostet und dort für 4,50 M. gemacht wird, auch so viel schlechter angefertigt wird. Die Versammelten sprechen deshalb im Einverständnis mit dem Referenten die Erwartung aus, daß durch Veröffentlichung dieser Resolution sowie durch Einsendung der Resolution an die Berliner Stadtverordneten-Versammlung diesem Mißstande auf den städtischen Bauten gesteuert werde."

Eine Steinsetzer-Versammlung, einberufen vom Gesellenausschuß, tagte am Mittwochabend im Rümannschen Lokale. Der Gesellenausschuß erstattete Bericht über seine nochmaligen Unterhandlungen mit der Innung in der Lohnfrage und konnte als Ergebnis derselben mitteilen, daß dieselben diesmal von Erfolg gekrönt waren, die Innungsmeister haben nahezu einstimmig sich zur weiteren Anerkennung des jetzigen Tarifes bis 31. März 1903 bequemt, was wohl nicht zum wenigsten auf die in einer früheren Versammlung angenommene Protestresolution zurückzuführen ist. Dieselbe habe es veranlaßt, daß der zur Zeit kranke Obermeister die Sache persönlich in die Hand genommen habe. Die Versammlung erklärte sich mit der Thätigkeit des Gesellenausschusses einverstanden. Nicht so befriedigt war die Versammlung von der Thätigkeit des Gesellenausschusses der Steglitzer Innung, die zwar auch den alten Lohntarif auf ein weiteres Jahr anerkannt hat, es aber gleichzeitig verstanden hat, dem Gesellenausschuß einige wichtige Konzessionen auf andren Gebieten abzuringen. So hat derselbe seine Zustimmung dazu gegeben, daß wieder, wie vor dem Streik, der Lohn für einen Tag (Sonnabend) nicht zur Auszahlung gelangen soll, und weiter hat der Gesellenausschuß Konzessionen bezüglich des 1. Mai gemacht. Da derselbe zu diesen Konzessionen nicht die Zustimmung der Steinsetzer hatte, so wurde der Berliner Gesellenausschuß beauftragt, dahin zu wirken, daß diese Abmachungen nicht die Zustimmung der zuständigen Arbeiterschaft finden.

Die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter hielten am 24. d. M. im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Rudolf Jentz durch Erheben von den Plätzen. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1901. Danach beläuft sich die Einnahme inklusive eines Kassenbestandes vom 3. Quartal in Höhe von 11 872,10 Mark auf 17 091,80 M. Ihr steht eine Ausgabe von 4004,95 M. gegenüber. Somit verblieb am Schlusse der Abrechnung ein Bestand von 13 086,85 M. Aus den nun folgenden Halbjahrsberichten war zu entnehmen, daß die Thätigkeit des Vorstandes eine außerordentlich umfangreiche war. Es fanden statt: 2 Generalversammlungen, 4 Mitgliederversammlungen, 2 Werkstatt-Vertrauensmänner-Versammlungen, 7 Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlungen, 28 Vorstandssitzungen und 4 Kommissionssitzungen. An Mitgliedern zählte der Verband am 1. Januar 1902 1012. Durch den Tod sind 3 Kollegen ausgeschieden. Arbeitslos waren vom 1. Juli bis 31. Dezember 1901 566 Kollegen. Es waren 379 Stellenangebote eingegangen, 284 Stellen wurden besetzt, 95 konnten nicht besetzt werden oder aber waren schon besetzt. Es verblieben am Schlusse des Jahres noch 82 Kollegen arbeitslos. Aus dem Bericht der Kontrollkommission war zu entnehmen, daß selbige 68 Werkstattsitzungen abgehalten hatte, wozu insgesamt 108 Werkstellen erschienen waren. Der Bericht der Rechtsschutz-Kommission ergab folgendes: Mit den aus vorigem Halbjahr hinübergenommenen 10 sind bis zum Schluß dieses Jahres 40 Klagen angestrengt worden. Beim Reichs-Versicherungsamt waren es sechs, von denen in zwei Fällen vollständiger Erfolg für die Kollegen zu verzeichnen war, in einem Falle teilweise Erfolg, während in einem Falle Abweisung erfolgte. In zwei Sachen ist z. Z. noch nicht entschieden. Beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wurden 21 Berufungen gegen Bescheide der Berufsgenossenschaften eingelegt, von denen 16 zur Entscheidung gelangten. In drei Fällen wurde nach dem Antrage der Kollegen entschieden. Acht Anträge hatten teilweisen Erfolg, während in fünf Fällen Abweisung erfolgte. Noch nicht erledigt sind zur Zeit fünf Sachen. Beim Amtsgericht wurden 7 Klagen eingereicht, von denen eine zu Gunsten des betreffenden Kollegen entschieden ist. Noch nicht entschieden hiervon sind 5 Sachen. Beim Gewerbegericht wurden fünf Klagen eingereicht, die in 2 Fällen Erfolg, in 3 Fällen keinen Erfolg hatten. Eine Klage wurde seitens des klagenden Kollegen ohne Zustimmung der Rechtsschutzkommission zurückgezogen; demselben werden, da er eigenmächtig gegen die Interessen des Verbandes gehandelt hat, die entstandenen Kosten auferlegt. Von der Bibliothek wurden an 90 Abenden 607 Bände ausgeliehen. Der Bericht der Kranken-Zuschußkasse umfaßt die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1901. Insgesamt wurde 11 250 M. Krankenunterstützung gezahlt. Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: Zweiter Vorsitzender wurde Zimpel; zweiter Schriftführer Hermann Glaubitz; zweiter Kassierer Neuling. Als Revisoren wurden Wetzt und Hempel gewählt. In die Kontrollkomission wurden gewählt: Für Bezirk Weißensee Stabenow; Bezirk Moabit Max Geisler; Bezirk Osten Wilhelm Michaelis; Bezirk Süd-Osten Hermann Geisler; Bezirk Rixdorf Fritz Wagener; Bezirk Norden W. Maaß und O. Schubert. Als Obmann derselben wählte man Jädicke.

In die Arbeitsnachweiskommission wurden Kutzner, Hake, Just und Windmüller gewählt.

Als Beitragssammler für Bezirk Norden wählte man Jost, für Bezirk Süd-Westen Engler.

Als Bibliothekar wurde Fanzelow gewählt. Für die Sitzungen der Berliner Gewerkschaftskommission wurde Kollege Gober delegiert. Die Kollegen Paul Nikolai und Albert Lemke wurden wegen Streikbruchs aus dem Verbande ausgeschlossen.

Freie Volksbühne. Die Generalversammlung des Vereins fand am 30. Januar in den Arminhallen statt. Zu Beginn derselben hielt Herr Wilhelm Spohr einen Vortrag über: „Multatuli, der freie Denker und Dichter". In fesselnder Weise schilderte der Vortragende unter großer Aufmerksamkeit der Zuhörer das Leben, die Leiden und das Schaffen Multatulis. Reicher Beifall lohnte dem Vortragenden. Im Geschäftsbericht des Vorstandes konnte eine weitere stetige Entwicklung des Vereins konstatiert werden. Der Mitgliederbestand ist stabil geblieben, so daß die zahlreich eingelaufenen Neumeldungen erst im nächsten Spieljahr bei Gründung einer neuen Abteilung berücksichtigt werden können. Dem vielfach geäußerten Wunsche der Mitglieder entsprechend, hat der Vorstand mit Herrn Direktor Morwitz die Opern-Serie abgeschlossen. Von Mitte Mai bis Ende Juni ist zu diesem Zwecke das Metropol-Theater an 6 Sonntagnachmittagen gemietet worden und werden je zweimal „Don Juan", „Carmen" und die „Zauberflöte" zur Aufführung gelangen. Der Kassenbericht ergiebt (inkl. Bestand von M. 9514,63) in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember eine Einnahme von M. 26 557,59, die Ausgaben betragen 17 539,95 M., sodaß am 1. Januar ein Bestand von 9017,64 M. verblieb. In der Diskussion wird der Wunsch ausgesprochen, die Mitglieder in Zukunft über die eventuelle Unbesetzung von Rollen zu unterrichten. Ferner wird über die Aufführungen von „Dantons Tod" und „Der eingebildete Kranke" diskutiert. Ein Antrag Nißmann auf Aenderung des § 18 des Statuts dergestalt, daß jedes Mitglied im neuen Spieljahr derselben Abteilung anzugehören hat, wie im vergangenen Jahre, wird, nachdem sich der Vorstand gegen den Antrag ausgesprochen hat, gegen wenige Stimmen abgelehnt. Ebenso wurde ein Antrag auf Entschädigung der Zahlstellen-Inhaber beinahe einstimmig abgelehnt. Als Revisor wurde Herr Bernhard Schneider bestellt.

Rummelsburg. Am Mittwoch, den 22. Januar, fand im Lokale des Herrn Weigel eine Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins für Rummelsburg statt. Den Bericht des Vorstandes gab Genosse Riek als Vorsitzender. Es haben im letzten Quartal fünf ordentliche und eine außerordentliche Vorstandssitzung sowie eine öffentliche Versammlung stattgefunden. Nach dem Bericht des Kassierers, Genossen Bitterhof, betrugen die Einnahmen mit dem alten Bestand 233,33 Mark, die Ausgaben 134,20 Mark, bleibt ein Bestand von 99,13 Mark. Der Mitgliederbestand im vorigen Quartal betrug 362, neueingetreten sind 20, ausgetreten 14, bleibt ein Mitgliederbestand von 368. Voigt als Bibliothekar fordert die Genossen auf, die Bibliothek rege in Anspruch zu nehmen, da dieselbe wiederum um einige wertvolle Bände vergrößert ist. Nachdem derselbe sein Amt als Bibliothekar niedergelegt, wird der Genosse Hoog, Rummelsburg, Kantstr. 9/10, vorn 3 Treppen, einstimmig als Bibliothekar gewählt. Zum vierten Punkt der Tagesordnung, Kommunales, berichtete Genosse Ritter als Gemeindevertreter, daß in diesem Frühjahr die Neuwahl eines Gemeindevertreters der dritten Klasse stattfindet und empfiehlt, da wir uns mit einem eigenen Kandidaten beteiligen, den Genossen Gebauer als solchen. Die eigentliche Aufstellung des Kandidaten soll jedoch in einer öffentlichen Wählerversammlung erfolgen. In das Wahlkomitee wurden Frank, Prüfer, Ulbrich, Jage und Neuber gewählt.

Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen, Montag, abends 9 Uhr, Uebungsstunde in der Centrale, Dresdenerstraße 45. Vortrag über: Gefahrdrohende Krankheitsstände. Nachher praktische Uebungen. Neue Teilnehmer können jederzeit eintreten. Gäste willkommen.

Socialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Stralsund-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 2. Febr., vormittags 10 Uhr, bei H. Namlow, Schönhauser Allee 135, Vereinssitzung. Herren als Gäste willkommen.

Hilfskasse der Graveure, Ciseleure und verw. Berufsgenossen tagt jeden ersten Montag im Monat Restaurant Eitze, Luisen-Ufer 1, abends 8—10 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stuttgart, 1. Februar. (W. T. B.) In der schwäbischen Alb und im Allgäu sind unter heftigen Stürmen **schwere Schneemassen** niedergegangen. Die Bahnlinie Aulendorf-Memmingen ist zwischen Wolfegg und Kißlegg gesperrt, auch auf den Strecken von Kißlegg nach Wangen und von Amstetten nach Laichingen ist der Betrieb eingestellt.

Triest, 1. Februar. (W. H.) Seit heute Nacht herrscht hier eine fürchterliche Bora, die den Verkehr vollständig lahmlegt. Sechs Dampfer, welche hätten auslaufen müssen, sind daran gehindert. Im Freihafengebiet wurden die Ladungs- und Löschungsarbeiten auf den Dampfern suspendiert. Der Borasturm erstreckt sich bis Lussin. Im südlichen Dalmatien herrscht starker Sirocco, der die Wirkung eines außerordentlichen Luftdruckes im Norden und einer starken Depression im Süden ist.

Paris, 1. Februar. (W. H.) Aus allen Provinzen laufen Nachrichten über **heftige Schneestürme** ein, in mehreren derselben liegt der Schnee meterhoch, ein Vorkommnis, wie es seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen gewesen ist. Der Verkehr ist stellenweise gänzlich unterbrochen und viele Ortschaften von der übrigen Welt vollständig abgeschlossen. In den Häfen herrscht große Beunruhigung, da wegen des herrschenden Sturmes Schiffsunfälle befürchtet werden.

Antwerpen, 1. Februar. (Meldung der „Agence Havas-Reuter".) Der Ballon „Berson", in dem heute der Hauptmann vom deutschen Luftschiffer-Bataillon Bartsch v. Sigsfeld und Dr. Linke aus Berlin sich zu kurzem Aufstieg in Berlin erhoben hatten, wurde von starkem Winde weitergetrieben und hatte nach 5 Stunden Antwerpen erreicht. Kurz nach dem Ueberschreiten der Schelde hatte der Ballon sehr starken Gasverlust. Beide Luftschiffer suchten sich durch Abspringen auf die Wiesen am linken Scheide-Ufer zu retten, dies gelang Dr. Linke, doch erlitt er mehrere leichte Quetschungen. Hauptmann v. Sigsfeld blieb mit dem Fuß im Tauwerk hängen, schlug mit dem Kopfe auf dem Boden auf, und kam ums Leben. Er war vom Ballon noch etwa 50 Meter weit geschleift worden.

Dover, 1. Februar. (W. T. B.) Der Postdampfer „Marie Henriette", welcher gestern von hier abgegangen ist, mußte wegen Radbruches auf offener See wieder umkehren und ist, nachdem er die Nacht über von fortwährenden Sturzseen heimgesucht und bei Deal eine Zufluchtsstelle gefunden hatte, hier wieder eingetroffen.

Belgrad, 1. Februar. (W. T. B.) Bei dem Brande des Militärdepots in Kragujewatz sollen eine halbe Million Gewehrpatronen **explodiert** sein. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

132. Sitzung vom Sonnabend, 1. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des **Reichsamts des Innern** wird fortgesetzt.

Unter „Allgemeine Fonds" werden als Beitrag des Reichs zur Unterhaltung des in Bern errichteten internationalen Bureaus des Verbandes zum Schutze des gewerblichen Eigentums 3000 M. gefordert.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.): Ich möchte den Dank weiter Kreise des Handels und der Industrie für die Einsetzung dieses Fonds zum Ausdruck bringen. Hoffentlich wird das internationale Recht auf dem Gebiete der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs noch weiter ausgestaltet. Sehr wünschenswert wäre ein Beitritt des Reichs zum Madrider Uebereinkommen zum Schutz der gewerblichen Bezeichnungen.

Geheimrat **Hauß**: Die Erfüllung des letzteren Wunsches ist zur Zeit nicht möglich, da die Bestimmungen dieses Uebereinkommens mit unsrer nationalen Gesetzgebung nicht ganz übereinstimmen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel: „Zur Förderung der Seefischerei" erwidert auf eine Anfrage des Abg. Fürst zu Inn- und Knyphausen (L.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Die Einrichtung von Schonzeiten und Schonrevieren in den nordischen Gewässern ist angesichts des Raubsystems, das dort betrieben wird, sehr notwendig. Wir sind der internationalen Kommission zur Erforschung der nordischen Meere beigetreten, die am 1. Mai d. J. ihre Thätigkeit beginnen soll. Welche Teile der nordischen Meere sich für diese Schonreviere eignen, ist eine schwierige wissenschaftliche Frage, welche diese Kommission prüfen soll. Ich hoffe, es wird möglich sein, auf Grund der wissenschaftlichen Grundlage zu einem internationalen Abkommen über Schonrevier und Schonzeit zu gelangen. Die seemännische Ausbildung des Fischers ist sehr wichtig. Die Kleinfischerei soll weiter unterstützt werden, wir haben an ihrer Erhaltung dasselbe Interesse, wie an der Erhaltung der Küstenschiffahrt.

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.) frägt an, ob diesmal die volle Summe von 400 000 M. für die Förderung der Hochseefischerei ausgegeben worden ist, und weiter, ob den Fischern in Norderney der im vorigen Jahre nachgesuchte Schutz zu teil geworden ist.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Trotzdem wir alle an uns gestellten Wünsche erfüllt haben, haben wir doch im Laufe der Jahre 700 000 M. zur Förderung der Hochseefischerei erspart. 300 000 M. davon sollen zur Anlage eines Forschungshafens benutzt werden, daher bleiben 400 000 M. zur Verfügung. — Die Norderney-Fischer haben die gewünschte Unterstützung erhalten.

Der Titel wird bewilligt.

Bei der Forderung von 30 000 M. für die Herausgabe der „Nachrichten für Handel und Industrie" macht

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) darauf aufmerksam, daß das äußerst wertvolle Material dieser Zeitschrift von seiten des Reichs jedem Interessenten auf Verlangen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

Der Titel wird bewilligt.

Als Kosten der Maßregeln gegen die Reblauskrankheit werden 1000 M. verlangt.

Abg. Dr. **Deinhard** (natl.) wünscht, daß das Reich in dem hochwichtigen Schutz des deutschen Weinbaues nicht ermüden möge. Redner warnt vor Experimenten mit amerikanischen Reben.

Präsident des Reichs-Gesundheitsamts Dr. **Köhler** giebt zu, daß beim Anbau amerikanischer Reben die größte Vorsicht geboten sei. Es geschehe alles, um eine Uebertragung der Reblaus auf den deutschen Weinbau zu verhindern.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Belastung des Reichs aus dem auf Grund des Invalidenversicherungs-Gesetzes zahlbaren Renten (38 166 000 M.) fragt

Abg. Dr. **Crüger** (fr. Vp.) an, ob die Postanstalten nicht angehalten werden können, auch den Umtausch von gültigen Invaliden-Versicherungsmarken, die nicht mehr zur Verwertung kommen können, vorzunehmen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Wenn man die Sache unbefangen ansieht, soll man glauben, es würde sich nicht möglich machen, den Wünschen Rechnung zu tragen. Ich kann aber nicht voraussagen, welche buchmäßigen Schwierigkeiten etwa vorliegen. Jedenfalls will ich mich mit dem Staatssekretär des Reichspostamts in Verbindung setzen, denn ich habe das socialpolitische Interesse, daß die Bestimmungen der Invaliden-Versicherung dem Publikum möglichst handlich gemacht werden. Selbstverständlich aber wird es sich nur um den Umtausch von Marken, die im Bezirk der betreffenden Postanstalt gültig sind, handeln.

Der Titel wird bewilligt.

Zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft werden 90 000 M. angesetzt.

Abg. **Herold** (C.) betont die Notwendigkeit einer internationalen Statistik und einer regelmäßigen Berichterstattung über die Lage des Getreidemarktes und bittet den Staatssekretär um finanzielle Unterstützung für diesen Zweck.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Wir können nur Thatsachen mitteilen. Es wäre aber sehr verdienstvoll, wenn große landwirtschaftliche Verbände ein Organ gründen würden, das dies statistische Material ohne jede Polemik einwandsfrei veröffentlichte. Finanzielle Unterstützung könnte einem solchen Organ aus dem uns zur Verfügung stehenden Fonds wohl gewährt werden.

Der Titel und damit das Kapitel „Allgemeine Fonds" wird bewilligt.

Beim Kapitel „Ueberwachung des Auswanderungswesens" wünscht

Abg. **Cahensly** (C.), daß den Zwischendecks der Auswandererschiffe größere Aufmerksamkeit von den Auswanderungskommissaren geschenkt werden möge. In bezug auf Raum, Luft und Licht lassen diese Zwischendecks noch auf vielen deutschen Auswanderungsschiffen viel zu wünschen übrig.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel Reichs-Schulkommission.

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.): Es ist gewiß ein Fortschritt, daß die Abiturienten der Realgymnasien zum medizinischen Studium zugelassen werden, richtiger aber wäre es, allen höheren Lehranstalten bedingungslos diese Berechtigung zuzugestehen, nachdem ihnen von allerhöchster Stelle aus die Gleichwertigkeit zugestanden worden ist. Ist es nicht eine Anomalie, daß man heute von einem Realabiturienten eine Ergänzungsprüfung im Lateinischen zum medizinischen Studium verlangt, während sich derselbe Abiturient dem theoretischen Studium der Naturwissenschaft widmen kann. Soll das juristische Studium auch in Zukunft das Privileg der Gymnasial-Abiturienten bleiben. Man konnte von einer reichsgesetzlichen Regelung dieser Frage lesen, doch seien die Verhandlungen an dem Widerstand einiger Staaten gescheitert. Eine einheitliche Regelung wäre aber leicht möglich, man brauchte nur eine dem § 6 der neuen Prüfungsordnung für die Mediziner analoge Bestimmung schaffen. Ich kann den Herrn Staatssekretär versichern, daß eine Regelung dieser Frage in unsrem Sinn überall freudig begrüßt würde. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ich kann nur für Preußen sprechen. Das preußische Staatsministerium hat sich bereits schlüssig gemacht, die Abiturienten von Realgymnasien und Ober-Realschulen zum juristischen Studium zuzulassen. Selbstverständlich müßten sie sich über ausreichende Sprachkenntnisse, speciell im Lateinischen ausweisen.

Abg. **Kirsch** (C.) warnt vor allzuviel Experimenten auf dem Gebiete des Schulwesens. Vor allem müßten die Abiturienten in der lateinischen Sprache so gut beschlagen sein, daß sie mindestens das corpus iuris im Urtext lesen können.

Abg. Dr. **Herzfeld** (Soc.):

Aus dem Herrn Vorredner spricht der Geist vergangener Zeiten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Mir sind sehr wenig Juristen bekannt, die das corpus iuris im Urtext studieren, dagegen kenne ich viele, die die römische Sprache und Kultur sehr gut kennen, mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen aber gar nicht Bescheid wissen. Die Erklärung des Staatssekretärs begrüße ich mit Freuden. Es müßte aber doch weitergegangen werden in der Weise, daß die Abiturienten der Realschulen und Realgymnasien ohne weiteres zum juristischen Studium zugelassen werden, ohne daß sie als Personen zweiter Klasse betrachtet werden in Bezug auf das juristische Studium, weil sie nicht genügend Lateinisch verstehen. Ich habe mich zum Wort gemeldet, um einiges über die Volksschulverhältnisse in Mecklenburg vorzubringen. Mindestens 90 Prozent der Deutschen schicken ihre Kinder in die Volksschule und daher hat das Reich ein großes Interesse daran, gewisse Mindestbedingungen aufzustellen, die alle Volksschulen der einzelnen Bundesstaaten erfüllen müssen. In Mecklenburg sind **10 Proz. der sämtlichen Volksschulen jetzt und seit Jahren unbesetzt.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Schule ist in Mecklenburg nicht staatlich, sondern es giebt Schulen der Ritterschaft und der Kommunen. Eine einheitliche höchste Schulbehörde giebt es nicht. Früher repräsentierte der Großherzog diese Behörde. Als man aber auf sein Drängen die größten Mißstände abschaffte, hat man ihm gleichzeitig die höchste Schulaufsicht genommen und sie einem Schulkollegium übertragen, in dem **die Rittergutsbesitzer das Uebergewicht haben.** Die Anstellung der Lehrer besorgt die sogenannte Gutsobrigkeit, der **Rittergutsbesitzer**. Er hat das sechsmonatliche Kündigungsrecht. Daher befindet sich der Lehrer in der größten Abhängigkeit von dem Gutsbesitzer. Es besteht in Mecklenburg eine Bestimmung, wonach der Schulpatron, der Gutsbesitzer, verlangen kann, daß die 8jährigen Kinder seiner Tagelöhner ihm während des Sommers für Landarbeiten zu Diensten stehen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Während dieser Zeit versäumt das Kind also die Schule! Freilich ist dazu ein Dienstschein nötig, derselbe muß aber natürlich vom Lehrer ausgestellt werden, sobald das Kind 8 Jahre alt ist, denn wenn etwa der Lehrer darauf hinweisen sollte, daß das Kind noch nicht gelernt hat, so kann ihm ja der Gutsbesitzer sofort sagen: „Wenn Ihnen das nicht paßt, so können Sie ja gehen." Jeder auf dem Gute Angesessene hat 8 M. Schulgeld für die Dorfschule zu bezahlen, auch wenn seine Kinder von dem Unterricht dispensiert sind. Die **Gutsbesitzer, Gutspächter** und **Pastoren brauchen aber die 3 Mark Schulgeld nicht zu bezahlen.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In welcher Achtung der Lehrer in Mecklenburg steht, dafür ist ein Beweis, daß jeder Gutsbesitzer für seine Kinder schon ganz früh eine französische Bonne nimmt und später einen Schulamtskandidaten. Die Schullehrer werden nicht für würdig gehalten, den Kindern des Gutsbesitzers die Anfangsgründe beizubringen. Außer Naturalien erhält der Lehrer nur **360 Mark bares Geld pro Jahr.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In der allerletzten Zeit haben sie noch eine Alterszulage erhalten, die von 5 Jahren zu 5 Jahren um 100 Mark steigt, so daß das bare Gehalt nach 15 Jahren 600 Mark beträgt. Auf diese Alterszulage aber hat der Lehrer keinen gesetzlichen Anspruch. Das Bewilligungsrecht steht dem Schulpatron zu, und dieser gewährt die Alterszulage nur, wenn der Lehrer stets ein pflichtgemäßes Verhalten seinem Patron gegenüber gezeigt hat. Solche Zustände müssen natürlich zur Landflucht der Arbeiter führen. Wer wird es einem mecklenburgischen Arbeiter übel nehmen, wenn er das Land flieht, wo seine Kinder eine solche Ausbildung erhalten. Wir verlangen daher, daß der Reichstag Mindestbestimmungen über die Anzahl und das Gehalt der Lehrer, über die Zahl der notwendigen Schulhäuser erläßt.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**: Die Reichs-Schulkommission kann die Wünsche des Vorredners **nicht** erfüllen. Soll das Volksschulwesen dem Reich unterstellt werden, so wäre dazu eine Verfassungsänderung notwendig. Für eine solche Verfassungsänderung würden die verbündeten Regierungen nicht zu haben sein.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.): Der Herr Staatssekretär hatte ein gewisses formales Recht zu seinen letzten Aeußerungen. Aber die Zustände sind deshalb nicht minder beklagenswert und werden hier so oft besprochen werden, als diese Zustände in Mecklenburg andauern. Der Reichskanzler könnte auch hier bundesfreundlich einwirken. Dem Abg. Kirsch erwidere ich, der Hauptvorzug der Reformschule sei der gemeinschaftliche Unterbau. Das viele Latein ist in der Praxis nicht zu verwerten. Die Entwicklung der Reformschule solle man nicht hindern. Die Anregungen meines Freundes Eickhoff unterstütze ich aufs wärmste.

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.): Ich nehme an, daß die Abiturienten aus Ober-Realschulen, auch wenn sie Jura studieren, keiner Nachprüfung unterzogen werden sollen. Ein Ergänzungsstudium auf der Universität genügt auch. Herr Kirsch möge einen Juristen nennen, der wegen mangelnder Kenntnis des Lateins in seiner Karriere gescheitert ist. Herr Herzfeld hat sich der mecklenburgischen Volksschullehrer angenommen, ich möchte, wie schon im vorigen Jahre, auf die schlechten Besoldungsverhältnisse der mecklenburgischen Gymnasiallehrer hinweisen. Im vorigen Jahre hat mich die „Kreuz-Zeitung" dafür angerempelt, das Blatt, welches einen früheren Oberlehrer zum Leiter hat. Die Dinge stehen mit der Reichs-Schulkommission mir in sehr losem Zusammenhange. Aber die Kompetenz der Reichs-Schulkommission muß eben, wie die Debatten hier erweisen, erweitert werden.

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.): In Mecklenburg sind die Verhältnisse der höheren Schulen nicht so schlecht wie die der Volksschule. Mecklenburg ist kein Staat im modernen Sinne. (Vicepräsident Büsing bittet den Redner, nicht auf die staatsrechtlichen Verhältnisse Mecklenburgs einzugehen. Heiterkeit.) Die Regierung ist an den traurigen Verhältnissen nicht so schuld wie die Ritterschaft, die alle Reformen ablehnt. Wir müssen hier darauf dringen, daß die **mecklenburgische Verfassung geändert werden muß.** Heute fehlt uns noch die Hilfe des Centrums, die aber uns wohl noch zu teil werden wird, wenn die Verhältnisse weiter so schlimm bleiben wie bisher.

Abg. **Kirsch** (C.): Die mecklenburgische Regierung hat erklärt, unsern im Toleranzantrag ausgedrückten Wünschen nachzukommen. Unsre Erklärung, daß wir eine andre Stellung den mecklenburgischen Fragen gegenüber einnehmen würden, bezog sich auf den Toleranzantrag und wir sind jetzt befriedigt. (Aha! links.) Hoffentlich giebt aber die mecklenburgische Regierung auch in der Verfassungsfrage eine so befriedigende Erklärung, wie in der Paritätsfrage ab. Wir sind gegen die Staatsschule, in Mecklenburg sowohl wie anderwärts.

Abg. Dr. **Oertel** (L.):

Die Ausführungen des Herrn Eickhoff standen in der That nur in losem Zusammenhange mit dem Etatstitel, den wir beraten. Ich will aber dem nun einmal gegebenen bösen Beispiel folgen. Die Schulreform von 1901 hat viel Gutes gebracht, das Gute bestand aber vor allem darin, daß Bestimmungen der früheren Schulreform wieder aufgehoben wurden. Die Staaten, die so weise waren, der ersten Schulreform Preußens nicht zu folgen, wie z. B. Sachsen (Lachen links), hatten daher auch nicht nötig, die zweite negative Schulreform mitzumachen. Ich bin überhaupt gegen allzu vieles Reformieren auf dem Gebiete des Schulwesens. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin für die Gleichberechtigung der Realgymnasien und Gymnasien in Bezug auf die Zulassung der Abiturienten zum akademischen Studium. Daß auch den Oberrealschul-Abiturienten das juristische Studium ohne weiteres freistehen soll, halte ich nicht für richtig, der logischen Schulung durch den lateinischen Unterricht bedarf der Jurist am meisten. Ganz wertlos sind auf jeden Fall alle Zwischen- und Ergänzungsprüfungen.

Abg. Dr. **Beumer** (natl.): Die Schüler aller drei Arten der neunklassigen höheren Lehranstalten sind zum Studium der klassischen Philosophie berechtigt, da ist es ganz selbstverständlich, daß sie auch zum juristischen Studium zugelassen werden müssen. Ich hoffe, daß im preußischen Landtage diese Konsequenz anerkannt werden wird.

Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Beim Kapitel „Statistisches Amt" tritt Abg. **Werner** (Antis.) für Besserstellung der expedierenden Sekretäre ein.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel Normal-Aichungs-Kommission.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.) fragt an, ob ein Gesetz betreffend die Aichung der Bierfässer, das dem Reichstag seit langem zugesagt sei, bald ergehen werde.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ein Gesetz, das die Aichung der Bierfässer und die Freizügigkeit der Bierfässer für das ganze Reich vorsieht, d. h. welches bestimmt, daß Bierfässer, welche in Bayern z. B. geaicht sind, auch in Preußen als geaicht gelten, ist fertiggestellt. Es schweben nur noch Verhandlungen über die Höhe der Gebühren für die Aichung.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel Gesundheitsamt.

Hierzu liegt folgende Resolution des Abg. Lenzmann und Genossen vor: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Grundsätze feststellt, wodurch die Aufenthaltsverhältnisse und die Aufnahme von Geisteskranken in Irrenhäusern sowie die Entlassung aus denselben reichsgesetzlich geregelt werden."

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.)

begründet die Resolution. Der Antrag ist nicht neu, ich habe ihn seit 1895 jedes Jahr eingebracht und werde dies mit der Zähigkeit meines Volksstammes jedes Jahr thun, bis meine Forderung von der Regierung erfüllt ist. Es giebt gegenwärtig 66 000 Geisteskranke in deutschen Irrenanstalten, und das Reich hat alle Ursache, diesen Unglücklichen den nötigen Schutz zu gewähren. Die Bestimmungen über Aufnahme, Behandlung und Entlassung der Irren sind in den einzelnen Staaten so verschiedenartig, daß eine reichsgesetzliche Regelung unbedingt notwendig ist. Der Reichstag hat bereits 1897 einen gleichen Antrag ohne Widerspruch angenommen. Mit Rücksicht auf den Beschluß des Seniorenkonvents will ich nur einen einzigen Fall anführen, der in einer Broschüre des Geheimen Medizinalrats Plechzig behandelt wird. Es handelt sich um den Fabrikanten Pätzold in Auerbach, der von den Behörden für blödsinnig erklärt worden ist. Nach der Broschüre ist aber ganz klar, daß dies nur geschehen ist, um eine **unbequeme Persönlichkeit zu entfernen.** Herr Pätzold hat nämlich den Bürgermeister der Stadt Auerbach des Betruges beschuldigt; das Verfahren gegen den Bürgermeister ist aber abgewiesen worden und Pätzold für größenwahnsinnig erklärt. Der Vorwurf des Betruges gründete sich darauf, daß ein verstorbener Kämmerer der Stadt Auerbach große Unterschlagungen begangen hatte, deren Mitschuldiger der Bürgermeister sein soll. Pätzold hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Wahrheit in diesem Falle festzustellen, und hatte die Aeußerung gethan, „ich bin ein energischer Mann, ein Genie, ich werde dem Rechte schon zum Recht verhelfen". Auf diese Aeußerung hin erkannten die Aerzte auf Paranoia expansiva d. h. Größenwahnsinn. Wenn alle Menschen, die sich dünken mehr zu sein, als sie in Wirklichkeit sind, an Größenwahnsinn leiden sollen, dann müßten wohl auch manche von uns ins Irrenhaus. (Große Heiterkeit und Sehr richtig! links.) — Es muß eine **Untersuchungskommission aus Irrenärzten, Juristen** und **Laien** eingesetzt werden, die **jeden einzelnen Fall genau prüft.** Nach einer gewissen Zeit muß ein jeder Geisteskranke einer derartigen Besichtigungskommission vorgeführt werden, die über sein Verbleiben in der Anstalt nach eingehender Prüfung entscheidet. Ich bitte Sie, meinen Antrag wieder einstimmig anzunehmen, damit der Bundesrat sich von der Notwendigkeit der reichsgesetzlichen Regelung dieser Materie überzeugt. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky** kommt nunmehr auf zwei früher von dem Abg. Lenzmann angeführte Fälle zurück, in denen angeblich geistig Gesunde zwangsweise in Irrenanstalten verbracht sein sollten und berichtigt die frühere Darstellung in Einzelheiten. Die preußische Regierung hat mir seiner Zeit auf meine Anfrage geantwortet, daß in den einzelnen Provinzialreglements ausreichende Garantien dagegen gewährt seien, daß gesunde Personen in verbrecherischer Absicht in Irrenanstalten gebracht oder dort zurückgehalten werden können. Sollte der Reichstag den Antrag wieder annehmen, so werde ich mich mit der preußischen und den übrigen Regierungen in Verbindung setzen und so verfahren, wie jetzt die Stellung der Regierungen zu dem Antrage ist.

Abg. **Antrick** (Soc.):

Ich hatte im vorigen Jahre eine ganze Fülle von Mißständen aus den verschiedensten Krankenhäusern hier zur Sprache gebracht. Die Antwort darauf war, daß Revisionen stattgefunden und ergeben haben, daß meine Angaben teils richtig, teils unrichtig waren. Mit solchen Revisionen kann man aber recht wenig erreichen, da sie ja vorher angemeldet werden; wenn dann ein Regierungsvertreter kommt, findet er natürlich alles in schönster Ordnung. Die Ursachen dieser Mißstände liegen lediglich in dem Mangel an finanziellen Mitteln. Bevor ich mich jedoch mit dieser Frage näher befasse, möchte ich auf eine andre, nämlich auf den großen Mangel an Krankenhäusern eingehen. Das wird von niemand ernstlich bestritten. Sogar in **Berlin,** das in dieser Hinsicht Hervorragendes geleistet hat, **fehlen** nach Berechnung eines Sachverständigen **täglich für die Kranken noch 1000 Betten.** Es ist nicht möglich, alle Kranken in den Berliner Krankenhäusern unterzubringen. In der Provinz steht es noch viel schlimmer. Eine große Anzahl von Kommunen bauen aus Mangel an Geld oder an Einsicht, aus Knauserigkeit, keine Krankenhäuser. Als ich im vorigen Jahre einige Orte nannte, wurde ich von einem konservativen Blatte in der Provinz angegriffen; später hat dieses Blatt selbst zugegeben, daß auf diesem Gebiete unhaltbare Zustände herrschen. In Schönfließ, Schwiebus und Wriezen liegt es in dieser Beziehung besonders im Argen.

In Spremberg, einer Stadt von 10 000 Einwohnern in der Lausitz war ebenfalls großer Mangel an Krankenhäusern und die bürgerliche Mehrheit in der Kommune mußte erst von oben herab gezwungen werden, ein neues Krankenhaus zu bewilligen. In dem einen bestehenden Krankenhause gab es nur einen **einzigen Krankenwärter.** (Hört! hört!) Die Bevölkerung wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, in dies Krankenhaus zu gehen wegen der mangelhaften Behandlung, die den Kranken dort zu teil wird. In einer noch größeren Stadt, Kottbus, giebt es auch nur **ein** Krankenhaus mit gerade **46 Betten.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten). Dabei giebt es in Kottbus 16—17 000 Krankenkassen-

mitglieder. Der angestellte Arzt wohnt nicht im Krankenhaus sondern muß immer erst geholt werden. Es giebt dort keine chirurgischen Instrumente, keinen Operationssaal. Im Landtage ist Kottbus konservativ vertreten, aber der Herr Abgeordnete hat mehr für die agrarischen Interessen zu sorgen, die Zustände unter denen die Arbeiter leiden, kümmern ihn nicht. Die Arbeiter selbst haben in der Stadtverwaltung keinen Einfluß, bei den Wahlen haben sie eine reaktionäre Masse gegen sich. Daher haben sich die Arbeiter in der Not an mich gewandt mit einer Eingabe, damit ich ihre Klagen hier vorbringe. Die Petition kam in diesem Jahre auch in der Stadtverordnetenversammlung in Kottbus zur Sprache. Bei dieser Gelegenheit sagte der Krankenkassen-Arzt den Herren einmal gründlich die Wahrheit. Er stellte fest, daß man in Kottbus ein Krankenhaus mit mindestens hundert Betten brauche. Die Korridore und Treppen seien in dem bestehenden Krankenhause so eng, daß man sie mit einer Tragbahre mit Schwerkranken nicht passieren könne. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Kinder könnten garnicht aufgenommen werden. Die Zimmer seien alle besetzt, er habe sogar einen Geisteskranken in demselben Zimmer mit einem andern Kranken unterbringen müssen. (Hört! hört!) Wenn hier die preußische Regierung eine Revision hat vornehmen lassen, so trifft sie die Mitschuld an den schandbaren Zuständen. Freilich der Bürgermeister dieser Stadt von 40 000 Einwohnern meinte auf diese Ausführungen des Arztes, „mit einigermaßen gutem Willen könne man noch ganz gut mit dem Krankenhaus auskommen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wie stellt sich zu solchen Zuständen der neuerrichtete Gesundheitsrat. Wenn hier eine Epidemie ausbricht, fehlt jede Möglichkeit, die Kranken unterzubringen. Hier muß der Staat sein Aufsichtsrecht gebrauchen, um solche Kommunen zu zwingen, ihre Pflicht zu thun. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich komme nun zu einzelnen Mißständen in Krankenhäusern. Ich behauptete seiner Zeit, daß es heute möglich sei, daß ein als krank verdächtiger Mensch in ein Krankenhaus komme und dasselbe mit einer schweren Krankheit, die er sich dort geholt hat, behaftet wieder verlasse. Diese Behauptung hat damals ungeheure Entrüstung erregt. Leider aber hat sie sich in neuester Zeit bewahrheitet. Ein solcher Fall hat sich thatsächlich ereignet und zwar in **Berlin** selbst. Es ist konstatiert worden, daß im Elisabeth-Krankenhause in einem Jahre **40 Kinder an Gonorrhoe erkrankt** sind. Wenn das in Berlin geschieht, was soll dann erst in den Krankenhäusern der Provinz geschehen. In diesem Krankenhaus geht es sehr fromm her, die Kranken werden dort viel zu viel mit Beten behelligt. Als diese Zustände in der Presse veröffentlicht wurden, gab sie die Oberin gar nicht zu; ich habe aber aus ganz genauer Quelle die Nachricht, daß die Ansteckung bei den Kindern festgestellt ist. Wo bleiben da die Bestimmungen des Seuchengesetzes, wenn in ganz ruhigen Zeiten solche Ansteckungen nicht verhindert werden können?

In einem andern Fall, der in der „Braunschweigischen Landeszeitung" — keinem socialdemokratischen Blatt — veröffentlicht wurde, wurde folgendes festgestellt: Ein scharlachkranker Arbeiter erhielt lange Zeit hindurch kein Wasser zum Waschen. Seine Wärterin erhielt täglich eine Mark und mußte ihn dafür beköstigen und ihm täglich zwei Liter Milch geben. (Hört! hört!) Das sind Zustände die in einem geordneten Staatsleben nicht vorkommen dürften. — Die ganze Frage ist eine Geldfrage, ich wende mich nicht gegen Personen, sondern gegen das ganze System. Wie ich schon sagte sind auch in Berlin die Zustände ganz schauerlich. Ich bringe nur Material vor, wenn die Leute, die es mir zutragen, sich verpflichten, ihre Angaben auch vor Gericht zu vertreten. So sind in Bethanien außerordentliche Mißstände vorhanden. Ein Patient schreibt mir, daß er im Jahre 1900 auf dem Saale 63 gelegen. Statt um 8 Uhr abends habe er gegen seine Herzbeklemmungen um 11½ oder auch um ½2 eine Eisblase auf das Herz gelegt bekommen. Vier Nächte habe er nicht schlafen können, weil der Wärter nicht gekommen sei. Der Grund sei die **unmenschlich lange Arbeitszeit des Wärters.** Ein Wärter habe den ganzen Saal besorgen müssen. Kranken wurde zwei Stunden lang das Stechbecken im Bett gelassen. Aehnliche Zustände werden mir von einem andren Berliner Krankenhause berichtet, die auch auf einem Mangel an Wärtern beruhen. Ein Mann, der absolut der Hilfe bedurfte, klingelte, ohne daß jemand kam. Der Kranke litt an Krämpfen, fiel vom Stuhl, zerschlug sich den Kopf und erst geraume Zeit später kam der Wärter.

So sieht es in den bestgeleiteten Krankenhäusern in Berlin aus, wie nun erst in der Provinz. Es fehlen Krankenhäuser, Wärter, es fehlt auch ein gut bezahltes Aerztepersonal. Die Aerzte sind auf private Praxis angewiesen, darunter leidet die Behandlung der Kranken in den Krankenhäusern. Es soll vorgekommen sein, daß Aerzte mit großer Privatpraxis bei Operationen in Krankenhäusern Dinge gemacht haben, die, wenn sie in die Oeffentlichkeit kämen, die Aerzte in die Hände des Staatsanwalts bringen würden. Daß dies so ist, kann ich Ihnen beweisen. Vor mir liegt der Brief eines früheren Kreisphysikus in Dessau an die Regierung seines Einzelstaates, der den leitenden Arzt des Krankenhauses in Bernburg. Dr. Hagemann beschuldigt, Menschenleben gefährdet zu haben. Dieser Herr sitzt jetzt im Ministerium dieses Einzelstaates. Er stellt in dem Briefe unter anderm fest, daß ein Mann, der sich einen Splitter in die Hand gerissen hatte, im Krankenhaus gestorben ist, ohne daß, nach Aussage seines Hausarztes, der Splitter entfernt worden wäre. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Und was hat die Regierung nach diesem Briefe gethan? Der Brief ist datiert vom Jahre 1891. Der damalige Kreisphysikus, der Briefschreiber, sitzt jetzt an der Stelle des Geheimen Medizinalrats, an den der Brief gerichtet war, im anhaltischen Ministerium, und der angeschuldigte Arzt ist heute noch leitender Arzt des Krankenhauses in Bernburg. Entweder hat also der Geh. Medizinalrat den Dr. Hagemann damals verleumdet oder dieser gehört ins Zuchthaus wegen Gefährdung von Menschenleben. Keiner von ihnen ist aber bisher angeklagt worden, wohl aber der socialdemokratische Redacteur, der den Fall veröffentlichte. Er wäre verurteilt worden, wenn er nicht den **Originalbrief** des Kreisphysikus **hätte vorlegen können.** Daraufhin wurde die Sitzung des Gerichts vertagt, um vom Ministerium die Genehmigung zur Vernehmung des Briefschreibers als Zeuge zu erlangen, die bisher versagt war. Ob sie jetzt erteilt ist, weiß ich nicht. — Redner geht des weiteren auf Mißstände in den Privat-Krankenanstalten von Fränkel und Oliven in Lankwitz ein, die im einzelnen auf der Tribüne unverständlich bleiben. Ebenso schlimm liegen die Verhältnisse in einem Institut am Schiffbauerdamm neben dem Neuen Theater. Dort werden Kaninchen, Meerschweine usw., die mit giftigen Stoffen geimpft sind, Tage lang herumlaufen gelassen, ehe sie getötet werden. Ein Verbrennungsofen befindet sich dort nicht, die Leichen der Tiere werden in Papier gewickelt in die Kesselfeuerung des Neuen Theaters geworfen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ansteckungen sind auf diese Weise kaum zu vermeiden.

Es ist mir unmöglich, Ihnen mein ganzes Material bei der vorgerückten Zeit vorzutragen, nur noch ein paar Sachen muß ich erwähnen. Große Mißstände bestehen in der Charité in Berlin. Dort bekommen die Wärter 24 Mark Anfangsgehalt und müssen 14—16 Stunden arbeiten. So kommt es auch, daß sich die besten Elemente aus diesem Berufe entfernen. Ich könnte noch von ähnlichen Zuständen aus Düsseldorf, Danzig, Frankfurt usw. erzählen. Ich hoffe, daß die Regierung endlich Maßnahmen gegen solche Mißstände treffen wird. Als ich den Kampf gegen die Krankenhaus-Verwaltung begann, trat mir nicht nur die Regierung, sondern auch die Presse entgegen. In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben zwei Stadträte erklärt, daß meine Angaben unrichtig seien. Sie beriefen sich auf die Revision des Moabiter Krankenhauses durch den Geheimrat Kirchner. Sie warfen mir vor, daß ich die Tribüne des Reichstags dazu benutzt hätte, um ein Berliner Krankenhaus durch unrichtige Angaben zu diskreditieren. Mir blieb demgegenüber nichts übrig, als in einer Erklärung meine Angaben aufrecht zu erhalten und, sobald die stenographischen Berichte vorliegen, das weitere zu veranlassen. Sofort nach Empfang des Berichts habe ich eine Versammlung der Aerzte und des Pflegepersonals der Berliner Krankenhäuser, zu der ich auch die beiden Stadträte Bail und Straßmann einlud, einberufen. Sie sind aber nicht erschienen. Dort habe ich meine Anklagen wiederholt, ein Bericht ist in der Presse erschienen, bisher ist Anklage gegen mich nicht erhoben. Kein Krankenwärter hat in der Versammlung meine Anklagen zurückgewiesen, im Gegenteil, es wurde allseitig ausgesprochen, daß ich die Verhältnisse viel zu milde geschildert hätte. — Nach meinen Anklagen damals hat Herr Geheimrat Kirschner das Moabiter Krankenhaus inspiziert. Aber wie. Er ist einmal durchgegangen und hat dann an den Oberbürgermeister berichtet, er hat alles in bester Ordnung gefunden. Wie kommt der Herr dazu, nicht an seine vorgesetzte Behörde zu berichten? Er hätte zum mindesten die Pflicht gehabt, die von mir erhobenen Anklagen in den einzelnen Fällen zu untersuchen. Das hat er aber nicht gethan. Wenn wir zu dieser Art von Revision der preußischen Regierung nicht das geringste Vertrauen haben, ist selbstverständlich. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Geschieht das nicht, dann werden sich zur Zeit einer Epidemie die Folgen zeigen, und die am meisten darunter leiden, werden wieder die Arbeiter sein. Die Verantwortung für die Folgen aber fällt auf die preußische Regierung. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. (Außerdem Etat des Reichs-Justizamts.)

Schluß 6¾ Uhr.

Parlamentarisches.

Arbeiterstatistik.

Die Budgetkommission des Reichstags begann die Beratung der ihr überwiesenen Teile des Etats des **Reichsamts des Innern** beim Kapitel: **Statistisches Amt.** Hier ist die Errichtung einer Abteilung für Arbeiterstatistik vorgesehen, die an stelle der Kommission für Arbeiterstatistik treten soll. Gefordert werden vorläufig zwei neue Mitgliedstellen (9000 M.) und eine Zulage für den Präsidenten (2500 M.). Die ganze Neuorganisation beansprucht die Summe von 52 300 M., wovon die jetzt wegfallenden Kosten für die Kommission für Arbeiterstatistik in Höhe von 39 000 M. in Abzug zu bringen sind. Referent Abg. **v. Tiedemann** (Rp.) empfiehlt die Bewilligung.

Korreferent Abg. **Bebel** (Soc.) erkennt an, daß die Errichtung der neuen Abteilung eine Verbesserung gegen den jetzigen Zustand sei, befürchtet aber, daß eine Beschränkung der Befugnisse der Kommission für Arbeiterstatistik eintreten könne und fragt, wie das in Zukunft werden solle.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erklärt, die Kompetenzen der Kommission für Arbeiterstatistik sollte ungeschmälert erhalten bleiben.

Abg. **Hoch** (Soc.) fragt an, ob denn in Zukunft, wie bisher, seitens der Kommission Vorschläge für neue Maßnahmen der socialpolitischen Gesetzgebung gemacht werden könnten und empfiehlt eine engere Verbindung der Abteilung für Arbeiterstatistik mit den Arbeiterorganisationen.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) unterstützt diese Anregung und fordert ferner eine Vermehrung der Zahl der Reichstagsmitglieder (bisher 6) in der Neuorganisation, damit nicht das parlamentarische Element durch das bureaukratische zurückgedrängt werde.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** bittet, der neuen Abteilung kein Mißtrauen entgegenzubringen. Auch in Zukunft würden wie bisher, Vorschläge in Form von Thesen von ihr zu machen, sein. Der Reichstag möge doch die Sache zunächst einmal ruhig laufen lassen.

Abg. **Hoch** (Soc.) verlangt, daß der neuen Abteilung die Befugnis beigelegt werde, Unternehmer und Arbeiter zur Auskunftserteilung vor ihr zu zwingen. An dem Mißtrauen sei die „Post" schuld, die gejubelt habe, daß nach Schaffung der neuen Abteilung die Gesetzesmacherei der Kommission für Arbeiterstatistik aufhören werde.

Abg. Dr. **Hasse** (natl.) ist gegen die Vermehrung des parlamentarischen Beirats. Er befürchtet, daß sich ein „neues, kleines Parlament" daraus entwickeln könne.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** desavouiert die „Post". 99 Proz. von dem, was sich als offiziös geberde, sei es nicht. Reine Nationalökonomie ohne praktische oder juristische Grundlage empfehle sich nicht zur Vorbildung für Beamte der Abteilung für Arbeiterstatistik.

Abg. **Gröber** (C.) betont gleichfalls die Notwendigkeit juristischer Detailkenntnis und hält eine Verstärkung des parlamentarischen Elements in der Kommission für nützlich. Beim Schwurgericht denke auch kein Mensch daran, Laien und Richter in gleicher Zahl zu beteiligen.

Abg. **Bebel** (Soc.) fordert die Aufnahme von Unternehmern und Arbeitern in die Kommission.

Abg. **v. Tiedemann** (Rp.) fürchtet, daß durch Hinzuziehung zu vieler Sachverständiger die Sache zu einer Farce würde.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** weist darauf hin, daß der Bundesrat die sieben Mitglieder — es seien wirklich sieben, nicht sechs, wie irrtümlich in der Begründung der Vorlage vermerkt sei — zu wählen habe. Er könne also auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wählen und werde namentlich gern Gewerbeinspektoren als besonders geeignet heranziehen. Im übrigen müsse sich durch die Erfahrung ergeben, welche Zusammensetzung den Absichten der Abteilung, die durchaus objektiv statistisch wirken solle, am besten entspreche. — Hierauf wird die Forderung anstandslos genehmigt.

* * *

Auf eine Anfrage erklärt der Staatssekretär, daß das **Reichstags-Präsidialgebäude** noch im nächsten Jahre fertig gestellt werde. — Abg. **Eickhoff** bemängelt die langsame Weiterführung der Ausschmückung des Reichstags-Gebäudes? Warum denn die Gemälde im Lesezimmer jahrelang unvollendet blieben? — Ein Regierungs-Kommissar weist darauf hin, daß die Ausschmückungs-Kommission nur schwer zusammenzubringen sei. — Abg. **Hoffmann**-Dillenburg (natl.) wünscht baldige Herstellung der Gemälde für den Sitzungssaal. — Staatssekretär Graf **Posadowsky** meint, diese Aufgabe solle erst in Angriff genommen werden, wenn sich ein gottbegnadeter Künstler dazu finde. —

Ueber die Forderung für die **biologische Abteilung des Reichs-Gesundheitsamtes** in **Dahlem** entspinnt sich eine lange Diskussion. — Abg. **v. Tiedemann** (Rp.) bekämpft die Forderung aus finanziellen Rücksichten, während der Korreferent, Abg. **Bebel** (Soc.), für ihre Bewilligung eintritt. — Der Staatssekretär und der Direktor des Reichs-Gesundheitsamts, **Köhler,** weisen nach, daß die Forderung dringend und unbedingt notwendig sei.

Abg. **Bebel** (Soc.) beantragt, die Forderung auf ein Jahr zurückzustellen, um sie nach näherer Prüfung der Bodenverhältnisse von Dahlem in einem Nachtragsetat wieder zu stellen.

Nach weiterer Beratung zieht Abg. **Bebel** nach näheren Auskünften des Direktors Köhler und des Grafen Posadowsky seinen Antrag zurück und die Forderung wird einstimmig **angenommen.**

Nächste Sitzung **Dienstag** 11 Uhr. (Lokalinspektion der Bauplätze für die Errichtung eines Kolonialamts.)

Das Meistermonopol der Lehrlingszüchterei. Im Abgeordnetenhause hat Onkel Felisch, unterstützt von konservativen Innungsbrüdern, zur zweiten Beratung des Handelsetats den zünftlerischen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, dieselbe wolle im Bundesrat ihren Einfluß dahin geltend machen, daß dem Reichstage baldigst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welchen die Ausbildung der Lehrlinge nur solchen Gewerbetreibenden gestattet ist, welche die Meisterprüfung in ihrem Gewerbe abgelegt haben.

Partei-Nachrichten.

Verräter. Die jahrelangen häßlichen Stänkereien unter den Nürnberger Parteigenossen haben jetzt zum Ausschluß von 4 Mitgliedern aus der dortigen Organisation geführt. Dieselben sind überführt worden, Nachrichten über Parteivorgänge, durch die die Partei kompromittiert wurde, an den „Fränkischen Kurier" geliefert zu haben, ein Blatt, das sich seit je durch die schäbigste Bekämpfung unsrer Parteigenossen in Nürnberg hervorgethan hat. Zu den Verrätern gehört bedauerlicherweise auch der Landtags-Abgeordnete Scherm, der infolgedessen bereits sein Mandat niedergelegt hat. Nähere Mitteilungen liegen noch nicht vor.

Parteilitteratur. Vom Socialdemokratische Reichstags-Handbuch von Max Schippel, das in Wochenheften zu je 20 Pf. von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegeben wird, liegen jetzt 16 Hefte vor. Mit jedem Heft erweist sich das Werk immer mehr als ein gründliches und vorzügliches Nachschlagewerk für alle politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen. Kein Arbeiter, der die Streitfragen unsrer Zeit von Grund aus verstehen will, kann dieses Buch entbehren, das eine vorzügliche Waffe im Kampf gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien bildet. In den letzten Heften werden u. a. Bundesrat, Civilliste, Duellunwesen, Finanzgeschichte des Reiches, Flotte, Fortbildungsschulen, Gewerbeaufsicht, Genossenschaften 2c. behandelt.

Der neue Jahrgang der Illustrierten Roman-Bibliothek „In Freien Stunden" empfiehlt sich sowohl durch die glückliche Auswahl des Spindlerschen Romans „Der Bastard", der von der Litteraturgeschichte dem berühmten Roman „Der Jude" gleichgestellt wird, und der Gorkischen Novelle „Im Banne der Dämonen", wie auch durch die neue Art von Illustrationen, mit denen der „Bastard" geschmückt ist. Wir empfehlen diese Wochenhefte zu 10 Pfg. unseren Lesern, welche für ihre Frauen und Kinder eine billige und gute Unterhaltungsschrift haben wollen, aufs Beste.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Arbeitsnachweis-Statistik. Der Centralverein für Arbeitsnachweis teilt aus dem Monat Dezember v. J. die Ergebnisse über die Frequenz von 85 Berliner Arbeitsnachweisen mit. Danach haben sich im Dezember 1901 auf den Arbeitsnachweisen **13 876** Arbeitslose gemeldet gegen 9576 im Jahre vorher. Offene Stellen wurden **6902** gemeldet gegen 6217 im gleichen Monat des Jahres 1900. Besetzt wurden 6482 Stellen. Das Verhältnis gestaltet sich noch bei weitem ungünstiger, wenn man berücksichtigt, daß in diesem Jahre 85 Arbeitsnachweise berichteten, während es im Jahre 1900 nur 33 waren. Die Lage des Arbeitsmarktes im Laufe des Januar d. J. wird allgemein von den einzelnen Bureaus noch trüber geschildert und über eine Zunahme der Arbeitslosigkeit berichtet.

Das internationale Schiffahrts-Kartell. Wie das „Berl. Tagebl." mitteilt, haben die amerikanischen atlantischen Reedereien den Beschluß gefaßt, die Mindest-Frachtsätze für Getreide, Mehl und Provisionen von New York nach London resp. Liverpool auf 1½ Pence festzusetzen. Die bisherige Rate für diese Route betrug 1 Penny per Cwt. Der Zuschlag beläuft sich also auf 50 Proz.

Das Wolffsche Bureau meldet, daß an der Konferenz die führenden englischen, amerikanischen und kontinentalen transatlantischen Dampfergesellschaften teilgenommen hätten, und daß der Beschluß gefaßt worden wäre, auch die Passagierpreise für die erste und für die zweite Kajüte zu erhöhen. Es wäre ein Minimalsatz festgesetzt worden, unter den in Zukunft die Preise nicht hinuntergehen dürfen; die Preise der dritten Kajüte bleiben unverändert. Die endgültige Genehmigung dieser Abmachungen erfolge erst in 14 Tagen in der Schlußkonferenz, die in New York nach Eintreffen der beiden Generaldirektoren Ballin und Wiegand stattfinden wird.

Ergänzend zu diesen Mitteilungen wird dem Bureau Laffan aus New York telegraphiert:

Eine der Wirkungen der Verschmelzung der Schiffahrts-Gesellschaften, die mit dem heutigen Tage in Kraft tritt, wird die Verdrängung der keiner Interessen-Vereinigung angehörigen sogenannten „wilden" Dampfer sein, da die verbündeten Eisenbahngesellschaften ihnen keine Frachtaufträge mehr erteilen werden. Die hierbei in Betracht kommenden Schiffsfrachten betragen über eine Million Tonnen. In hiesigen Kreisen besteht kein Zweifel darüber, daß der Verschmelzung der Frachtschiffahrts-Gesellschaften eine gleiche Vereinigung in riesenhaftem Maßstabe auf dem Gebiete des Personenverkehrs folgen wird, deren Wirkungen sich auch bei den kontinentalen Schiffahrts-Gesellschaften geltend machen dürften.

Diese Mitteilungen sind mit großer Reserve aufzunehmen, beruhen sie auf richtiger Information, so sind es sicherlich nur Teilresultate der Verhandlungen. Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß nur Frachtsätze für Getreide vereinbart sind und die übrigen der freien Konkurenz überlassen bleiben.

Aus dem oberschlesischen Industriebezirke wird uns geschrieben: In den letzten Wochen haben sich die Arbeiterverhältnisse im oberschlesischen Industriebezirke nicht unbedeutend verschlechtert; insbesondere betrifft die Verschlechterung die Kohlenbergleute. Nachdem der befürchtete Rückgang im Kohlenabsatze eingetreten ist, sind die Grubenverwaltungen sofort mit Feierschichten gefolgt. Was für die nächste Zeit erwartet wird, ist nun: Herabsetzung der Preise im Großhandel und dementsprechend Herabsetzung der Löhne und Fortfall der bisher üblichen Lohnprämien für regelmäßige Arbeit und dergleichen. Die dem gegenüberstehende Besserung in der Eisenindustrie war niemals bedeutend und hatte sich stets nur auf einzelne kleinere Zweige, wie die Drahtindustrie, erstreckt. Sie ist auch jetzt nur stellenweise und unregelmäßig vorhanden. Die Lohnabzüge in Eisenhütten dauern fort. Unter den zahlreichen ausländischen Arbeitern, die gegenwärtig (wie es scheint, auf behördliche Einwirkung) entlassen werden, befinden sich auch die vielbesprochenen Galizier von der Verwaltung der Zinkhütten der schlesischen Aktiengesellschaft in Lipine. Neben den östreichischen und russischen Arbeitern kommen übrigens für Oberschlesien sehr stark auch Italiener in Betracht. Diese hatten hier seit Jahren gewissermaßen ein Privilegium für Gesteinsarbeiten, und zwar in solchem Umfange, daß sogar bereits italienische Zwischenunternehmer sich einnisteten. Durch die Entlassung von Italienern wird namentlich in der Gesteinsarbeit mehr freier Platz für einheimische Arbeiter geschaffen. Die Ausländer sind dabei übel dran. Alle Beiträge zu Pensionen und Knappschaftskassen für Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung gehen ihnen mit ihrer Entlassung verloren. Dies trifft allerdings in gewissem Umfange auch auf die einheimischen Arbeiter zu, die infolge des Rückganges beschäftigungslos werden. Denn wenn ihnen auch das Recht gegeben ist, sich selbständig weiter zu versichern, so hätte dies doch zur Folge, daß sie nicht bloß die Arbeiter-, sondern auch die Arbeitgeber-Beiträge in der arbeitslosen Zeit zahlen müßten. Da eine Zurückzahlung der Beiträge ausgeschlossen ist, so werden Fälle genannt, wo auf diese Art mehrere hundert Mark an gezahlten Beiträgen verloren gingen. Die gedrückte wirtschaftliche Lage erstreckt sich auch auf das benachbarte polnisch-russische Dombrowa-Revier, von wo ebenfalls Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen gemeldet werden. In diesem Revier sind neuerdings gegen den aus Oberschlesien über Oestreich eingeführten Coaks Zollerhöhungen vorgeschlagen worden, die mit dem im Reichstag vorgelegten Zolltarif in Verbindung gebracht werden.

Der Anschluß der Vororte an die Handelskammer. Bekanntlich ist es noch eine offene Frage, ob die Städte Rixdorf, Charlottenburg und Schöneberg der Handelskammer zu Berlin oder derjenigen zu Potsdam angegliedert werden sollen. In Berücksichtigung des Umstandes, daß in Berlin der Handel, sei es in Geld-

Effekten oder Waren, das ausschlaggebende Moment des wirtschaftlichen Lebens darstellt, während die Peripherie der Hauptstadt ein vorwiegend gewerblich-industrielles Bild zeigt, sind von Industriellen aus Rixdorf Stimmen laut geworden, welche die Zuteilung der dortigen Kaufmannschaft zu der Handelskammer zu Potsdam empfehlen zu müssen glauben. Diese Meinung ist gelegentlich einer Konferenz von dem Vertreter des Magistrats, Bürgermeister Voigt, dem Handelsminister mitgeteilt worden mit der Bitte, den Rixdorfer Kaufleuten nochmals Gelegenheit zu einer Aeußerung über ihre diesbezüglichen Wünsche zu geben. Der Minister hat, dieser Anregung folgend, den Rixdorfer Magistrat ersucht, eine Meinungsäußerung der beteiligten Berufskreise herbeizuführen. Es ist nun seitens des Magistrats auf Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, eine Versammlung aller Beteiligten im Sitzungssaale des Rathauses anberaumt worden, um zu hören, ob die Mehrheit für den Anschluß nach Berlin oder aber nach Potsdam hinneigt.

Die Berliner Kohlenhändler haben, wie die „Voss. Ztg." meldet, ihre Detailpreise für Kohlen, Briquetts und Coaks durchweg ermäßigt, eine um diesen Zeitpunkt ganz außergewöhnliche Maßregel, die aber ihre Erklärung durch den mangelnden Absatz infolge der andauernd milden Witterung findet. Die Preisermäßigungen betragen für oberschlesische Steinkohle 5 Pf., für böhmische Braunkohlen 10 Pf. per Centner, für Briquetts 1 M. pro 1000 Stück, für westfälischen Schmelzcoaks 20 Pf., für Gascoaks 20—30 Pf. per Centner.

Ausfuhrvergütungen für die Eisen-Industrie. Zwischen Vertretern des Kohlenbergbaues und der Eisen-Industrie fand am Freitag in Köln eine allgemeine unverbindliche Beisprechung über die Form der Gewährung von Ausfuhrvergütungen statt. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, man rechnet aber darauf, daß es zu einer gegenseitigen Verständigung kommt.

Die Emaillierwerke, deutsche, französische, belgische, italienische, östreichische und schweizer, haben beschlossen, die Verkaufspreise für alle von heute ab eingehenden Aufträge um 5 Prozent zu erhöhen. Für das deutsche Inlandgeschäft beschloß die Versammlung, in den gegenwärtig geltenden, zwischen der sächsischen Gruppe und dem Verkaufsbureau Vereinigter Emaillierwerke G. m. b. H. neu festgesetzten Preisen und Bedingungen vorläufig keine Aenderung eintreten zu lassen. Alle Werke verpflichten sich, zu den dergestalt erhöhten Preisen nur noch Aufträge zu acceptieren, welche bis zum 30. April cr. ausgeliefert werden dürfen.

Schwindelgeschäfte in Schweden. „Lappmarkens Aktiengesellschaft der Grubeninteressenten" mit einem Aktienkapital von 81 Millionen Kronen ist begründet worden, um die Schulden der Gellivara- und Kirunavara-Gesellschaft zu decken. Sie hat nun gegen einen ihrer Agenten, den deutschen Dr. phil. H. v. Kaufmann Anklage erhoben. Dieser hatte es übernommen, für 26 000 Lappmarks-Aktien mit einem nominellen Wert von 26 Millionen Kronen Käufer aufzutreiben, wofür ihm eine Provision von 6 Millionen Kronen zugesagt war. Der Plan mißglückte aber, und darauf wurde ein neues Uebereinkommen mit dem Agenten getroffen, wonach er für 35 Millionen Kronen Aktien zu einem Kurs von 75 Proz. gegen eine Provision von 25 Proz. unterbringen sollte. Auch das gelang nicht. Kaufmann, der bei der Uebernahme dieser zweiten Kommission wohl die Vollmacht für die erste, nicht aber den Garantieschein auf die 6 Millionen-Provision zurückgegeben hatte, forderte jetzt die Auszahlung dieser Summe. Die Gesellschaft hat ihn dagegen auf Rückgabe des Garantiescheines verklagt und wird ihn außerdem wegen unrechtmäßiger Geltendmachung des Scheines zur Verantwortung ziehen. Die Verhandlung soll am 16. Februar in Stockholm stattfinden.

Goldproduktion Transvaals im Jahre 1901. Während des Monats Dezember 1901 wurden im Transvaal-Gebiete 52 897 Unzen feines Gold gewonnen. Die Gesamtproduktion des Jahres 1901, d. h. der Monate Mai bis Dezember, belief sich auf 238 991 Unzen, während in den Monaten Januar bis Mai 1900 348 760 Unzen gewonnen wurden und vom Juni 1900 bis April 1901 eine Ausbeute nicht zu verzeichnen war.

Eingegangene Druckschriften.

Die **„Socialistischen Monatshefte"** (Administration: Berlin W., Lützowstr. 85A) haben soeben das Februarheft ihres VIII. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Paul Müller: Gefährliche Utopisterei. — Sadi Gunter: Bodenreform und Socialismus. — Dr. Hugo Lindemann (C. Hugo): Krise und Wohnungsverhältnisse. — Charles Loeser: Käthe Kollwitz. — Dr. Ernst Gystrow: Socialformalismus und Kulturrealismus. — Dr. Eugen Losinsky: Das religiöse Problem im Socialismus. — Rudolf Lebius: Der amerikanische Cigarettentrust in Dresden. — Fanny Imle: Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau: Politik; von Richard Calwer. — Wirtschaft; von Max Schippel. — Socialistische Bewegung; von Dr. L. Gumplowicz. — Gewerkschaftsbewegung; von Heinrich Bürger. — Genossenschaftsbewegung; von Gertrud David. — Sociale Kommunalpolitik; von Dr. Hugo Lindemann (C. Hugo). — Psychologie; von Dr. Ernst Gystrow. — Technik von Dr. Heinrich Lux. — Bücher; von Dr. L. Gumplowicz. — Als Beigabe bringt das Heft ein charakteristisches Selbstporträt von Käthe Kollwitz. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Colporteure und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 7138), ferner direkt durch die Expedition der „Socialistischen Monatshefte", Berlin W. 35, Lützowstr. 85 A. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert.)

„Der Arbeitsmarkt", Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise" erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 9 des 5. Jahrganges unter anderm: Die Arbeitslosen-Debatte im Reichstage. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsnachweisverbänden. — Sonstige Mitteilungen: Verband deutscher Arbeitsnachweise. Verbandstag. — Verband märkischer Arbeitsnachweise. Thätigkeit für Vermehrung der Arbeitsnachweise.

Das Februarheft der **„Dokumente des Socialismus"** hat als ersten Artikel eine Abhandlung über August Becker, einen sehr begabten Socialisten aus der ersten Epoche der socialistischen Bewegung Deutschlands. Den Aufsatz eröffnet ein bisher ungedruckter längerer Brief dieses Kampfgenossen von Georg Büchner und Wilhelm Weitling an Julius Fröbel in Zürich. Den Schluß bildet ein Stück aus einem 1843 gehaltenen Vortrage Beckers, in dem ein eigenartiges socialistisches Uebergangsprogramm entwickelt wird. — Ein zweiter Artikel zeigt den berühmten Arzt und Naturphilosophen des 16. Jahrhunderts Paracelsus, als Verfechter kommunistischer Grundsätze, ein dritter bringt zwei Artikel aus der Pariser „Réforme" von 1847, die wahrscheinlich Friedrich Engels zum Verfasser haben und von denen der zweite die von Feargus O'Connor geführte Landankaufsbewegung der Chartisten behandelt. — Als Urkunden des Socialismus veröffentlicht das Heft das am Vorabend der Februar-Revolution von der Pariser „Réforme" veröffentlichte erste Programm der französischen Socialdemokraten sowie den aus dem Jahre 1885 stammenden ersten Entwurf eines Programms der russischen (marxistischen) Socialdemokraten. — Eine Bibliographie von Schriften, die auf den Socialismus Bezug haben, Angaben über den Inhalt socialistischer Zeitschriften des In- und Auslandes, Notizen über den Socialismus in nichtsocialistischen Zeitschriften und Anfragen und Nachweise machen den sonstigen Inhalt des Heftes aus. — Die Dokumente des Socialismus kosten pro Quartal 3,75 M. (Einzelheft 1,25 M.); kombiniert mit den „Socialistischen Monatsheften" sind sie zum ermäßigten Preise von insgesamt 4,— M. pro Quartal zu haben.

Marktpreise von Berlin am 31. Januar 1902

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

†Weizen, gut	D.-Ctr.	17,50	17,46	Kartoffeln, neue,	D.-Ctr.	6,—	4,—
„ mittel	„	17,42	17,38	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	17,34	17,30	do. Bauch	„	1,40	1,—
†Roggen, gut	„	14,60	14,58	Schweinefleisch	„	1,70	1,30
„ mittel	„	14,56	14,54	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	14,52	14,50	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
*Gerste, gut	„	14,50	14,—	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	13,90	13,40	Eier	60 Stück	5,20	2,80
„ gering	„	13,30	12,80	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
*Hafer, gut	„	17,10	16,60	Aale	„	2,60	1,40
„ mittel	„	16,50	16,—	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	15,90	15,40	Hechte	„	2,20	1,20
Richtstroh	„	7,32	6,82	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	8,60	8,40	Schleie	„	3,00	1,40
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,20	0,80
Speisebohnen	„	50,—	25,—	Krebse	per Schock	15,—	3,—
Linsen	„	60,—	20,—				

† ab Bahn.
* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 1. Februar. Trotz des eingetretenen Frostwetters war die Tendenz des Getreidemarktes schwach im Anschluß an unverändert matte Meldungen fast aller ausländischen Börsen und die Preise für Weizen und Roggen waren um ¼ bis ½ M. gedrückt. Das ausländische Warenangebot war bedeutend, besonders war amerikanischer Weizen in großen Posten offeriert, allerdings nicht zu ermäßigten Preisen. Die namhafte Abnahme der hiesigen Bestände kam nicht unerwartet und machte daher keinen Eindruck. Mehl war gut behauptet. Hafer und Mais still und unverändert. Rüböl ohne Geschäft.

Am Spiritusmarkte wurde 70er loco zum gestrigen Preise von 33,50 M. gehandelt.

Schluß für Getreide schwach behauptet.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 1. Februar 1902. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 5650 Rinder, 1097 Kälber, 11 039 Schafe, 7488 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pfennigen): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 61—64, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 55—60; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 51—53; d) gering genährte jeden Alters 48—50. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 57—62; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 53—56; c) gering genährte 48—52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 52—54; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 48—50; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 40—45. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 72—75, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 60—65, c) geringe Saugkälber 46—52, d) ältere, gering genährte (Fresser) 42—46. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 57—60, b) ältere Masthammel 48—54, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 40—46, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 220—280 Pfund schwer, 61; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Käser) 00; c) fleischige 58—60; d) gering entwickelte 55—57; e) Sauen 56—57. Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

Verlauf und Tendenz. Das Rindergeschäft wickelte sich langsam ab, es bleibt Ueberstand. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei Schafen war der Geschäftsgang ruhig, es bleibt etwas Ueberstand. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Eduard Füllborn,

Former,

am Donnerstag, den 30. d. Mts., plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt heute, Sonntag, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in Friedrichsfelde.

Rege Beteiligung erwartet

240/3 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Immanuel Boorberg

am 30. Januar verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Wilhelmsberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

78/12 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung Vereine! *

Saal mit Bühne, 400 Personen, Palmsonntag sowie ersten Osterfeiertag frei. **Neue Königstr. 7.** Daselbst gr. Vereinszimmer noch etliche Tage frei.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Kollegen und Genossen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Johann Zimmermann

am 1. Februar nach langem schweren Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Februar, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofs, Nieder-Schönhausen aus statt. 3166

Die trauernde Wittwe H. Zimmermann geb. Pichler, nebst Kindern, Buchholzerstr. 3.

Todes-Anzeige.

Am Freitag 10 Uhr entschlief nach kurzen, aber schweren Leiden mein Mann, unser Vater, Bruder, Groß- und Schwiegervater, der Schankwirt

Gustav Buchmann

im 51. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Montag, den 3. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Gubenerstr. 12, aus statt.

Dies zeigen tiefbetrübt an

313b] **Die Hinterbliebenen.**

Danksagung. 292b

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Anna Bergemann

geb. Briese

sagen wir allen Beteiligten, Verwandten, Freunden, Genossen, Vereinen und dem Genossen Waldeck Manasse für die Grabrede unsren besten Dank.

Hugo Bergemann nebst Kindern, Gerichtstr. 74.

Alkolar für die Glückwünsche zu meinem Geburtstage sage ich den Mitlesern der Morgenpost von der Kunstkolonne (?) bei Schuckert meinen besten Dank. **Hugo Krziminski.**

Schöneberg. Heute feiert das Ehepaar Restaurateur

Friedrich Kahl nebst Frau

das Fest der silbernen Hochzeit.

Schöneberg, den 2. Februar 1902. Apostel Paulusstr. 18. 3106

Lackierer.

Dienstag, den 4. Februar, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15:

Vereins-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wie gestalten wir unsren Arbeitsnachweis?
2. Wahl eines Delegierten zum Provinztaltag. 107/2
3. Anträge der Ortsverwaltung.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Frauen-Begräbniskasse der Schriftgießer-Gehilfen zu Berlin. 286b

Dienstag, d. 18. Febr., abds. 6 Uhr bei **Zimmermann,** Wilhelmstr. 2:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Halbjahrs-Bericht und Jahres-Abrechnung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. J. A.: **R. Jost.**

Orts-Krankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verw. Gewerbe zu Berlin.

Die für das Jahr 1902 gewählten Vertreter der Orts-Krankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin werden zu der am **Montag, den 10. Februar 1902,** Abends 8½ Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20, stattfindenden 294b

Außerordentlichen General-Versammlung

hierdurch eingeladen.

Tagesordnung:

1. Abänderung mehrerer Paragraphen des Statuts. 2. Verschiedenes.

Berlin, den 2. Februar 1902.

Frau Reimann, Vorsitzende, Lüdbenerstr. 3.

Peter Bauer, Schriftführer, Schützenstr. 31.

Genossenschafts-Buchdruckerei Solingen

(Eingetr. Genossensch. m. b. Haftung).

Die diesjährige

General-Versammlung

findet statt am **Sonntag, d. 23. März, nachmittags 5 Uhr,** im Lokale des Herrn **Karl Ern,** am Wehrwolf.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht, Vorlage der Bilanz pro 1901.
2. Beschlußfassung über Verwendung des Ueberschusses.
3. Anträge.

Der Aufsichtsrat.

Restaurant,

Osten, 3065b

mit gr. Vereinszimmer, 2 Kegelbahnen, große Fabrik, ist wegen Uebernahme eines Bahnhofs-Restaurants sofort zu verkaufen. Off. u. L. G. 2. Exp. d. Bl.

Elektra,

Neuer Abendkursus für **Herren** aller **Branchen. Theorie** und **Praktikum. Zeichnen — Algebra. Beginn: 4. Februar,** abends 8 Uhr. **Prospekt gratis.**

Neanderstr. 4.

Charlottenburg — Ober-Schöneweide.

Allen Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß ich heute in

Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstraße 3,

ein **Restaurant** nach alten bewährten Grundsätzen eröffne. [33792

Gustav Beyer, fr. Charlottenburg.

Achtung!

Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich die Restauration und Destillation von **H. Schulz, Pflugstr. 6,** übernommen habe und bitte um ihren werten Zuspruch. Empfehle Vereinszimmer, 60 Personen fassend. 3361Q*

Johannes Kaiser früher Dreher.

Ed. Seegebarth

Schönhauser Allee 141.

Werkstatt für Wasserwagen

für **Maurer, Zimmerleute, Töpfer usw.,** sowie sämtliche Maurer- und Töpfer-Werkzeuge vorrätig. 3175

Reparaturen schnell u. billig.

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik

B. Strohmandel, Berlin S. 72, Wallstr. 72, nahe der Rosstrasse, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 33732*

Grosses Vereinszimmer

mit Piano zu vergeben. 2625

H. Dobberahn, Frachtstr. 61.

Beachtenswert für die Konfirmation!

Schwarze und weisse Stoffe

in **Wolle und Seide.** **Ueberraschend reiche Auswahl! Bekannte Preiswürdigkeit!**

126. Gr. Frankfurterstr. 126. S. Weissenberg, Ecke Koppenstrasse.

Special-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe.

Wenig Arbeit macht die **Selbstbereitung** von **Cognac, Rum, Liqueuren, Punschextrakten** mittels der alterprobten, seit vielen Jahren rühmlichst bekannten und allein echten **Original-Reichel-Essenzen** Marke Lichtherz. Vorrätig über 100 Sorten, zur schnellen und leichten Herstellung eines jeden Liqueurs. **Ein Versuch und man ist überzeugt. Die daraus ohne weiteres bereiteten Liqueure etc. sind von größter Reinheit und können an Feinheit des Geschmacks, Kraft und Fülle des Aromas von den besten Marken nicht übertroffen werden, stellen sich aber mehr wie doppelt und dreifach billiger.** Durch die Selbstbereitung erspart sich jeder unglaublich **Viel Geld**

Otto Reichel, Essenzenfabrik mit Dampfbetrieb, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4. Fernsprecher Amt IV 3190 u. Amt IV 646.

Mehr als 600 Niederlagen in Deutschland, kenntlich durch meine Plakate. Fordern Sie sofort kostenfrei: Die Destillation im Haushalte. Wo keine Niederlagen, hier frei Haus durch meine Gespanne. Versand nach Auswärts gegen Voreinsendung oder Nachnahme. Lassen Sie sich nicht durch Nachahmungen täuschen.

Verlangen Sie ausdrücklich: **Reichels Essenzen** und nehmen Sie nur Originalflaschen mit meinem Namenszuge und der Schutzmarke **„Lichtherz".** Nur dann haben Sie Garantie für Echtheit und Erfolg.

BERLIN C.
26–30 SPANDAUER STRASSE

N. JSRAEL

BERLIN C.
KÖNIG-STRASSE 11–14

ABTEILUNG FÜR WOHNUNGS-EINRICHTUNGEN

Gegründet 1815.

Gegründet 1815.

Der illustrierte
Sonder-Katalog
für
Gardinen
Möbelstoffe
Vorhänge
Teppiche
wird **kostenfrei** versandt.

Schlaf-Zimmer-Einrichtung. Muster Eigentum der Firma.

Der illustrierte
Möbel-Katalog
enthält Abbildungen vollständiger
Salon- und Herren-Zimmer-,
Wohn- und Speise-Zimmer-,
Schlafzimmer- und Küchen-Einrichtungen.
Kostenfreier Versand der Kataloge.

Haupt-Katalog kostenfrei.

Kosten-Anschläge unberechnet.

Preis-Aufstellungen vollständiger Wäsche-Ausstattungen werden kostenfrei versandt.

MAGGI'S GEMÜSE-KRAFT-Suppen à 10 Pfg in Würfeln

für 2 Teller Suppe, ermöglichen es, **in wenigen Minuten,** nur **mit Zusatz von Wasser,** nahrhafte, wohlschmeckende und leichtverdauliche Suppen herzustellen. Mehr als 30 Sorten, wie Gersten-, Reis-, Tapioca-, Erbsensuppe etc. tragen jedem Geschmack Rechnung. Zu haben in allen Delikatess- und Kolonialwaren-Geschäften.

Warenhaus Wilhelm Stein

N., Chausseestrasse 66.

Montag und folgende Tage

so lange der Vorrat reicht

Dieser Verkauf umfasst ein ausserordentliches Sortiment in feinem, dünnem Porzellan und bietet sich Gelegenheit zur Zusammenstellung kompletter Service.

Porzellan:

Speiseteller, Rococo, tief u. flach . . St. 12 Pf.
Mittelteller, Rococo . . . . . St. 10 Pf.
Kompottteller, Rococo . . . . . St. 5 Pf.
Speiseteller, glatt u. gerippt, tief u. flach St. 10 Pf.
Mittelteller, glatt u. gerippt . . . . St. 8 Pf.
Kompottteller, glatt u. gerippt . . . St. 5 Pf.
Kompottschalen, Rococo, versch. Grösse St. 6 Pf.
Bratenschüsseln, Rococo, verschied. Grösse . . . . . St. 35, 48, 95 Pf.

Saucieren in hübschen Facons . . . . St. 60 Pf.
Kaffeekannen, Rococo . . . . . St. 28, 45 Pf.
Sahnengiesser, Rococo . . . . St. 9, 15 Pf.
Zuckerdosen . . . . . St. 15, 23 Pf.
Tassen, Rococoform . . . . . Paar 10 Pf.
Tassen, feines, dünnes Porzellan . . Paar 18 Pf.
Kuchenteller, gross, verziert . . . . St. 18 Pf.
Cacesdosen m. Deckel, eleg. Form . . St. 20 Pf.

Porzellan-Schälchen, klein . . . 6 St. 15 Pf.
Hygienische Spucknäpfe . . . p. St. 28 Pf.
Blumentöpfe, verziert . . . . . p. St. 28 Pf.
Tassen, gross, fein dekoriert . . . . Paar 15 Pf.
Tassen mit Streublümchen . . . . . Paar 15 Pf.
Compottschälchen, fein dekoriert, verschied. Grösse . . . . . St. 15 Pf.
Kuchenteller, gross, bunt, m. Griffen . St. 35 Pf.
Leuchter, gross, m. Streublumen . . . St. 25 Pf.

Kaffeeservice
für 6 Personen mit Zuckerdose, neueste Facons, komplett . . . . . 1,75 Mk.
für 2 Personen mit Zuckerschälchen, neueste Facons, komplett . . . 0,78 Mk.

Steingut, gute Qualität:

Speiseteller, blau Zwiebelmuster, tief und flach . . . . . St. 10 Pf.
Speiseteller, gerippt, tief u. flach . . St. 8 Pf.
Speiseteller, glatt, tief u. flach . . . St. 5 Pf.
Schneidebretter, blau Zwiebelmuster St. 13 Pf.

Vorratstonnen, blau Zwiebelmuster . St. 30 Pf.
Salz- u. Mehl-Mesten, blau Zwiebelmuster, gross . . . . . St. 68 Pf.
Satz-Schüsseln, gerippt, blau Zwiebelmuster . . . . . 6 St. zus. 85 Pf.
Satz-Schüsseln, gerippt, weiss 6 St. zus. 65 Pf.

Kaffeebecher, extra gross, blau Zwiebelmuster . . . . . St. 13 Pf.
Kaffeebecher, gross, blau Zwiebelmuster . . . . . St. 10 Pf.
Waschschüsseln, sehr gross, blau Zwiebelmuster . . . . . St. 65, 75 Pf.

Wasch-Service.
4 teilig, Schweizer Form mit Blumenmuster, komplett . . . . . 0,95 M.
5 teilig, geschweifte Form, mit Blumenmuster, gross, komplett . . . . 1,95 M.
5 teilig, neueste Form, fein bunt bemalt, komplett . . . . . 2,95 M.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leib in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Babing in Berlin.

Arbeitslosenzählung!

Die Zählkarten sind heute ausgefüllt den Einsammlern zurückzugeben! Wir bitten die Bevölkerung Berlins, uns in unserm Bemühen zu unterstützen!

Lokales.

Die Pyramide ohne Spitze.

Die städtische Schuldeputation hat sich nun in endgültiger Beschlußfassung für den Vorschlag entschieden, die äußere Organisation der Berliner Gemeindeschule so zu gestalten, daß jede Schule sieben aufsteigende Klassenstufen erhält und daß nach Bedarf noch eine sogenannte Oberklasse aufgesetzt wird. Wir hatten, als die erste Nachricht auftauchte, daß die Schuldeputation dieser Organisationsform wohlwollend gegenüberstehe und sie in vorläufiger Beschlußfassung angenommen habe, sofort darauf hingewiesen, daß damit nur Stückwerk geschaffen wird. Wenn die Oberklassen nur „nach Bedarf" eingerichtet zu werden brauchen, dann wird es in Berlin wahrscheinlich noch auf lange Zeit hinaus und vielleicht dauernd eine nicht geringe Zahl von Schulen geben, die, obwohl sich auch in ihnen für die Oberklasse reife Kinder finden, dennoch keine solche Klasse erhalten. Um Klassen zu sparen, wird man zu dem bedenklichen Mittel greifen, die betreffenden Kinder noch im letzten Jahr oder Halbjahr ihrer Schulzeit umzuschulen und sie in den noch nicht gehörig „gefüllten" Oberklassen andrer Schulen unterzubringen.

Die Lehrerschaft Berlins hat von jeher das volle Achtklassen-System gefordert, und der Berliner Lehrerverein hat noch in voriger Woche nach dem Vortrage des Stadtschulrats Gerstenberg über den neuen Gemeindeschul-Lehrplan auf das Bestimmteste erklärt, daß nach wie vor an dieser wohlerwogenen Forderung festgehalten werden müsse. Die Schuldeputation hat, wie man sieht, auf den berechtigten Wunsch der Lehrerschaft wie der Bevölkerung keine Rücksicht genommen, und auch Herr Gerstenberg hat ihm nicht Geltung zu verschaffen vermocht, sofern er das der Schuldeputation gegenüber überhaupt versucht hat. Gegen das Oberklassen-System wird aus den Kreisen der Lehrerschaft unter andrem angeführt, die Einführung dieses Systems werde viele Eltern zu der irrigen Ansicht verleiten, die Gemeindeschule sei bereits mit der ersten Klasse abgeschlossen, und die Oberklasse sei eine nicht notwendige oder wohl gar überflüssige Zuthat. Es werde infolgedessen von manchen Eltern wenig Wert darauf gelegt werden, daß die Kinder bis in die Oberklasse gelangen. Diese Befürchtung ist leider nicht ganz unbegründet. Wie soll man anders erwarten, wenn anscheinend die Schuldeputation selber die Oberklassen für nicht unbedingt nötig hält?

Wenn, wie behauptet wird, die Berliner Gemeindeschule künftig im Princip achtstufig sein soll, dann ist eine Schule ohne Oberklasse eine Pyramide ohne Spitze. Solche Mängel gelten freilich bei Gemeindeschulen nicht als störend. Man hält hier sogar noch viel Schlimmeres für zulässig. Die Organisation der Gemeindeschule mit sieben aufsteigenden Klassenstufen und einer Oberklasse nach Bedarf besteht, wenn auch einstweilen als Interimistikum, bereits seit Oktober 1900. Es giebt aber neben den zahlreichen Schulen, die noch ohne Oberklasse sind, auch solche, denen sogar die erste und selbst die zweite, ja gelegentlich sogar die dritte oder vierte Klasse fehlt. Einzelne dieser merkwürdigen „Schulorganismen" sind allerdings noch nicht alt und werden sich mit der Zeit zu vollen Schulen auswachsen, manche aber bestehen in dieser Form schon ziemlich lange, ohne daß daran Anstoß genommen worden ist. Von einer Schulverwaltung, die — lediglich, um Klassen zu sparen — solche Zustände schafft und Jahre hindurch aufrecht erhält, muß leider befürchtet werden, daß sie aus demselben Grunde sich auch der allgemeinen Durchführung des Achtklassen-Systems so lange wie irgend möglich zu entziehen suchen wird. Durch die den Sachverhalt verdunkelnde, das Publikum verwirrende Bezeichnung der thatsächlich ersten Klasse als „Oberklasse" wird ihr das wesentlich erleichtert.

Die Stadt Berlin als Grundbesitzerin. Das Polizei-Dienstgebäude am Alexanderplatz (Polizeipräsidium), das bekanntlich der Stadt Berlin gehört, ist der Polizei nur zum Teil mietsfrei überlassen. Für die 1. Abteilung der Polizei, der die allgemeine und landespolizeiliche Verwaltung unterstellt ist, sowie für die Waffen- und Munitionskammer und einige andre Zimmer hat der preußische Fiskus eine jährliche Miete von rund 58 000 Mark zu zahlen. Das Ordonanzhaus in der Neuen Königstraße 21, das in das Hauptsache zu Einquartierungszwecken benutzt wird, brachte der Stadt nur eine Einnahme von rund 7700 M. an Miete, bedeutender ist die Mietseinnahme aus den der Stadt gehörigen Feuerwacht-Grundstücken; sie ergab 51 000 M. Aus andren städtischen Grundstücken (Mietshäusern 2c.) hatte die Stadt Berlin im letzten Jahre eine Einnahme von 25 000 M., darunter ergab das Haus Neue Friedrichstr. 35 die Höchsteinnahme mit rund 25 000 M. Die Einnahmen aus den städtischen Holz- und Lagerplätzen, deren die Stadt eine große Zahl, besonders im Norden, besitzt, betrugen im letzten Jahre 165 000 M. Die Trinkhallen waren mit 3300 M. verpachtet und die Verkaufsbuden mit 1300 M. Noch geringer sind die Einnahmen der Stadt aus dem Schlächter- und Bäcker-Scharren-Zins, sie betrugen nur 71 M. und für die Ausübung der Fischerei auf der Oberspree wurden sogar nur 60 M. an die Stadtkasse entrichtet. Erheblicher sind schon die Einnahmen der Stadt aus der Verpachtung der auf den Spree-Ufern innerhalb der Stadt vorhandenen Gondel-Haltestellen, sie betrugen 1901: 5830 M. Diesen Einnahmen aus Grundstücken im Betrage von rund 587 000 M. stehen Ausgaben mit etwa 87 000 M. gegenüber, so daß eine Reineinnahme von rund 500 000 M. verbleibt.

Der Magistrat und die städtischen Arbeiter. Gestern brachten wir die Mitteilung, daß der Berliner Magistrat mit Rücksicht auf die „mißverstandene Deutung", welche seine Verfügung über die einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter außerhalb der Verwaltung gefunden, eine Erläuterung erlassen hat. Hierzu schreibt man uns: So erfreulich die Klarstellung des Magistrats an und für sich ist, so möchten wir jedoch als Beteiligte in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, daß nicht außerhalb der städtischen Betriebe, sondern gerade innerhalb und merkwürdigerweise, meistens von den Leitern der Betriebe, die verschiedenen Verfügungen des Magistrats in einer Art interpretiert werden, die lebhaftes Kopfschütteln hervorruft. Mehr noch. Die Auslegung solcher Verfügung erfolgt so häufig in einem für die Arbeiter ungünstigen Sinne, daß sich leider an vielen Stellen lebhaftes Mißtrauen eingeschlichen hat. So ist es mit der erwähnten Verfügung gemacht worden und so wird es mit den andren gemacht. Sagt doch der Absatz 2 der Verfügung ziemlich klar: In Krankheitsfällen ist der Lohn stets nach Abzug des Krankengeldes und in der Regel nicht länger als vier Wochen zu gewähren. Was machen einzelne Betriebsleiter daraus? Der eine erklärt den Arbeitern gegenüber, er kann das Krankengeld geben, der zweite will es gewähren, und der dritte und vierte möchte es nur in Not Befindlichen zukommen lassen, als ob bei dieser Lohnentschädigung Gelder zu ersparen wären. Diese eigentümliche Auffassung der Betriebsleiter gegenüber den vom Magistrat erlassenen Verfügungen führt eben dazu, daß sich die Arbeiter, da ihnen im Betriebe selbst zu wenig Gehör geschenkt wird, in die Oeffentlichkeit flüchten müssen, um durch die Presse und in Versammlungen ihre Beschwerden anzubringen. Möge der Magistrat nicht jede noch so harmlose Verfügung als eine „Tirpitzsche Marinevorlage" betrachten, sondern im vollsten Lichte dafür sorgen, daß Anordnungen, die Arbeiterangelegenheiten betreffen, auch den Arbeitern bekannt gegeben werden. Dies kann geschehen durch Anschlag neben der Arbeitsordnung oder auch, indem man den bestehenden oder noch zu errichtenden Arbeiter-Ausschüssen eine solche Verfügung amtlich zukommen läßt. Wir sind überzeugt, daß die hier angeregte Aenderung sowohl im Interesse der Stadt als auch ihrer Arbeiter liegt.

Zur Frage des Milchverkaufs. Das Magistratskollegium beschäftigte sich im Verlauf seiner gestrigen Sitzung mit der kürzlich zur Aeußerung vom Polizeipräsidium eingegangenen Polizeiverordnung über „den Verkehr mit Kuhmilch und Sahne". Wenn sich auch die Bestimmungen dieser Verordnung im wesentlichen mit der bisherigen decken, so hat doch der Magistrat davon Abstand genommen, der Verordnung zuzustimmen. Es sollen zunächst Sachverständige des Milchhandels, sowie die Sanitäts- und Veterinärbehörde gutachtlich gehört werden, bevor der Magistrat zu der Verordnung Stellung nimmt.

Als Zeichen-Lehrerinnen sind angestellt worden: Fräulein Gertrud Calix an der Viktoriaschule und Frl. Käthe Nordmann an der Sophienschule; als Gemeindeschullehrerin ist Frl. Schröder endgiltig angestellt worden.

Eine Magistratsvorlage, in der die Stadtverordneten-Versammlung um die Bewilligung von zwei Millionen Mark für die Erweiterung und Erneuerung von Bauten in den städtischen Gaswerken und am Röhrensystem derselben ersucht worden, ist den Stadtverordneten mit einer Begründung zugegangen. Die Erweiterung des in den Straßen liegenden Röhrensystems ist eine Folge der andauernden Zunahme des Gasverbrauchs. Mit der Erweiterung ist leider wieder eine umfangreiche Straßenbuddelei verbunden.

Der Ueberfüllung der Eisenbahnwagen im Berliner Lokalverkehr sucht die Eisenbahnbehörde jetzt durch eine im Grunde recht nichtssagende Verfügung zu steuern. Die Verfügung hat folgenden Wortlaut: „Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die Stationsbeamten bei Abfahrt der Personenzüge im Stadt-, Ringbahn- und Vorortverkehr nicht genügend darauf achten, daß die Züge bezw. einzelne Teile derselben nicht überfüllt werden. Dem Antrage der Reisenden, ein überfülltes Abteil zu räumen, ist zu entsprechen, hierbei jedoch eine Verspätung thunlichst zu vermeiden. Jede Beihilfe zur Unterbringung von Reisenden in bereits besetzte Abteile ist zu unterlassen. Durch zweckmäßige Verteilung der Dienstabteilungen ist Vorsorge zu treffen, daß in den Zeiten des stärksten Verkehrs das Thürschließer- und Aufsichtspersonal verstärkt wird. Auf den Bahnsteigen ist das reisende Publikum ordnungsmäßig zu verteilen. Groben Ausschreitungen des Publikums bei Besetzung der Züge bezw. bei dem Andrange auf überfüllte Züge ist seitens des Stations- und Zugpersonals mit Energie, nötigenfalls unter Mithilfe der örtlichen Polizei-Organe entgegenzutreten und gegen Widerspenstige einzuschreiten."

Eine Vertrauensmänner-Konferenz der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn tagte am Sonnabendvormittag unter Vorsitz des Direktors v. Kühlewein. Ueber die Verhandlungen wird berichtet: Es waren auf den einzelnen Depots etwa 40 verschiedene Verhandlungspunkte aufgestellt worden, die zur Erörterung kamen. Viel Interesse erweckte die Frage der Bekleidung mit Regenmänteln für die im Außendienst angestellten Beamten. Diese Mäntel haben sich, wie die Vertrauensleute übereinstimmend erklärten, praktisch bewährt; nur wurde der Wunsch ausgesprochen, daß jeder Fahrer den Mantel auch mit nach Hause nehmen dürfe. Allseitig wurde bittere Klage darüber geführt, daß auf den Außenstrecken in einer großen Reihe von Vororten die Beleuchtung der Straßen in den Nachtstunden geradezu erbärmlich sei, und daß hierdurch Unglücksfälle und Zusammenstöße des öfteren vorkämen. Die Direktion versprach, den in Frage kommenden Vorortsgemeinden Vorstellungen zu machen. Ferner wurde der Antrag auf Einführung des Schichtdienstes ohne Mittagspause gestellt. Die Direktion erklärte sich bereit, auch diesen Wunsch ihrer Angestellten zu erfüllen, soweit dies sich mit der jetzt bestehenden Betriebsführung vereinbaren lasse. Zu einem weiteren Beschwerdepunkt gab die Unhöflichkeit halb erwachsener Schulmädchen Veranlassung, die auf Schülerkarten fahrend, sich weigern, einsteigenden erwachsenen Fahrgästen Platz zu machen. Die Direktion erklärte, leider nicht in der Lage zu sein, diesen Beschwerdepunkt generell zu behandeln, war aber der Ansicht, daß den Schaffnern bei derartigen Einzelfällen der Beschwerdeweg offen stehe. Ferner beklagten sich die Vertrauensleute darüber, daß bei der Direktion die Beschwerden gesellschaftlich höher gestellter Passagiere ein williges Ohr fänden, als die darauf folgende Verteidigung der Angestellten. Die Direktion erklärte demgegenüber, daß sie bestrebt sei, in solchen Fällen unparteiisch zu verfahren. Bei dem Betriebspersonal wurden nur diejenigen Fälle besprochen und kritisiert, in denen gegen einen Beamten hätte entschieden werden müssen. Die weit zahlreicheren Fälle aber, in denen die Direktion ihre Beamten in Schutz nähme, gelangten überhaupt nicht zur allgemeinen Kenntnis des Personals.

Das gastliche Preußen. Die Ausweisung zweier russischer Studenten, der stud. phil. Johann Augustynowicz und Ibigniew Brodzki, welche sich durch ihre Teilnahme an dem hiesigen „Universitätskrawall" „lästig" gemacht haben, wird jetzt amtlich publiziert. Ihr Schicksal teilen, außer dem russischen Gesangschüler Isaac Werblun, einem 24jährigen „stud. mus.", noch der aus Dänemark gebürtige Barbier Böckel, der amerikanische Staatsbürger, Kaufmann Max Heymann und sieben östreichische Staatsangehörige, darunter die Kaufleute Sandor Steiner und Jacob Hirschkorn, sowie der Korrespondent Oskar Silberberg. — Unter den 40 aus dem Reichsgebiet ausgewiesenen Ausländern befindet sich der von der Berliner Polizei ausgewiesene Cigarrenmacher Bernh. van der Bossche aus Antwerpen.

Eine wissenschaftliche Ballonfahrt wurde am Sonnabendmorgen auf Veranlassung des Deutschen Vereins zur Förderung der Luftschiffahrt unternommen. Der Zweck der Fahrt war, eine möglichst große Höhe zu erreichen. Hauptmann Siegsfeld von der Luftschiffer-Abteilung und Dr. Lincke vom Potsdamer Observatorium, welche an der Fahrt teilnahmen, hatten zu diesem Zweck eine größere Menge Sauerstoff mitgenommen und wollten in einer Höhe von 4000 Meter die künstliche Atmung eintreten lassen, mindestens jedoch eine Höhe von 6000 Meter erreichen. Es sollen in diesen Höhen Messungen der in der Luft vorhandenen Elektricität vorgenommen werden. Um ¾10 Uhr erhob sich der Ballon „Person" von dem Gelände der Luftschiffer-Abteilung, um in westlicher Richtung zu verschwinden. Gleichzeitig hatte die Luftschiffer-Abteilung zwei Militärballons fertig gefüllt, von denen der eine, „Falke", mit den Oberlieutenants Häring und Solff um 8¾ Uhr vor dem „Person" aufstieg, während der andre, „Geier", mit Hauptmann v. Tschudi und den Lieutenants Braun und Drandt um 10½ Uhr folgte. Die Landung dürfte voraussichtlich in der Provinz Hannover erfolgen.

Ueber das Befinden von Virchow bringt die „Berliner Klinische Wochenschrift" folgenden vom 31. Januar datierten Bericht: „Herr Geheimrat Virchow wurde am 26. Januar für einige Stunden in einen Stuhl gesetzt und fühlte sich wohl darin; das verletzte Glied zeigte keine Neigung mehr zur Außendrehung, mäßige Bewegungen im Hüftgelenk waren nicht schmerzhaft. Am Montag und den beiden folgenden Tagen trat wieder eine Depression der körperlichen und geistigen Kräfte ein, verbunden mit Schmerzen in der linken Brustseite, ohne örtlich nachweisbare Veränderungen und ohne Temperatursteigerung. Jetzt ist der Patient wieder in der Besserung und im stande, im Bette sitzend, seine Mahlzeiten einzunehmen. Immerhin ist der Zustand der Kräfte noch als ein schwankender anzusehen. Weitere Versuche, das Bett mit dem Lehnstuhl zu vertauschen, können erst in einigen Tagen wieder vorgenommen werden." — Nach weiteren Meldungen soll der greise Gelehrte wegen Mangel an Appetit wenig Nahrung zu sich nehmen.

Ein bedeutendes Schadenfeuer kam Sonnabendnachmittag 5 Uhr in der Neuen Friedrichstraße 22 in dem Wollwaren-Geschäft von S. Kant zum Ausbruch. Das Personal war zur Mittagspause, so daß der Brand erst bemerkt wurde, als große Fensterscheiben durch die Hitze auf den Hof geschleudert wurden. Gleichzeitig schlugen helle Flammen aus den Fenstern des ersten Stockes. Die in großer Stärke alarmierte Feuerwehr hatte anfangs Mühe, durch den dicken Qualm zum Brandherd zu gelangen. Sie mußte fast 1½ Stunden Wasser geben, um die Flammen zu ersticken. Sowohl im eigentlichen Fabrikraum, als auch in der angrenzenden Zuschneiderstube wurden große Warenvorräte vom Feuer zerstört. Ganze Berge angekohlter Waren wurden auf den Hof hinabgeworfen, so daß der verursachte, aber durch Versicherung gedeckte Schaden beträchtlich ist. Die Entstehungsursache ist noch nicht ermittelt.

Vor der Wohnung seiner Frau hat sich gestern früh der 47 Jahre alte Kammerjäger Emil Sittner aus der Gr. Frankfurterstraße 115 vergiftet. Der Mann soll ein Trunkenbold gewesen sein. Gestern früh gegen 5 Uhr hörte Frau Sittner vor ihrer Wohnung in der Lebuserstr. 6 ein lautes Stöhnen. Als sie vorsichtig die Thür öffnete, sah sie ihren Mann auf dem Flur liegen. Sie rief Nachbarn zu Hilfe und ließ einen Arzt holen. Rettung war jedoch nicht mehr möglich. Sittner hatte sich mit Strychnin vergiftet und starb nach fünf Minuten. Die Leiche wurde auf Veranlassung der Revierpolizei, die den Rest des Giftes beschlagnahmte, nach dem Schauhause gebracht.

Zeugen gesucht. Am 3. August v. J. wurde in der Belle-Alliancestraße zwischen Barnther- und Tettowerstraße der 52 Jahre alte Kaufmann Vogel von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und tötlich verletzt. Personen, die den Vorfall mit angesehen, insbesondere ein Herr, welcher dem Ueberfahrenen seinen Schirm hinreichte, sowie der Omnibuskutscher, welcher den Vorgang genau gesehen hat, werden gebeten, ihre Adresse bei Frau Vogel, Barnthersir. 12 I, abzugeben.

Unter dem Verdachte der Brandstiftung wurden der Bauunternehmer S. aus Wilmersdorf und sein noch schulpflichtiger Sohn verhaftet. S., der nach dem Moabiter Untersuchungsgefängnis gebracht wurde, hatte in der Düsseldorfer Straße zu Wilmersdorf ein Haus erbaut, das er aber nicht halten konnte, so daß es der Subhastation verfiel. Vorgestern nun, als S. seine bisher innegehabte Wohnung in dem betreffenden Hause aufgeben sollte, brach auf dem Boden Feuer aus, das jedoch rechtzeitig entdeckt und mit Hilfe der Charlottenburger Feuerwehr bald gelöscht werden konnte. Es stellte sich bei näherer Nachforschung heraus, daß Brandstiftung vorlag, und der Verdacht fiel auf den früheren Eigentümer des Hauses S., der jetzt in Haft genommen wurde. Der Verhaftete leugnet jede Schuld und nennt eine Anzahl einwandsfreier Zeugen, die seine Angabe, daß er den ganzen Tag über in Berlin gewesen sei, bestätigen sollen. Etwa zehn Minuten, nachdem S. nach Wilmersdorf zurückgekehrt war und sich in seine Wohnung begeben hatte, brach das Feuer aus. Ein Belastungsmoment wird von der Behörde in dem Umstande erblickt, daß an dem Brandherde verschiedene der Familie S. gehörende Gegenstände gefunden wurden. Auf der andren Seite aber fehlt es an Beweggründen zu der That, da das Haus am Tage des Brandes bereits nicht mehr Eigentum des S. war.

Verbrannt ist die 25 Jahre alte stellungslose Verkäuferin Auguste Kaulbarsch aus der Adolfstr. 43. Das Mädchen litt an Krampfanfällen. Vor acht Tagen stellte sich ein heftiger Anfall ein. Die Unglückliche klammerte sich an den Tisch, riß aber im Fallen diesen mit der brennenden Petroleumlampe um. Die Lampe ging in Trümmer, das Oel setzte das Bettzeug und die Fenstervorhänge und dann auch die Kleidung des Mädchens in Brand. Die Unglückliche erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß sie im Krankenhause, wohin man sie gebracht hatte, starb.

Wegen Sittlichkeitsvergehens gegen ein 6jähriges Mädchen wurde der Klempner Berthold Zieme aus der Juliusstr. 3 in Rixdorf verhaftet. Z. ist bereits wegen einer ähnlichen Handlung vorbestraft, mußte aber später nach einer Irrenanstalt gebracht werden, aus welcher er erst vor kurzem entlassen worden ist. Er dürfte daher die jetzige That in unzurechnungsfähigem Zustande verübt haben.

Von einem Milchwagen überfahren wurde Sonnabendmittag die 80jährige Witwe J. Winkow in der Wörtherstraße, Weißenburgerstr. 80 wohnhaft. Die Verunglückte erlitt außer Quetschungen am Oberkörper auch einen Oberschenkelbruch. Ein Schutzmann nahm sich der Schwerverletzten an und brachte sie nach der nächsten Unfallstation. Von dort aus wurde sie nach dem Krankenhause Friedrichshain übergeführt.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Silvesternacht wurde in der Seestraße, Ecke Königsdamm, ein Korb mit 13 Bleiplatten im Gesamtgewicht von rund 40 Kilogramm aufgefunden. Die Platten haben viereckige Formen, sie sind 0,35 Meter lang, 0,17 Meter breit

und 8 Millimeter stark, sonst nicht gezeichnet. — Rekognoszenten wollen sich bei dem Gutsvorstande zu Plötzensee melden und die event. Eigentumsanerkennung dem Polizeipräsidium Berlin zu 260 IV 90. 02 mitteilen.

Zu der Verhaftung des „Bankiers" Gustav Koch wird uns noch gemeldet, daß K. mehrere Angestellt hatte, welche die Serienlose unter das Publikum bringen mußten. Der „Bankier" sorgte dafür, daß ihm seine Opfer pünktlich zahlten, wohingegen er selbst mit seinen Auszahlungen im Rückstand blieb. Nicht allein in Berlin und Vororten, sondern auch in andern größeren Städten Deutschlands, so vor allem in Königsberg i. Pr. ließ der Verhaftete seine Agenten agitieren. Ob die letzteren von den Betrügereien Kochs Kenntnis gehabt haben, konnte noch nicht festgestellt werden. In manchen Fällen haben die Geschädigten Verluste bis zu 1000 Mark zu beklagen.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr wieder zahlreiche Brände zu beseitigen. Sonnabendfrüh wurde die Wehr nach der Perlebergerstr. 50 gerufen, wo ein Schornsteinbrand zu beobachten war. Freitagabend gingen in der Oderbergerstr. 22 in einer Wohnung Möbel, Wäsche und Kleidungsstücke in Flammen auf, die jedoch noch im Keim erstickt werden konnten. In der Rosenthalerstraße 49 war in einem Lagerkeller Petroleum in Brand geraten. Es gelang der Wehr indeß auch, das Feuer auf den Herd zu beschränken. In der Reichenbergerstraße 105 hatte in einem Pferdestall Stroh Feuer gefangen, während in der Brunnenstr. 67 ein Schornstein brannte. In der Muskauerstr. 14 mußte nachmittags ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Alarmierungen nach Demminerstraße 15 und Swinemünderstr. 36 betrafen kleine Wohnungsbrände, die hauptsächlich Gardinen und Kleidungsstücke beschädigten. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen von Victoria Luiseplatz 3 und Hohenstaufenstr. 18, die jedoch auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Orgelkonzert. Der Chor der Heilandskirche unter Leitung des Organisten Herrn Reinhold Kurth, die Sängerinnen Frl. Elisabeth Osthoff, Else Vetter und Margarete Steiner und die Violinvirtuosin Frl. Corinne Corvin unterstützen den Orgelvortrag des Musikdirektors Otto Dienel in der Marienkirche am Montag, den 3. Februar, abends 7¼ Uhr. Der Eintritt ist frei.

Vom Aquarium. Zu der am 23. v. M. in unsrer Zeitung enthaltenen Notiz über das Berliner Aquarium wird uns mitgeteilt, daß die von uns als wünschenswert bezeichnete Ermäßigung des Eintrittsgeldes bereits seit einiger Zeit zur Einführung gelangt ist. Für Bildungsvereine beträgt der Eintrittspreis pro Person 40 Pf. Außerdem werden Familien-Abonnements ausgegeben. Auf Grund der Vorzeigung einer pro Jahr 1 M. betragenden Abonnementskarte zahlt jedes Mitglied der Familie inkl. Dienstboten je 25 Pf. pro Person.

Im Zoologischen Garten ist soeben ein Damara-Klippschliefer als Geschenk des um die Erforschung der Tierwelt Deutsch-Südwest-Afrikas verdienten Herrn Oberleutenant Vollmann, Kommandanten der Station Grootfontein, eingetroffen. Das merkwürdige Tier hat in dem kleinen Hause gegenüber dem Eisbären-Zwinger einen größeren Raum zur Wohnung erhalten, wo es sehr gut besichtigt werden kann. Wer es zum erstenmale sieht, wird darüber im Zweifel sein, zu welcher Ordnung der Säugetiere er es rechnen soll. Die zierlichen kurzen Beinchen endigen in recht plumpen, mit platten hufförmigen Nägeln versehene Zehen, nur die Innenzehe des Hinterfußes trägt eine Kralle. Der Körper erinnert an denjenigen eines großen Meerschweinchens. Daß man es aber mit einem Nager nicht zu thun hat, beweist das Fehlen von breiten Nagezähnen. Die Klippschliefer bilden unter den jetzt lebenden Tieren eine sehr eigentümliche Gruppe, ausgezeichnet durch viele Merkmale, welche bei keiner andern Familie wiedergefunden werden. Manche Eigentümlichkeiten, wie das Gebiß, die Bildung der Hinterfüße und einige Besonderheiten in dem Bau der Eingeweide deuten merkwürdigerweise auf eine gewisse Verwandtschaft mit den Nashörnern hin. Die Klippschliefer leben wie die Murmeltiere an felsigen Abhängen und sind gesellige, lebhafte Tiere. Ihre Nahrung besteht in Knollen und Wurzeln. Bewundernswert ist ihre Fertigkeit, an glatten Wänden emporzuklettern, indem sie die weichen Fußsohlen in die geringste Unebenheit eindrücken und so einen Halt gewinnen. Erwähnenswert ist auch eine mit vielen Ausführungsgängen versehene Drüsenschicht in der Haut des Hinterrückens, welche mit weißlichen Haaren bedeckt ist. Der Berliner Zoologische Garten besitzt schon längere Zeit eine zweite Art dieser Gattung aus dem östlichen Sudan, die in nächster Nähe dieses Südafrikaners untergebracht ist.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1: Vortrag des Genossen Kremplin über: „Das Drama". Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Eine Hunde-Ausstellung, bei der 110 Ehrenpreise zur Verteilung kommen, wird am 8. und 9. Februar vom Kynologischen Klub im Luisenhof, Dresdenerstr. 34—35, abgehalten.

Aus den Nachbarorten.

Ein für den Osten Berlins und die Gemeinde Lichtenberg wichtiges Projekt hat die Stadt Berlin den Gemeindebehörden von Lichtenberg unterbreitet. Die Rigaerstraße soll nämlich bis zum Ringbahnhof Frankfurter Allee durchgelegt werden. Der Gemeindevorstand von Lichtenberg hat sich mit dem Plan einverstanden erklärt, und so dürfte bald das ganze Terrain zwischen dem Central-Viehhof und der Ringbahn der Bebauung erschlossen werden. Ebenso ist das dem Gärtnereibesitzer George gehörige Terrain auf der Südseite der Frankfurter Allee an eine Hamburger Firma verkauft, dasselbe wird von dem Terrain an der Kronprinzen- und Scharnweberstraße berichtet, wo sich schon jetzt eine rege Bauthätigkeit entwickelt. — Die Verhandlungen der Gemeinde Rummelsburg mit der Gemeinde Lichtenberg über die Rechtsverhältnisse in der Boxhagener Straße und der Weserstraße nehmen ihren Fortgang, so daß in Kürze der Osten bis an die Ringbahn vollständig erschlossen sein wird. Nebenher wird durch die Errichtung eines Elektrizitätswerkes durch die Gemeinde Lichtenberg, durch die Einigungsverhandlungen mit Friedrichsfelde wegen der Wasserversorgung sowie durch Verbilligung der Gaspreise die Entwicklung der beteiligten Gemeinden zu Industrieorten lebhaft gefördert.

Das Statistische Amt der Stadt Charlottenburg hat mit Hilfe der Polizeidirektion zu Anfang Januar die leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale ermitteln lassen. Dabei sind festgestellt: Wohnungen ohne Geschäftslokale von einem Zimmer ohne Küche 3, von einem Zimmer mit Küche 18, von zwei Zimmern mit Küche 43, von drei Zimmern und Zubehör 98, von vier Zimmern 113, von fünf Zimmern 60, von sechs bis acht Zimmern 233, von neun und zehn Zimmern 71, von elf bis fünfzehn Zimmern 19, insgesamt 653 Wohnungen. Ferner wurden als leerstehend festgestellt 91 Geschäftslokale mit Wohnungen und 79 Geschäftslokale ohne Wohnungen. Im ganzen entspricht der jetzt vorhandene Vorrat an Wohnungen (653) dem zu Anfang Mai 1901 ermittelten Bestande (665), indessen ist die Zahl der kleinen Wohnungen etwas angewachsen. Es wurden damals gezählt 6 mit einem, 21 mit zwei, 65 mit drei Zimmern. — Das Statistische Amt, Rosinenstraße 12, läßt übrigens Wohnungsuchende Einsicht in die Adressen der freien Wohnungen nehmen.

Friedrichsfelde. Am 1. April soll laut einem in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gefaßten Beschluß die obligatorische Fortbildungsschule am Ort eingeführt werden. Die Kosten hierfür stellen sich auf 3500 M. — In Karlshorst, das zu Friedrichsfelde gehört, macht sich ein Neubau für die Gemeindeschule dringend notwendig. Nach einer Darstellung des Gemeindevorstehers trägt die Regierung schuld daran, daß der Bau noch nicht in Angriff genommen worden ist. Ihrer Ansicht nach ist noch kein genügendes Bedürfnis vorhanden, trotzdem sie voriges Jahr selber darauf hinwies, daß in einer Klasse 65 Schüler unterrichtet werden. Eigentümlich ist es, daß die Mehrheit der Vertretung sich im Voraus dahin geeinigt hatte, den Antrag der Gemeindebeamten auf Gewährung von Wohnungsgeld-Zuschuß, sowie auf Gehaltserhöhung des Steuereinholers einer neungliedrigen Kommission zu überweisen, damit die Angelegenheit nicht in der Oeffentlichkeit verhandelt werde. Warum diese Scheu vor der Oeffentlichkeit?

Die diesjährigen Gemeindewahlen der dritten Abteilung in Neu-Weißensee sind für die Arbeiterschaft von der größten Bedeutung. Es gilt nicht nur, den Einfluß der Arbeiterschaft im Rate der Gemeinde zu stärken, sondern auch endlich den alteingesessenen Bürgern, die jeder Neuerung feindlich gegenüberstehen, die Mehrheit in der Vertretung zu entreißen. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat der Gedanke Ausdruck gefunden, daß die Beratung in der Sitzung der Gemeindevertretung nur der Form wegen stattfand, daß aber die eigentliche Entscheidung über die zur Beschlußfassung vorliegenden Fragen schon vorher in besonderer Zusammenkunft erfolgt war. An dieser festgeschlossenen Mehrheit prallten alle Vernunftgründe, die irgendwie von der Opposition ins Feld geführt wurden, wirkungslos ab. Und die sogenannten Fortschritte, denen hier und da gezwungenermaßen auch von dieser Mehrheit die Zustimmung gegeben werden mußte, lassen zum Teil in der Ausführung nicht mehr als alles zu wünschen übrig.

Die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule z. B. geschah lediglich deshalb, um einer Verfügung oder einem Wunsche der Regierung sich geneigt zu zeigen. Ohne Anregung von dieser Stelle, vielleicht durch einen Antrag von Seiten der Vertreter der Arbeiterschaft, wäre diese Einrichtung nicht ins Leben gerufen worden. Auch die bestehende Gesundheitskommission verdankt ihren Ursprung einer derartigen Anregung der Regierung. Trotzdem nun aber die Obliegenheiten dieser Kommission in dem darauf bezüglichen Schreiben der Regierung ziemlich klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden sind, beschränkt sich die Kommission — bescheiden wie immer — nur auf die Ausübung eines kleinen Teiles ihrer Aufgaben und auch dies noch in durchaus unzulänglicher Weise. Bekannt ist noch das gradezu feindliche Verhalten der Mehrheit der Vertretung gegenüber der Forderung, ein Gewerbegericht zu errichten. Ohne den heute vorliegenden gesetzlichen Zwang wäre an eine solche dem Gemeinwohl dienliche Einrichtung nicht zu denken gewesen. Und wie weit sind die Beratungen der Kommission für die Ausarbeitung eines Ortsstatuts für die Errichtung dieses Gewerbegerichtes? In einer Sitzung anfangs Dezember vorigen Jahres wurden einstimmig die Beratungen über dieses Statut vertagt bis zum Eintreffen des sogenannten Normalstatuts. Dies ist längst vorhanden, wenigstens darf man es annehmen, da andre Gemeinden auf Grund dieses Statuts längst Beratungen gepflogen haben. In Neu-Weißensee ist in dieser Beziehung in allen Wipfeln Ruhe, vielleicht will man auf diese Weise die früher schon prophezeite Wartezeit von 1—1½ Jahren allmählich verstreichen lassen. So ließ es sich auch erklären, daß seiner Zeit die Mehrheit der Vertreter begann, „rabiat" zu werden und zu einem Kirchen-Erweiterungsbau die Summe von etwas über 40 000 M. verweigerte, in demselben Atemzuge aber für einen Kirchenneubau aus dem Säckel der Gemeinde 80 000 M. glatt bewilligte.

Diese Thatsachen, herausgerissen aus vielen andren, seien der Arbeiterschaft vor Augen geführt, um klar zu machen, daß es endlich an der Zeit ist, alles daran zu setzen, um die heute vorhandene Mehrheit aus der Vertretung der Gemeinde verschwinden zu machen.

Zu der Verhaftung des Rendanten Kniffe in Wilmersdorf erfahren wir, daß die von dem letzteren veruntreute Summe auf 40 000 M. geschätzt wird. K., der in der Mecklenburgischen Straße eine große Wohnung hatte, bezog ein Gehalt von 7000 M. und lebte in kinderloser Ehe. Er spielte bei den letzten Gemeindewahlen eine bedeutende Rolle und ebenso im Vereinsleben von Wilmersdorf. Da er sogenannte „noble Passionen" hatte, kam er mit seinem Gehalt nicht aus, aber seine großen Ausgaben fielen nicht auf, weil man ihn für vermögend hielt. Die Aufdeckung seines Treibens erfolgte durch einen Zufall. Der Gemeinde-Kassenrendant hatte sich einen Beinbruch zugezogen und ward durch einen andren Gemeindebeamten vertreten. Dieser prüfte nun genau die Bücher, weil die übliche Revision bevorstand, und entdeckte einen Fehlbetrag von 20 000 M. für das letzte Rechnungsjahr. Die gesamten Unterschlagungen dürften, wie schon bemerkt, das Doppelte betragen. Kniffe selbst bestreitet, in eigennütziger Absicht die Veruntreuungen verübt zu haben, er sei mit Arbeit so überlastet gewesen, daß hierdurch die falschen Buchungen entstanden seien.

Wilmersdorf. Endlich wird sich unsre Gemeindevertretung, wenn man dies aus 7 Mitgliedern bestehende Rumpf-Parlament noch so nennen darf, mit der unvermeidlichen Beschlußfassung über die Gültigkeit der letzten Ergänzungswahl beschäftigen müssen. Wie wenig sich die Vertretung den gesetzlichen Bestimmungen fügt, geht daraus hervor, daß am 13. v. M. eine öffentliche Sitzung tagte, welche einen Ausschuß zur Prüfung der Wahlen ernannte, und erst jetzt eine Sitzung zum Montag anberaumt ist, die über die Gültigkeit der Mandate endgültig entscheiden soll. Inzwischen sind von verschiedenen Parteien bei den Behörden Proteste eingereicht worden, die die unverzügliche Einführung beantragen. Die Quittung über ein solches Verhalten der Gemeindeverwaltung werden voraussichtlich unsre Parteigenossen bei der Wahl im März geben.

Groß-Lichterfelde. Nicht der „Groß-Lichterfelder Lokalanzeiger", sondern die „Groß-Lichterfelder Zeitung" steht, wie wir auf Wunsch zur Richtigstellung unsrer vorgestrigen Mitteilung bemerken, mit der Angelegenheit, die zur Verhaftung des Rektors Hillger führte, in Beziehung.

Zehlendorf. Zum Amt des Gemeindevorstehers, das demnächst bekanntlich neu besetzt werden soll, haben sich nicht weniger als 33 Bewerber gemeldet. Unsre Gemeindevertretung hat sich stark gelichtet, denn von den 18 Vertretern fehlen 6, die zum Teil durch eignen Entschluß ausgeschieden, zum Teil gestorben sind. Man erörtert daher die Frage, ob die Wahl des Gemeindevorstehers nicht nach dem 1. April von der dann wieder vollbesetzten Gemeindevertretung vorgenommen werden müsse. Andernfalls sollen sofort außerordentliche Ersatzwahlen stattfinden. Will die jetzige Vertretung sich mit dem einen oder andren Vorschlage nicht einverstanden erklären, so gedenkt man sich höheren Orts zu beschweren.

Am Orte wählen nach der neuen Wählerliste 26 Einwohner in der ersten, 132 in der zweiten und 1435 in der dritten Klasse.

Vermischtes.

Die Opfer des Thielenschen Sparsystems. In Sachen der Eisenbahnkatastrophe bei Altenbeken hat nunmehr, wie berichtet wird, die königliche Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben. Angeschuldigt sind die Bahnwärter Kleinhaus und Meyer, beide aus Benhausen bei Paderborn, welche am 20. Dezember v. Js., dem Unglückstage, den Dienst auf den Blockstationen Schierenberg und Keimberg, zwischen welchen beiden Blockstationen bekanntlich der Zusammenstoß sich ereignete, zu versehen hatten. Außerdem ist der Zugführer des D-Zuges, Peters aus Berlin, angeklagt, weil er seinen Zug, als er durch das Ueberfahren eines Pferdes zu einem Aufenthalt von ca. 15 Minuten gezwungen war, der Vorschrift zuwider nicht mit Knallpatronen rc. gedeckt. Die Anklage lautet auf Gefährdung eines Eisenbahntransportes, auf fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung. Die Verteidigung, welche in den Händen der Rechtsanwalte Everken, Auffenberg zu Paderborn und Lenzmann zu Hagen liegt, wird noch umfassende Beweiserhebungen beantragen.

In dieser Angelegenheit sind bekanntlich zum Teil selbst von regierungsfreundlichen Blättern zwar nicht gegen die vom Staatsanwalt angeklagten armen Unterbeamten, wohl aber gegen die Verwaltungsbehörde die schwersten Anschuldigungen erhoben worden. So teilte der „Westfälische Merkur" mit, daß die Unglücksstrecke, die früher von 25 Bahnwärtern besetzt gewesen sei, jetzt von 13 Bahnwärtern bedient werden müsse; auch sei die Wärterbude, die unmittelbar an der Unglücksstelle liege, infolge dieser übel angebrachten Sparsamkeit unbesetzt gewesen. Der „Weckruf" der Eisenbahner bezweifelte, daß nach den bekannten Verminderungen des Begleitpersonals der Zugführer im stande gewesen sei, über genügend Leute zur Ausführung der Dienstvorschriften zu verfügen.

Sollten alle diese Anschuldigungen gegen das System Thielen sich als hinfällig erwiesen haben?

Gerade heute veröffentlicht Eduard Engel im „Tag" einen interessanten Aufsatz, in welchem er aus dem amtlichen Bericht über die Betriebsergebnisse der preußisch-hessischen Eisenbahn nachweist, daß ein Teil der Unterbeamten mehr als 15 Stunden Dienst hat. Hierbei frägt Herr Engel:

„Angenommen, einer dieser 126 Bahnwärter, 94 Weichensteller, 3 Stationsbeamten mit mehr als fünfzehn bis sechzehn Stunden Dienst würde in der sechzehnten oder siebzehnten Dienststunde vorübergehend geistig übermüdet, unaufmerksam, und seine Müdigkeit führte ein großes Eisenbahnunglück herbei, wen müßte der Staatsanwalt eigentlich auf die Anklagebank bringen? — Bei dieser Gelegenheit eine kleine Bemerkung. Hat der Leser schon je gehört, daß nach einem Eisenbahnunglück irgend ein nicht im unmittelbaren Betriebe stehender Beamter angeklagt worden wäre? Und doch ist es selbstverständlich, daß in gewissen Fällen die Schuld einen höheren Beamten treffen muß, der eine verkehrte allgemeine Anordnung getroffen hat. Aber noch niemals ist für einen Eisenbahnunfall ein höherer Verwaltungsbeamter verantwortlich gemacht worden; immer waren es Bahnwärter, Weichensteller, Stationsbeamte, Telegraphisten usw., die angeklagt und oft genug verurteilt wurden."

In Wien wurde Sonnabend früh die 84jährige in der Augartenstraße wohnhafte Rentiere Thekla Egerhorst mit einer klaffenden Kopfwunde tot aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Von dem Thäter hat man keine Spur. Es ist dies der zweite Raubmord, der innerhalb einer Woche in Wien verübt wurde.

Ein schweres Jagdunglück ereignete sich, wie aus Paris berichtet wird, bei Arras. Graf Depas streckte bei der Wildschweinjagd ein Tier nieder, die Kugel durchschlug den Kopf des Tieres und traf die Gräfin Mesre-Depas, welche nach wenigen Minuten verschied.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

P. L. Vorsitzender des Landerwerbs- und Bauvereins für Berlin und Umgebung ist, wie wir berichtigend mitteilen, Herr Franz Schulz, Rixdorf, Weserstr. 202.

Schmidt. Ihre Frage läßt sich in einer Briefkastennotiz nicht beantworten. Wenden Sie sich an W. Friedländer, Cäsarstr. 25 I.

Jamiers. Der Ihnen erteilte Bescheid ist der sogenannte Vordescheid. Auf diesen brauchen Sie nicht zu antworten. Wenn Ihnen nach einigen Wochen der ablehnende definitive Bescheid zugeht, so können Sie Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung einlegen. Die Aussicht ist leider zweifelhaft, falls Sie nicht genau darlegen, wodurch die Verletzung eingetreten ist und daß die Verletzung Folge eines Betriebsunfalls ist. Ihre Darstellung giebt hierüber nichts an. — **H. D. 102.** 1. Die Witwe erhält nur dann Unfallrente (Hinterbliebenenrente), wenn der Tod infolge des Unfalls eintritt. 2. Falls das Testament den Formvorschriften genügt, ja. Beispiele finden Sie S. 238, 239 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. Das „Arbeiterrecht" liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. — **Metzer.** Soweit das Heilverfahren durch Magnetiseren Betrug ist, ist es wie jeder andre Betrug verboten. Ob Betrug vorliegt, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. — **O. H. T.** 1.—3. Nein. 4. Ja. 5. Sie leben nicht in Gütergemeinschaft.

Briefkasten der Expedition.

Schmiedchen. Berlin W. 30, Eisenacherstr. 69.

Wochen-Spielplan.	Sonntag 2.	Montag 3.	Dienstag 4.	Mittwoch 5.	Donnerstag 6.	Freitag 7.	Sonnabend 8.	Sonntag 9.
Opernhaus	Heilmar	Der Prophet	Margarete	Carmen	Heilmar	Samson und Dalila	Figaros Hochzeit	Cavall. rustic. Bajazz. Mitt.: Agn. Bernauer
Schauspielh.	Miß Hobbs	Coriolan	Wallensteins Tod	Miß Hobbs	Das große Licht	Miß Hobbs	Das große Licht	Miß Hobbs
Schiller-Theater	Heimat Nachm.: Wilhelm Tell	Der Jongleur	Der Jongleur	Familie Fourchambault	Familie Fourchambault	Einsame Menschen	Familie Fourchambault	Der Revisor
Deutsches Theater	Es lebe das Leben Nachm.: Rosenmontag	Es lebe das Leben	Lebendige Stunden	Es lebe das Leben	Es lebe das Leben	Lebendige Stunden	Es lebe das Leben	Es lebe das Leben Nachm.: Rosenmontag
Berliner Theater.	Alt-Heidelberg Nachm.: Minna v. Barnhelm	Alt-Heidelberg	Alt-Heidelberg	Timon. Der Hahn. Die Fahrt über den Styx	Alt-Heidelberg	Alt-Heidelberg	Ueber unsre Kraft I	Alt-Heidelberg
Lessing-Theater	Auftreten von Agnes Sorma Johannisfeuer	Die Fee Caprice	Agnes Sorma Nora	Das schwarze Schäfstein	Agnes Sorma Cyprienne	Die Fee Caprice	Agnes Sorma Glück	Agnes Sorma Glück
Theater des Westens	Wiener Blut Nachm.: Die weiße Dame	Figaros Hochzeit	Eugen Onégin	Wiener Blut	Die Fledermaus	Wiener Blut	Die weiße Dame	Wiener Blut Nachm.: Der Freischütz
Luisen-Theater	Dorf und Stadt Nachm.: Nathan der Weise	Der Hüttenbesitzer	Die Waise von Lowood	Der Walzerkönig	Der Walzerkönig	Der Goldbauer	Liese Grubener	Liese Grubener

Neues königliches Opern-Theater (Kroll). Diesen Sonntagabend: Keine Vorstellung. — Nächsten Sonntagabend: Das große Licht. — **Residenz-Theater.** Alle Abende: Verliebt (Amoureuse). Vorher: Im Frack. Nächsten Sonntagnachmittag: Der Schlafwagen-Controleur. — **Neues Theater.** Alle Abende: Coralie u. Co. — **Central-Theater.** Sonntagabend: Das süße Mädel. Von Montag bis Sonntag: Gastspiel Yvette Guilbert (Montmartre en ballade). — **Thalia-Theater.** Alle Abende: Seine Kleine. — **Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.** Alle Abende: Die drei Wünsche. — **Trianon-Theater.** Alle Abende: Lebende Lieder (neues Programm). — **Ernst v. Wolzogens Buntes Theater.** Jeden Abend: Wechselndes Programm. — **Schall und Rauch.** Diesen Sonntagmittag: Litterarisches Damenbrettl. Alle Abende: Vorstellung vor Serenissimus. — **Secessions-Theater.** Alle Abende: Detlev v. Liliencrons Buntes Brettl. — **Belle-Alliance-Theater.** Alle Abende: Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. — **Carl Weiß-Theater.** Alle Abende: Das Jungfernstift. — **Apollo-Theater.** Heute: König Aqua. Von Montag ab: Das süße Mädel (Gastspiel des Central-Theater-Ensembles). — **Kasino-Theater.** Specialitäten. Lustspiele.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 2. Februar.

Freie Volksbühne. Carl Weiß-Theater. 6. Abteilung und 7. Abteilung: Dantons Tod. Anfang 2½ Uhr.
Lessing-Theater. 1. Abteilung: Haus Rosenhagen. Anfang 2¼ Uhr.
Opernhaus. Heilmer. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Der Prophet.
Schauspielhaus. Mit Hobbs. Anfang 7¼ Uhr.
Montag: Coriolan.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Heimat. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Montag: Der Jongleur.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 2½ Uhr: Rosenmontag.
Montag: Es lebe das Leben.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 2½ Uhr: Minna von Barnhelm.
Montag: Alt-Heidelberg.
Lessing. Johannisfeuer. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Die Fee Caprice.
Residenz. Die japanische Base. Vorher: Chassez-Croisez. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Kameliendame.
Montag: Verliebt. Vorher: Im Frack.
Neues. Coralie u. Co. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Veilchenfresser.
Montag: Coralie u. Co.
Westen. Wiener Blut. Anfang 7½ Uhr.
Nachmittags zu halben Preisen: Die weiße Dame.
Montag (Schüler-Vorstellung): Figaros Hochzeit.
Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8½ Uhr.
Nachmittags 3½ Uhr: Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Montag: Vorstellung vor Serenissimus.
Trianon. Lebende Lieder. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr (früher Künstlerhaus): Tierspiele. Kinder-Quartett.
Montag: Lebende Lieder. Kleine Spiele.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7½ Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: Der Seekadett. Lebendes Schachspiel.
Montag: Yvette Guilbert mit ihrer Gesellschaft. Montmartre en Ballade.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Luisen. Dorf und Stadt. Anfang 8 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: Nathan der Weise.
Montag: Der Hüttenbesitzer.
Carl Weiß. Das Jungfernstift. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die drei Wünsche. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Bettelstudent.
Montag: Die drei Wünsche.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Anna-Liese.
Montag: Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er.
Orpheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari-Brettl. Täglich Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3½ Uhr: Vorstellung zu halben Preisen.
Metropol. 'ne feine Nummer. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. König Aqua. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Das süße Mädel.
Casino-Theater. Lustige Brüder. Ehrlos. — Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Mutterjegen.
Montag: Lustige Brüder. Ehrlos. Specialitäten.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 7 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Invalidenstraße 57/62. „Die Goldfelder Alaskas im Klondike-Gebiet. Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.

Anfang 7½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Das Jungfernstift.

Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Kock von Ernest Gettinot. Musik von Jean Gilbert.

Mina Michetti als Gast.

Morgen: **Das Jungfernstift.**

Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Schauspiel in 5 Akten von Fr. Schiller.

Sonntagabend 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Sudermann.

Montagabend 8 Uhr:
Der Jongleur.

Dienstagabend 8 Uhr:
Der Jongleur.

Central-Theater.

Heute Sonntag, den 2. Februar, Anfang 3 Uhr, halbe Preise. In erster Besetzung:
Der Seekadett.
Operette in 3 Akten von R. Genée.

Abends 7½ Uhr:
Das süße Mädel.

Montag, den 3. Februar, Anfang 7½ Uhr: Gastspiel **Yvette Guilbert** mit ihrer Gesellschaft **Montmartre en Ballade** (Montmartre auf Reise).

Dienstag und folgende Tage: **Gastspiel Yvette Guilbert.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.

Mit vollständig neuer Ausstattung:
Seine Kleine.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Worm a. G., Guido Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller, Gerda Walde, Bosé, Wannovius, Junker-Schatz. Anfang 7½ Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.
Schwank m. Gesang u. Tanz i. 3 Akten.
Emil Sondermann. Ferd. Worms. Mizzi Birkner. Rosa Marton.
Hierauf: **Er.** Pariser Lebensbild in einem Aufzug.
Carl Wallner als Gast.
Sonntagnachmittag 3 Uhr, kleine Preise: **Anne-Liese.**

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang ½8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Heute zum letztenmal:
König Aqua.
Neues Specialitäten-Progamm.
Arvida Svensson
◆ Rivoli und Frau ◆
The Leanny-Troupe
O'Neil u. Torp
Griffith Reade-Trio.
Montag, den 3. Februar 1902:
Erstes Gastspiel des Central-Theaters
Das süsse Mädel.
Anfang 7½ Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Cirkus A. Schumann.

Sonntag, den 2. Februar 1902:
2 große außerordentliche 2
Gala-Vorstellungen.
Nachmittags 3½ Uhr: Ganz exquisites Programm und abends 7½ Uhr. In beiden Vorstellungen die großartigen Februar-Specialitäten. U. a. zum erstenmale in Deutschland: Mons. **Edouard Sosmann** ꝛc. In beiden Vorstellungen, nachm. und abends: Neu! Zum 2. u. 3. Male:
Mephisto
und Dr. Faust. Eine romant.-phantast. Handlung in 3 Abteil. vom Hofballettmeister A. Siems, auf das glänzendste inscen. v. Dir. Schumann. 1. Akt: Im Studierzimmer des Dr. Faust. Im Reiche der Liebe. 2. Akt: Ein Schützenfest im 16. Jahrhundert. 3. Akt: Der Hexensabbat auf dem Blocksberge. Die zehnfache Teufelsvoltige. Fausts Höllenritt ꝛc.
Nachmittags auf allen Plätzen ohne Ausnahme ein Kind frei. Jedes weitere Kind halbe Preise (außer Galerie), abends jedoch volle Preise.
Montag: Mephisto ꝛc.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.

Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera

Invalidenstr. 57/62.

Um 8 Uhr:
Die Goldfelder Alaskas im Klondike-Gebiet.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a.
Eingang Schadowstr. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, 6/16] Reptilien etc.
Für Familien empfehlen wir Abonnementskarten zu 1 Mark, welche z. Besuch des Aquariums gegen jedesmalige Nachzahlung von 25 Pf. pro Person berechtigen.

Passage-Theater.

Die siebenjährige
Lola Gray
in dem Mimodrama:
Der Bajazzo und sein Kind
Sie? Lanzetta Er?
Damenluftkampf
ausgeführt von 12 jungen Damen.
16 erstkl. Nummern.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
Neu!! Original Tiroler Sängergesellsch. d. Gebr. Wilhelm aus Insbruck.
Voranzeige!
Mittwoch, d. 5., abends 8 Uhr,
Konkurrenz-Kampf
zwischen dem Kraftturner **Alex Meyer** u. d. Athleten Zimmermann **Wilh. Plasch.**

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Sonntag, den 2. Februar 1902, abends 8½ Uhr:
Vorstellung vor Serenissimus
Erlösung. — Familienidyll etc.
Parkett 6, 4,50, 3, 2 Mk.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, Ecke Universitätsstr.
Madonnenschein. Lebende Lieder.
Anf. 8 Uhr. Parkett 2 M. — Sonnt. 4 Uhr: **Neues Kindertheater.** Tierspiele. Kinderquartett.

E. von Wolzogens

Buntes Theater (Ueberbrettl)
Köpnickerstr. 68.
Sonntag, den 2. Februar 1902:
Lina Abarbanell. Bozena Bradsky u. **Oskar Straus.**
U. a.: Nora-Parodie. Die beiden Pierrots. Brahms'sche Duette.
Anfang **8** Uhr.
Heute, Sonntagnachm.-Vorstell., 3 Uhr, mit Straus und Bradsky.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Grösst. Vergnügungslokal Berlins
Internationale Konzerte u. Specialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des **„Urbock"**
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12—2 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Neu!
Die Zillerthaler.
Neu!
Die Polkaschützen.

Nach jeder Vorst. **TANZ.**
Entree **50** u. **75** Pf. Wochent. Anfang 8 Uhr. Entree **30** u. **50** Pf. Wochent. Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37.
Gastspiel **Wilhelm Richter** in der Gesangsposse **„Lustige Brüder".** Dazu **„Ehrlos"** und das fenfel neue Programm.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7½ Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: **Mutterjegen.**

Cirkus Busch

Sonntag, 2. Februar: Zwei große Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: **Berl. Landpartien.** Ab. 7½ Uhr: **Klondike.**

Grösstes Vergnügungs-Etablissement Berlins und Umgegend!

Hasenheide Nr. 108—114. **Neue Welt** **Hasenheide Nr. 108—114.**

Garten für 15 000 Sitzplätze. Gedeckte Räume für 8000 Personen.

Hierdurch gestatte mir die vorläufige Anzeige, daß ich am **1. März d. J.** auch noch die Oekonomie des obengenannten Etablissements auf längere Zeitdauer übernehme und nach **gänzlicher der Neuzeit entsprechender Renovierung** und den Neubauten, **die definitive Eröffnung** sowie das ausführliche Programm desselben durch **separate Annoncen** und Säulenanschläge **bekannt geben** werde. 33688*

Indem ich versichere, daß es mein eifrigstes Bestreben sein wird, durch Verabreichung tadelloser Speisen und Getränke die Zufriedenheit des geehrten Publikums zu erringen, wie ich dies bisher in den von mir geführten **„Germania-Prachtsälen"** zu erreichen das Glück hatte, bemerke noch ausdrücklich, daß ich **schon von heute ab** gern bereit bin, **Bestellungen behufs Abhaltung von Sommerfesten ꝛc.** in meinem Comptoir **Chausseestraße Nr. 103** (Berlin) **entgegenzunehmen** und ersuche ich die verehrten Vereinsvorstände, schon jetzt die dafür bestimmten Tage zu belegen, damit ich event. Wünschen genügen kann. Hochachtungsvoll

Arnold Scholz, Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 108.

Charivari-Theater.

Alte Jakobstr. 37.
Neues glänzendes Februar-Programm.
Pepi Weiss **Mizzi Braun**
Lotte Sebus **Albert Kühne**
Max Reichard u. a.
½1 Uhr Nachm.-Vorstellung zu halben Preisen.
½8 Uhr Beginn der Abend-Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Unser Liebling
oder: **Mensch ärgere Dich nicht.**
Posse mit Gesang in 4 Akten von Leon Treptow. Musik von G. Steffens.
Heute: **Tanzkränzchen.**
Montag:
Die Haubenlerche.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Sonntag, 2. Februar 1902:
Gr. Novitäten-Abend.
Das durchweg neue riesengroße
Februar-Programm.
12 neue Glanznummern.
Um 8½ Uhr: Wiederauftreten des Dir. Wilh. Fröbel i. d. Operette
Die süßen Mädel.
Anf. 7 Uhr. Ermäßigte Preise. Entree 30 Pf., Parterre 50 Pf., Reserviert 75 Pf. — Billet-Vorverkauf vorm. v. 11—1 Uhr.
Sonnabend, den 8. Februar:
Palast-Theater Masken-Ball.

Grosse
Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Prenzlauer Thor)
Lothringerstraße 1—7.
Täglich **3** große Vorstellungen. **4, 6** und 8½ Uhr. **Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen,** sowie **Löwen-Ringkampf** und **Fütterung** um **4** u. 8½ Uhr. Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf 1. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Froese.

Die Sensation der letzten Pariser Welt-Ausstellung
Wunder der Elektricität!
Illusions-Palast
Königstrasse neben „Jarael"
Kolossaler Erfolg!
◆ Nur noch kurze Zeit. ◆
Geöffnet von 2—10 Uhr nachm.
Entree 20 Pf., Kinder die Hälfte.

Alb. Scheruchs
Festsäle,
Rüdersdorferstrasse 45.
2. Osterfeiertag frei geworden.
Säle bis 2000 Pers. fassend, kleine Säle in jeder Größe, Sonnabende u. Sonntage noch frei.

Wo amüsiert man sich grossartig?
In Schnegelsbergs Festsälen
Inhaber: **Max Schindler**
Hasenheide 21 und **Jahnstrasse 8.**
Heute: **Großer Ball**
verbunden mit **Cigarren-, Bonbon-Regen** und diversen Ueberraschungen.
Entree: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
23252* **Max Schindler.**

Graumann's Festsäle (früher Renz)

Naunyn-Strasse 27. 31909*

Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. — Sonnabende und Sonntage im **April** und **Mai** noch frei und an Vereine zu vergeben. **Gustav Graumann.**

Sonnabend, der 22. März, frei geworden!

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Max Kliems Festsäle

Hasenheide 13—15.
Umstände halber sind meine Festsäle (auch der große Festsaal) einige Sonnabende im März und der Palmsonntag frei geworden. 33038*

Wandel-Panorama.

Leipzigerstr. 72/74
— am Dönhoffplatz. —
Orient-Reise mit der Luftyacht **„Prinzessin Victoria Luise".** Vorstellungen täglich 12, 2, 4, 6, 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf. 7/2*

Schweizer Garten

Am Königsthor
Am Friedrichshain
Jeden Sonntag Ball
bei großem Orchester.
Anfang 4½ Uhr.
33399*

Alhambra

Wallnertheater-Strasse 15
Jeden Sonntag und Dienstag: **Großer Extra-Ball** bei doppelt besetztem großen Orchester. Anfang 5 Uhr. **A. Zamelat.**

Urania

Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagsäulen.
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
31889* **C. F. Walter.**

Gesellschaftshaus

Swinemünderstr. 42.
Tägl. Theater- u. Specialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: **Ball.**
Säle für Gesellschaften, Vereine, kostenfrei zu vergeben. 31889*

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer — Stralsunderstr. 1.

Elysium

Landsberger Allee 40—41.
Palmsonntag, 23. März, Donnerstag, 1. Mai, Osterfeiertage (3. Matinee) sowie Sonnabende sind Saal und Garten zu vergeben.
33362* **C. Elsermann.**

Leydeckers Festsäle

Sophien-Straße 34
empfehlen sich zu Bällen und größeren Vereinsversammlungen. Jeden Sonntag: **Großer Ball,** jeden Dienstag **Witwen-Ball** und jeden Donnerstag **Damen-Kränzchen,** wozu ergebenst eingeladen wird. 936

Gardinenhaus
Bernhard Schwartz

36 Mk. elegante **Winter-Paletots.**
30 Mk. hochfeine **Herren-Anzüge.**
12 Mk. schwere **Winter-Beinkleider.**
Anfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, tadelloser Sitz. [33711.*
14 Krausenstr. 14,
1 Tr., kein Laden, 1 Tr.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59.
Specialarzt für 7/10*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

Nachdem sich der Verkauf nach Gewicht von **Ia. Press-kohlen** bei den Schiffseignern
Wilhelm Drechsler, Neue Grünstraßenbrücke,
Karl Stolpe, Köpnickerbrücke,
so glänzend bewährt hat, haben sich die Schiffseigner
Otto Wolff aus Berlin,
Verkaufsstelle: Maybach-Ufer—Schinkestrasse, und
Karl Wolff aus Berlin,
Verkaufsstelle: Salz-Ufer—Dovebrücke,
auch entschlossen, ihre nur **Ia. Briquetts** zu allerbilligsten Preisen nach Gewicht zu verkaufen, und bitten um Aufträge. 283b

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.
Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtsitz. Gebisse
Zahn-Arzt Wolff, Leipzigerstr. 130.
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9—7 Uhr.

I. Wahlkreis.

Heute, Sonntag, den 2. Februar, abends 6 Uhr,
in den **Arminhallen (gr. Saal), Kommandantenstr. 20:**

Versammlung

mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein
und **Tanz.**

Vortrag des Schriftstellers Genossen Georg Bernhard über „Die Zöllner auf Schleichwegen". 208/2

Rege Beteiligung erwarten **Die Vertrauensleute.**

Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf.
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Achtung! **6. Wahlkreis.** **Achtung!**

Dienstag, den 4. Februar, abends 8½ Uhr:

Volks-Versammlung

Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Frl. **Anna Pappritz** über: Sittliche und wirtschaftliche Gefahren bei der Berufswahl unsrer Töchter. 2. Diskussion.

Genossinnen und Genossen, agitiert für regen Besuch.

1/2 **Die Vertrauensperson.**

VI. Wahlkreis.

Dienstag, den 4. Februar cr., abends 8 Uhr, bei Hensel, Invalidenstraße Nr. 1a:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow** über: Heimatspolitik. 2. Diskussion.

Um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung werden die Parteigenossinnen und Genossen ersucht.

219/2 **Der Vertrauensmann.**

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend.
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.)

Mittwoch, den 5. Februar, abends Punkt 8 Uhr:

Ordentliche

General-Versammlung

im Saale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Kassierers sowie Revisionsbericht. 2. Bericht des Vorstandes und Ausschusses. 3. Regelung der Entschädigung für die Kassenverwaltung. 4. Ersatzwahl des Vorstandes (1 Vorsitzender, 2 Kassierer, 1 Beisitzer und 4 Ersatzmänner). 5. Wahl des Ausschusses und 4 Ersatzmänner. 6. Innere Kassen-Angelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird Punkt 8 Uhr eröffnet.

Zahlreiches Erscheinen erwartet 38/2

Der Vorstand. J. A.: **Heinrich Metzke.**

Achtung! **Achtung!**

Kistenmacher.

Montag, den 3. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Stechert, Andreasstr. 21:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes vom letzten Jahre. 2. Abrechnung vom letzten Quartal. 3. Wahl der Lohnkommission. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreichen Besuch bittet

103/3 **Der Vorstand.**

NB. Sonnabend, den 15. Februar, in den Räumen der „Königsbank", Gr. Frankfurterstr. 117:

Gr. Wiener Maskenball.

Billets sind in dieser Versammlung zu haben. D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Parkettbodenleger!

Dienstag, den 4. Februar 1902, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Kommissions-Sitzung

mit Vertrauensleuten u. Verhandlungs-Kommission

78/11 **Der Obmann.**

Dienstag, den 4. Februar 1902, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V:

Vertrauensmänner-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Kleber! Tapezierer!

Dienstag, den 4. Februar cr., abends 8 Uhr, bei Janaschk, Jnselstr. 10:

Grosse öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Sind die Berliner Kleber gewillt, in diesem Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten?** 2. Diskussion. 101/2

Kollegen! Aller Pflicht ist es zu erscheinen, gleichviel, ob organisiert oder nicht. **Der Einberufer: Jak. Ussem.**

Achtung! **Achtung!**

Albumarbeiter!

Montag, den 3. Februar 1902, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15,

Versammlung

der in der Album-Branche besch. Arb. u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Thätigkeitsbericht des Branchen-Vertrauensmannes. 2. Wahl des Vertrauensmannes. 3. Werkstuben-Angelegenheiten.

Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in obiger Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 23/7 **Der Einberufer.**

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer No. 15:

Vortrag

des Genossen Kreplin über: „Das Drama."

Nach dem Vortrage: 4/6

Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Eintritt 20 Pfennig. Garderobe frei.

Montag, den 3. Februar, im Lokal des Herrn Bauer, Rosenthalerstraße 57 (Hof):

Oeffentliche Versammlung

der

Töpferträger Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftliche Lage und deren Ursache. 2. Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung eines Tarifs betreffs der Lohnfrage. 3. Die Organisation und deren Nutzen. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist Ehrensache.

Die Töpfer werden höflichst ersucht, ihre Träger auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. 285/13*

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

Der Einberufer.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

(Fachverein.)

Montag, den 3. Februar, abends 8½ Uhr, bei Graumann, Naunynstraße Nr. 27,

Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Wie bauen wir unsre Organisation aus". 2. Diskussion. 3. Die Einführung der Teilarbeit bei der Firma Lehmann. 4. Gewerkschaftliches. — **Zur Beachtung! Erscheinen sämtlicher Delegierten notwendig.** Die Kollegen, welche, ohne Delegierte zu sein, Interesse am Thema haben, sind ganz besonders eingeladen.

Schnegelsbergs Festsäle, Inh. Max Schindler, Hasenhaide 21.
Sonnabend, den 15. Februar 1902,

Großer Wiener Maskenball.

Anfang 9½ Uhr. Große Ueberraschungen. Billet 0,50 M.

Billets sind bei Grundmann, Naunynstr. 78, sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. 141/3

Centralverband der Maurer.

Zweigverein I Berlin (Putzer).

Mittwoch, den 5. Februar, abends 7 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20,

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht der letzten Obmänner-Sitzung.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht 133/3

Die Verwaltung.

Achtung! **Achtung!**

Militärschneider.

Montag, den 3. Februar, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:

Das Resultat der stattgefundenen Werkstattsitzungen. Referent: Kollege **Ritter.**

Es ist Pflicht jedes Militärschneiders, in dieser Versammlung zu erscheinen, sowie für einen guten Besuch derselben Sorge zu tragen.

162/3 **Der Vertrauensmann.**

Centralverband der Maurer rc.

Zahlstelle Berlin.

Am Dienstag, den 4. Februar, abends 8 Uhr:

Zwei Mitglieder-Versammlungen.

Für **Schöneberg** im **Klubhaus**, Hauptstr. 5/6.
Für **Moabit** im Victoria-Salon, Perlebergerstr. 14.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:

„Beschlußfassung über die Einführung der Hauskassierung".

NB. Da die Einführung der Hauskassierung eine wesentliche Veränderung im Zahlungsmodus des Verbandes bildet und eine große Veränderung in der inneren Organisation des Viertels bedingt, so erwarten wir den Besuch aller dem betreffenden Viertel angehörigen Verbandsmitglieder.

136/18 **Die Verbandsleitung.**

Centralverband der Stuccateure Deutschlands

(Filiale Berlin).

Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Generalversammlung v. 20. vorigen Monats.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

173/3 **Der Vorstand.**

Central-Krankenkasse der Maurer

(Grundstein zur Einigkeit).

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr präcise:

Versammlung

Jnselstraße 10, vorn 1 Treppe.

Tagesordnung:

1. Kassen-, Revisions- und Geschäftsbericht. 2. Neuwahl des 1. Kassierers, des 2. Bevollmächtigten, des 2. Schriftführers und zweier Revisoren. 3. Innere Angelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

149/1 **Die örtliche Verwaltung.**

Verein deutscher Schuhmacher.

Montag, den 3. Februar cr., abends 8½ Uhr:

Versammlung sämtl. Schoss-Schumacher

bei Cohn (großer Saal), Beuthstraße 19.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Beratung über den revidierten Minimal-Lohntarif. 2. Beschlußfassung über die Lohnbewegung zum Frühjahr 1902. 3. Verschiedenes. 169/12

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Sonntag, den 9. Februar, abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Drittes Stiftungsfest.

Festrede gehalten von **August Bebel.**

Konzert, Gesang, Recitation, Tanz.

Billet 30 Pf. **Abendkasse findet nicht statt.**

Das Komitee.

Billets sind zu haben im Verein, bei Frau Panzeram, Pappel-Allee 128 I, Frau Klopsch, Koppenstr. 81, Hof IV, Frau Steinkopf, Schwedterstr. 34, Frau Bauschke, Rostockerstr. 46, Frau Seeger, Kolbergerstr. 26.

Unsre General-Versammlung findet Montag, den 3. Februar, statt. 55/3

Achtung! **Zimmerer.** **Achtung!**

Den Mitgliedern des „Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend" zur Nachricht, daß die Verhandlungen der Achtzehner-Kommission mit den Arbeitgebern noch nicht definitiv beendet sind. Die Berichterstattung über die bisherigen Verhandlungen erfolgt in unsrer regelmäßigen Versammlung am 16. Februar. Die Bezirkskassierer werden ersucht, diese Mitteilung in den Zahlstellen bekannt zu geben und die teilweise herrschenden Irrtümer aufzuklären.

Der Vorstand.
J. A.: **Albert Juppenlatz.** 257/4

Achtung! **Kürschner.** **Achtung!**

Montag, den 3. Februar 1902, abends 8½ Uhr:

Große öffentliche Versammlung

aller in der

Kürschnerei beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vertrauensmannes sowie Abrechnung vom Streikfonds vom Jahr 1901 und Neuwahl des Vertrauensmannes. 2. Bericht des Delegierten vom Gewerkschaftskartell und Neuwahl desselben. 3. Wie stellen sich die Berliner Kürschner zu einem internationalen Kongreß.

Kollegen und Kolleginnen, da in dieser Versammlung die Abrechnung über den Streikfonds stattfindet und Ihr doch auch dabei beteiligt seid, hoffen wir, daß Ihr pünktlich und zahlreich in der Versammlung erscheint. Ihr könnt Euch in dieser Versammlung orientieren über den Verbleib des Geldes.

102/2 **Der Vertrauensmann.**

Berliner Konsum-Verein.

Verkaufsstellen:

Krautstr. 7. Petersburgerstr. 4a (vom 1. April an: **Lieblgstr. 7**). **Michaelkirchplatz 4. Stralauer Allee 17f. Mainzerstraße 4. Rummelsburg: Türrschmidtstr. 6. Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 48/49. Rostockerstr. 21. Beusselstr. 56. Emdenerstr. 45.**

Sonntag, den 16. Februar cr., nachm. 2½ Uhr:

Ausserordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Statutenberatung.

Abteilung III: Moabit.

Dienstag, den 4. Februar cr., abends 8½ Uhr, bei Flögel, Beusselstraße 9:

Abteilungs-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Abteilungs-Angelegenheiten. 105/3

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist sehr erwünscht.

Gäste sind willkommen.

HERREN-VORTRAG.

Donnerstag, den 6. Februar, abends 8½ Uhr, im Berliner Prater-Theater, Kastanien-Allee 7/9, und Freitag, 7. Februar, abends 8½ Uhr, in Hagemanns Festsälen, Schönhauser-Allee 4, **Carl Bruckhoff,** Friedrichstr. 10, über: „Der vierfache Mord in der Oranienstraße und die sog. unheilbaren Männerleiden". Nur für Herren! Eintritt frei!

Partei-Speditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 41/42. — **Gesundbrunnen:** Hermann Raschke, Grünthalerstr. 65. — **Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, v. I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Nickel, Uhlandstraße 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde:** Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. — **Grünau:** Gustav Miers, Köpenickerstraße 111. — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstraße 6. — **Schöneberg:** Wilh. Bäumler, Apostel Paulusstraße 13, Quergeb. Hochp. — **Ober-Schöneweide:** Otto Fohn, Wilhelminenhofstr. 18. — **Nieder-Schöneweide:** Karl Weber, Cigarrengeschäft. — **Johannisthal:** Paul Mann, Friedrichstraße 39, I. — **Adlershof:** Gustav Hitze, Hackenbergstraße 8. — **Köpenick:** Friedrich Woick, Grünstraße 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Stock, Ernststraße 2, II. — **Neu-Weissensee:** Heinrich Bachmann, Lehderstraße 1, part. links. — **Rummelsburg:** Forgbert, Prinz Alberstr. 5a.

Außerdem ist sämtliche Parteilitteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden!

Wegen vollständiger

Auflösung

meines seit 43 Jahren bestehenden Geschäfts

Gänzlicher

Ausverkauf

der **jetzt** noch reichhaltigen Läger,
Teppiche, Portieren, Gardinen, Divandecken,
Tischdecken, Schlafdecken, Steppdecken etc.
Möbelstoffe, Läuferstoffe, Reste in allen Artikeln ganz besonders **zurückgesetzt,** sind zum schleunigen **Ausverkauf** gestellt.

A. Löwenthal,

Breite-Strasse 20, Ecke Scharrenstrasse.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Der Bauarbeiterschutz und die Baupolizeiverordnung vom 1. Oktober 1901.

Seit einer Reihe von Jahren betreiben die organisierten Berliner Bauarbeiter eine umfangreiche Agitation für die Einführung von Schutzmaßregeln und Vorschriften zur Verhütung von Unfällen, um einen Schutze für Leben und Gesundheit der im Baugewerbe bethätigten Arbeiter zu gewinnen. Zum erstenmal wurde im Jahre 1895 seitens der Generalkommission in Deutschland in allen Städten eine umfangreiche Enquete über die im Baugewerbe bestehenden Mißstände aufgenommen. Ein geradezu erdrückendes Anklagematerial gegen die Unternehmer im Baugewerbe, über die unerhört leichtsinnige Art, wie in diesem Gewerbe mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter gespielt wird, gelangte mit dieser Statistik zur Kenntnis. Aber nicht nur gegen die Unternehmer richtete sich diese Anklage, nein, auch die staatlichen und Gemeindebehörden traf der gleiche Vorwurf. Trotzdem es bekannt war, welche elenden Zustände in allen Teilen des Reichs im Baugewerbe bestanden, war von dieser Seite nichts unternommen, um bessernd einzugreifen. Diese Unthätigkeit mußte um so auffälliger wirken, als alljährlich durch die Berichte der nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft konstatiert wurde, in welch hohem Maße Menschenleben vergeudet werden. Als dann im Jahre 1899 am 20. und 21. März in Berlin der erste Bauarbeiterschutz-Kongreß stattfand und alles das, was bei der Enquete 1895 gesagt, noch bei weitem überholt wurde, hielt es die deutsche Regierung nicht einmal für nötig, der Einladung der Bauarbeiterschutz-Kommission, den Kongreß zu beschicken, nachzukommen; die „Rücksicht auf die Dienstgeschäfte", wie es in der Antwort hieß, erlaubten es nicht. Deutlicher konnte das unter v. Posadowskys Leitung stehende „Reichsamt des Innern" seine socialpolitische Rückständigkeit kaum dokumentieren.

Der Bauarbeiter-Kongreß gab sodann die Richtschnur für ein klares, einheitliches Vorgehen. Aus der Kongreßresolution mögen hier nur die Forderungen in bezug auf die Unfallverhütung erwähnt werden:

„Thatsächlich ist dieses Schutzes aber nur gedacht in den §§ 78 bis 82 (nach dem neuen 112—118) des Unfallversicherungs-Gesetzes und in den §§ 120a, b c und §§ 154 und 154a der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Die angezogenen Paragraphen der Gewerbe-Ordnung sind für das Baugewerbe aber bisher gänzlich ausgefallen, da die Polizeibehörden von den ihnen durch § 120 gegebenen Befugnissen wenig oder keinen Gebrauch gemacht haben, und eine kaiserl. Verordnung, laut welcher noch §§ 154 und 154a auch die Bauten der Gewerbe-Aufsicht unterstellt werden können, ebensowenig erfolgt ist. Aber auch das Unfallversicherungs-Gesetz ist für die Unfallverhütung auf Bauten belanglos geblieben.

Ferner ist die wichtigste Forderung mit, daß Bautencontroleure aus den Reihen der organisierten Arbeiter als staatliche Beamte angestellt werden."

Die Berliner baugewerblichen Arbeiter nahmen die Agitation für die durchaus praktischen Forderungen des Kongresses ungesäumt auf. So wurde im Jahre 1899 eine Kontrolle für Berlin und die Vororte vorgenommen. Die Statistik gab geradezu ungeheuerliche Mißstände in sanitärer wie sittlicher Beziehung bekannt. Noch in demselben Jahre wurde der Entwurf einer Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten bekannt, in der in Bezug auf die Errichtung von Baubuden und Aborten Vorschriften enthalten waren. Gleichzeitig war dem Magistrat die Vorlage zur Begutachtung zugegangen.

Die in Berlin organisierten baugewerblichen Arbeiter richteten nunmehr im Mai 1900 eine Petition an den Magistrat, in welcher sie die Vorschläge des Polizeipräsidenten — soweit ihnen dieselben durch die Presse bekannt geworden — einer kritischen Beleuchtung unterzogen und gleichzeitig praktische Vorschläge unterbreiteten. Vor allem wurde die Errichtung einer Baugewerbe-Inspektion und Ausübung der Kontrolle durch die Arbeiter aus den gewerblichen Organisationen als amtliche Controleure verlangt. Bei einer Konferenz, die die Arbeiter mit dem Vertreter des Magistrats, kgl. Baurat Lindemann, hatten, wurde den Arbeitern in vieler Hinsicht Konzessionen gemacht. Vom Polizei-Präsidenten dagegen erhielten die Arbeiter keine Antwort, nicht einmal die Bestätigung, daß die Petition eingegangen sei.

Im Januar 1901 wandten sich die Berliner Arbeiter in einer Petition an den preußischen Landtag, da mittlerweile Graf Posadowsky im Reichstag erklärt hatte, daß die Frage des Bauarbeiter-Schutzes durch Reichsgesetz nicht geregelt werden könne, sondern Sache der einzelnen Landesregierungen sein muß. In dieser Petition, welche ein wichtiges Aktenstück in der Geschichte des Bauarbeiterschutzes darstellt, wurden alle die mißlichen Zustände, unter denen die baugewerblichen Arbeiter leben müssen, beleuchtet. In dieser Schrift wurde aber auch ein andres Kapitel — welches dem größten Teil der Arbeiter selbst bisher fremd war — behandelt: das der Berufskrankheiten. Es wurden Vorschläge gemacht, wie dem abgeholfen werden könne. Nicht durch Polizeiverordnungen ist die Frage des Bauarbeiterschutzes zu lösen, sondern durch ein einheitliches Landes-Baugesetz, dessen Normativbestimmungen für das gesamte Königreich Preußen gelten. Die Ueberwachung der Ausführungen dieses Landes-Baugesetzes muß von einer Baugewerbe-Inspektion, zu einem Teil aus den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bestehend, ausgeführt werden — mit einem Wort, es wurden Arbeitercontroleure verlangt. Leider kam durch den vorzeitigen Schluß der Session des Landtages die Petition nicht mehr zur Beratung. Aber die baugewerblichen Arbeiter hatten die Genugthuung, daß durch die Presse die öffentliche Aufmerksamkeit auf die inhaltbaren Zustände im Baugewerbe gelenkt wurde und fast einmütig für die Forderungen der baugewerblichen Arbeiter Partei ergriffen wurde. Dagegen hatte die Petition den Zorn des Vorsitzenden der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, des Herrn Felisch, erregt und in einem Artikel durch die Nrn. 20, 21 und 22 der „Baugewerks-Zeitung" versuchte er die Petition der Arbeiter zu widerlegen, sie als „tendenziös" und socialdemokratische Hetze bezeichnend.

Einige Druckfehlee in den Bruchteilen der Prozentberechnung genügten, um den Inhalt der Petition als unwahr zu bezeichnen. In der That wurden durch diese Fehler, es waren deren vier, die Sünden der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft nur gemildert.

In einer Gegenpetition, die namens der Baugewerks-Berufsgenossenschaften dann an den preußischen Landtag gerichtet wurde, erklärte Herr Felisch, daß die Berufsgenossenschaften bereits mehr Beauftragte zur Ueberwachung der Ausführung der Unfallverhütungs-Vorschriften eingestellt haben, eventuell noch weitere eingestellt würden. Die Unfallverhütungs-Vorschriften seien teils vervollkommnet, teils wird es noch geschehen usw. — Vor allem aber dürfe die Forderung der Bautenkontrolle durch die Arbeiter kein Entgegenkommen finden, das bedeute, daß der Staat sich mit Haut und Haaren der Socialdemokratie verkaufe. Herr Felisch nimmt wie gewöhnlich den Mund etwas voll. Zunächst bemerken wir, daß die Unfallverhütungs-Vorschriften noch dieselben sind, wie sie in der Genossenschaftsversammlung in Stettin 1898 angenommen sind.

Mithin widerspricht der diesbezügliche Satz in der Unternehmerpetition den Thatsachen. Daß aber die Forderung der baugewerblichen Arbeiter „Kontrolle durch die Arbeiter" aufrecht erhalten werden muß, wenn die Erlasse neuer Verordnungen den baugewerblichen Arbeitern etwas nützen sollen, wollen wir mit nachfolgendem beweisen.

Mit dem 1. Oktober erließ der Polizeipräsident von Berlin eine Baupolizei-Verordnung, die, obgleich ziemlich lückenhaft, dennoch ohne Zweifel einen Fortschritt auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes bedeutet. Die Verordnung lautet:

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung S. 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 195) wird hiermit unter Zustimmung des Gemeindevorstandes der Stadt Berlin für den Geltungsbereich der Baupolizei-Verordnung für den Stadtkreis Berlin vom 15. August 1897 folgendes verordnet:

§ 1.

Die Bestimmungen der §§ 2 bis 7 einschließlich finden Anwendung:

a) Bei Hochbauten, wenn einschließlich der Poliere und Lehrlinge mehr als 10 Personen zur Zeit der Rohbau-Ausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind; während der Rohbau-Ausführung vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Staaker, werden nicht in diese Zahl eingerechnet.

b) Bei Tiefbauten, welche von Unternehmern ausgeführt werden, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als zehn Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind.

Ausgenommen sind Tiefbauten, welche auf bereits angelegten öffentlichen Straßen und Plätzen ausgeführt werden, sofern es sich nicht um solche Bauten (Brückenbauten und dergleichen) handelt, welche auf einem mit festem Bretterzaun umfriedeten Bauplatze ausgeführt werden.

§ 2.

1. Zur Unterkunft für die an solchen Bauten (§ 1) beschäftigten Arbeiter bei ungünstiger Witterung und in den Ruhepausen müssen Räume bereit gehalten werden, welche im Mittel in der Regel 2,20 Meter im Lichten hoch, mit Wänden umschlossen und mit einem wasserdichten Dache versehen sind. Die Grundfläche der Räume muß derart bemessen sein, daß die Größe derselben bei Beschäftigung von 11 bis 15 Arbeitern im Mittel 10 Quadratmeter, 16 bis 20 Arbeiter im Mittel 14 Quadratmeter beträgt. Bei Beschäftigung von mehr als 20 Arbeitern tritt bei jeder Vermehrung um je 1 bis 5 Arbeiter eine Vergrößerung der Grundfläche mindestens um je 2,5 Quadratmeter ein.

2. Die Räume müssen ausreichend Licht- und Luftzufuhr und einen trockenen festen Fußboden haben und auf Erfordern der Ortspolizeibehörde vom 1. November bis 1. April heizbar sein. Bei transportablen Unterkunftsräumen (sogenannten Buden) findet eine Heizung derselben nicht statt.

3. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeitnehmer (vergleiche § 1) sind in den Unterkunftsräumen Sitzplätze einzurichten.

4. Baumaterialien dürfen in diesen Räumen nicht gelagert werden, durch Gerätschaften darf der unter 1. erforderte Raum nicht beschränkt werden.

5. Bei Tiefbauten müssen die Unterkunftsräume so gelegen sein, daß der Beschäftigungsort eines jeden Arbeitnehmers von der Unterkunftsstätte der Regel nach höchstens 750 Meter entfernt ist.

6. Für schwimmende Unterkunftsräume findet die Vorschrift über die erforderliche lichte Höhe keine Anwendung.

§ 3.

Bei Hochbauten müssen für die im § 1 bezeichneten Personen Aborte in solcher Zahl vorhanden sein, daß ein Abortsitz für höchstens 25 Personen dient.

Die Aborte müssen derart eingerichtet sein, daß von außen nicht hineingesehen werden kann. Erforderlichenfalls sind vor den Thüren Blenden anzubringen.

Werden auch weibliche Arbeitnehmer beschäftigt, so sind für diese besondere Aborte anzulegen, welche von den für die männlichen Arbeitnehmer bestimmten Aborten getrennt liegen müssen.

Für Tiefbauten kann die Ortspolizeibehörde die Herstellung solcher Aborte fordern.

§ 4.

Die nach § 3 herzustellenden Aborte müssen, sofern sie nicht an eine öffentliche Entwässerungsanlage vorschriftsmäßig angeschlossen werden, mit wasserdichten Tonnen, welche nach Bedarf rechtzeitig fortzuschaffen und durch leere, mittels Kalkanstrichs desinfizierte Tonnen zu ersetzen sind, versehen werden. Diese Tonnen sind durch Sitz- und Stoßbretter zu verdecken.

§ 5.

Die Unterkunftsräume für die Arbeitnehmer und die Aborte müssen genügend erhellt sein und sind stets in reinlichem Zustand zu halten. Die Aborte sind auch, soweit dies im gesundheitlichen Interesse notwendig, zu desinfizieren.

§ 6.

Vom 1. November bis 1. April dürfen Stuccateur-, Putzer- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Thüren und Fenster nach außen hin verschlossen sind. Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlüsse ist für genügend zu erachten.

§ 7.

In Räumen, in denen offene Coaksfeuer ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andre, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen. Sie dürfen nur vorübergehend von den die Coakskörbe beaufsichtigenden Personen betreten werden.

Wo die örtlichen Verhältnisse des Bauplatzes die Erfüllung der Anforderungen dieser Verordnung ganz oder teilweise aus-

---

Das Staatsideal der Junker.

Zu Kaisers Geburtstag haben die Junker ihre altbewährte Loyalität in empfehlende Erinnerung gebracht, indem sie durch den Mund des Freiherrn v. Manteuffel, ihres Vicepräses im Herrenhaus, u. a. erklären ließen: „Die Liebe zu unserm königlichen Herrn ist unauslöschlich in unsre Herzen geschrieben. Die Treue, mit der wir unverbrüchlich zu ihm stehen, sie ist ein heiliges Erbteil unsrer Väter, sie endet mit unserm Tode und wird auf unsre Söhne und Enkel übergehen." Besonders glänzend bewährt hat sich die anspruchslose Unterthänigkeit unserer Edelsten und Besten in den herrlichen Zeiten, als ein anderes Mitglied des Stammes der Manteuffel preußischer Ministerpräsident war: in jenem unvergeßlichen Jahrzehnt preußischer Geschichte, das man vorzugsweise als die Reaktionszeit zu bezeichnen pflegt.

Wohl in keinem anderen Ereignis dieses lehrreichen Dezenniums gelangt das innerste Wesen und das gegenseitige Verhältnis der damals herrschenden Kreise zu gleich prägnantem Ausdruck, wie in dem Lebensende des Berliner Polizeipräsidenten v. Hinkeldey und den begleitenden Umständen. Hinkeldey stand bei König Friedrich Wilhelm IV. in höchster Gunst und genoß sein größtes Vertrauen: er konnte also in seinem Ressort machen was er wollte, wenn er nur die Kreise der Junker nicht störte. Er war reaktionär bis in die Knochen und völlig skrupellos in der Wahl seiner Mittel, wenn es galt, den Staat vor der Revolution zu retten. Soweit war alles schön und gut; aber Hinkeldey hatte doch eine irrtümliche Auffassung vom Wesen des preußischen Staates: vermaß er sich doch wiederholentlich, gleich dem ersten besten demokratischen Blatt auch das bewährte Organ der loyalen Junker, die fromme „Kreuz-Zeitung", zu konfiscieren. Und er schlug dann vollends dem Faß den Boden aus, indem er einen hochadligen Klub für harmloses Hazardspiel aushob. Eine eindringliche Lektion über die Formen des Umganges mit der vornehmen Welt war also dringend vonnöten. Einer der besten Pistolenschützen in der konservativen Partei, Herr v. Rochow-Plessow, forderte den Polizeipräsidenten vor sein Schießeisen. Der König wußte um das bevorstehende Duell seines Günstlings; aber er mußte der ausgleichenden Gerechtigkeit seiner lieben Junker freien Lauf lassen. So wurde Hinkeldey am 10. März 1856 in der Junggesellenheide nach allen Regeln ritterlichen Waffenspiels zur Strecke gebracht. Es war offenes Geheimnis, daß für den Fall eines unblutigen Ausgangs weitere Forderungen an Hinkeldey ergangen wären, worauf dann plebejische Lästermäuler die Frechheit schöpften, die mutige That des Herrn v. Rochow als einen gemeinen Meuchelmord zu charakterisieren. Nicht so seine Standes- und Parteigenossen; ihren Gottesgelahrten fiel die Aufgabe zu, dem Zweikampf ein christliches Gepräge zu verleihen, andre priesen den Thäter in offener Kammersitzung, und der Präsident des Herrenhauses, Graf v. Stolberg-Wernigerode, fand an der ganzen Affaire weiter nichts auszusetzen, als daß „der Edle von Rochow" ein Gefangener sei und verhaftet bleibe. Die nötige Remedur wurde freilich bald geschaffen, indem König Friedrich Wilhelm dem Rächer der gekränkten Standesehre die verdiente Begnadigung angedeihen ließ; bei gemeinen Mördern war das keineswegs eine Gepflogenheit. Wie kann man aber auch einen todeswürdigen Verbrecher mit einem konservativen Duellanten vergleichen? —

In diese entschwundenen Tage der näheren Vergangenheit führt uns ein eben erschienenes Urkundenwerk*) zurück, das neben massenhafter Spreu doch auch nicht wenig brauchbaren Weizen ergiebt: nämlich zahlreiche zwischen 1850 und 1852 verfaßte Originalschreiben von gewichtigen offiziellen Persönlichkeiten, wie von König Friedrich Wilhelm IV. und seinem Bruder, dem Prinzen von Preußen, von dem Petersburger preußischen Gesandten, General v. Rochow, von dem Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel und — last not least — von dem Haupt der geheimen Nebenregierung, dem Generaladjutanten von Gerlach. Hier giebt der letztere sich freilich nicht so unverhohlen und cynisch, wie in seinem unschätzbaren Memoirenwerk. Er spricht in seinen Briefen an den Ministerpräsidenten nicht, wie dort, von Otto v. Manteuffel als dem Oberteuffel, von seinen Brüdern als dem Unter- oder Ackerteuffel und als dem Flügelteuffel. Wenn aber auch seine Willenskundgebungen hier verbindlich in der Form sind und sich manchmal nur als „unmaßgebliche Ratschläge" einführen, so weiß man doch, woran man ist, wenn Gerlach Anweisungen über minutiöse Details und in allen Personalfragen giebt; er spricht eben im Namen jener allmächtigen Clique, die sich um die „Kreuz-Zeitung" gruppierte und die Interessen des Junkertums rücksichtslos vertrat. Bei ihrem gebräuchlichsten Namen, der sich in Gerlachs Memoiren oftmals findet, ist diese ritterliche Schar hier nur einmal genannt, in einem Schreiben ihres verhaßten Gegners, des Prinzen von Preußen. Darin beklagt dieser sich bei dem Ministerpräsidenten bitterlich über die Intriguanten, die in der damaligen Zollfrage hinter dem Rücken der Regierung den mittel- und kleinstaatlichen Regierungen in ihrem Widerstande gegen Preußen durch vertrauliche Mitteilungen den Rücken steiften, so z. B. dem darmstädtischen Regenten: „Von wem diese Mitteilung dem Regenten zugegangen ist, weiß ich nicht; es kann aber nur von der sogenannten Kamarilla herrühren oder von noch intimerer Seite, die ich nicht zu bezeichnen wage." Das Wesen der Sache aber gelangt, außer aus dem Schreiben Gerlachs selber, oft genug zum Ausdruck, z. B. klagt Rochow: „Wir stehen in einer ernsten Krisis, welche Ew. Excellenz nur durch große Festigkeit und Entschiedenheit entwirren können. Es handelt sich ganz einfach darum, ob die Regierung des Königs oder die politischen Parteien, welche eine wie die andere um den Sieg kämpfen, Meister bleiben wollen. Die letzteren machen Ansprüche, welche mit dem würdigen Bestehen jeder, vorzüglich aber einer konservativen Regierung unvereinbar sind. Diejenigen Männer, welche sich zu den konservativen Grundsätzen ausschließlich bekennen und das Vaterland allein gerettet, das Ministerium ausschließlich gehalten zu haben vermeinen, wollen das große Wort führen, die Direktion angeben und die Gesellschaft reglementieren. Ew. Excellenz erkennen das Gute und Tüchtige, was solche Männer seiner Zeit geleistet, gewiß dankbarer wie jeder andre an, aber diese Männer treten anmaßlich aus ihren Schranken, wenn sie jetzt die Autorität der Regierung angreifen und über Verrat klagen, sobald man sich nicht ihrem einseitigen Willen unbedingt unterwirft. Eine jede Frage wird von ihnen zur Existenzfrage gestempelt. Heute ist es die Preß-, morgen die Zoll- und dann wieder eine Kulturfrage." Ein andermal meint derselbe ganz naiv: „Der gute und ehrliche dicke General (Gerlach) ist in der Umgebung des Königs unentbehrlich, allein er sollte mit dem Ministerium, das er doch aufrichtig verehrt, einen Pakt schließen, dahin gehend, daß, sobald er mit demselben übereinstimmt, was die Regel ist, er die Meinung des Ministeriums dem Könige gegenüber mit aller seiner eigentümlichen Geistesstärke verteidigt, daß er jedoch im Fall einer entgegengesetzten Auffassung schweigt." Das möchtest Du wohl! Die Kamarilla dachte natürlich nicht im Traume daran, sich zum Sklaven ihrer dienstbaren Geister zu erniedrigen, und so ließ es sie natürlich auch furchtbar kalt, wenn man ihr vorwarf, „weniger antikonstitutionell" zu sein, als sie sein sollte. Denn sie dachte gar nicht ernstlich daran, wie Manteuffel, dem „im Absterben befindlichen parlamentarischen Wirken" vollends den Garaus zu machen. Der bestehende Zustand vielmehr war für sie geradezu ideal: für gewöhnlich blieb man hinter den Coulissen und dirigierte die Bewegungen der Minister; wenn diese aber mal gegen den Stachel löckten, so erschien man auf der parlamentarischen Bühne und zeigte den rebellierenden Lakaien die adligen Zähne. Dabei nahm denn der Wiederaufbau des junkerlichen Machtgebäudes ganz ungestört seinen Fortgang.

Und der König von Gottes Gnaden, für dessen Selbstherrlichkeit die „Kreuz-Zeitung" so wacker stritt? Er war längst vom Komödianten zur Marionettenpuppe herabgesunken. Er war längst nicht mehr der romantische Stürmer und Dränger, der sich in volltönenden Reden vermaß, allein Herr zu sein in Preußen. Der Schreck der Märztage ist ihm nie wieder aus den Gliedern gefahren; sobald sich erst herausgestellt hatte, daß das feige Bürgertum aus Angst vor dem sich regenden Proletariat hinter die preußischen Bajonette flüchte, hatten die „Kreuz-Zeitungs"-Ritter das Spiel gewonnen, womit sie schon am 30. März 1848 begonnen hatten. An diesem Datum nämlich schrieb Gerlach in sein „Tagebuch": „Erster Versuch zur Gründung eines „Ministère occulte" (geheimen Ministeriums)." Jetzt (1850—1852) hatte die Kamarilla den König längst zu ihrem willenlosen Werkzeug gemacht, zu ihrem Sprachrohr. Man brauchte ihn als Dekoration, um den Unverstand der Massen zu blenden: „Wir können den persönlichen König nicht entbehren," schreibt Gerlach den 4. November 1851 an den Oberteuffel. Man mußte sich freilich hüten, den Verdacht in ihm rege zu machen, daß es eine „Konspiration gegen seinen Willen" gebe; sonst aber konnte man mit ihm machen, was man wollte: schlimmsten Falls brauchte nur das rote Tuch geschwungen zu werden.

*) Preußens auswärtige Politik 1850—58. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten Otto Freiherr von Manteuffel. Herausgegeben von Heinrich v. Poschinger. I. Band: 1850—1852. Berlin 1902. E. S. Mittler u. Sohn.

schließen, können entsprechende Ausnahmen von der Ortspolizeibehörde bewilligt werden.

§ 8.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 9.

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1901 in Kraft.

Die baugewerblichen Arbeiter Berlins haben nun vom 10. bis 21. Dezember 1901 eine Baukontrolle vorgenommen, um festzustellen, inwieweit den Bestimmungen der Verordnung Rechnung getragen wird. Wir können gleich bemerken, daß die diesmalige Kontrolle, gegenüber der vorherigen, ein für die Arbeiter günstigeres Resultat aufweist.

Immerhin sind die Mißstände noch so groß, daß man es kaum für möglich halten sollte, derartige Zustände in der Metropole der Intelligenz — in Berlin — vorzufinden. So wurde in der Mirbachstraße 10 — im Osten Berlins — der Bau in einem kaum glaublichen Zustande gefunden. Laden und hinterer Hausflur waren unterkellert, aber nicht eine Kelleröffnung überwölbt. Als Laufgang für die Stein- und Mörtelträger diente ein etwa 3/4 Meter breiter Belag von schwachen Schalbrettern ohne Barriere und ohne genügende Absteifung. Geradezu lebensgefährlich waren die Ladeplätze der Stein- und Mörtelträger. Kein Schutzdach am ganzen Bau, nur der Vordereingang war in Mannshöhe notdürftig abgedeckt. Vom Ladeplatz zum Abort, ein niedriger Raum, der von Schmutz starrte, führte ein circa 30 Centimeter breiter, aus Staken zusammengeworfener „Laufgang". Keine Balkenlage abgedeckt, so daß der ganze „Bau" einem Vogelkäfig glich. Die geschilderten Zustände fanden sich noch bei einer vorgenommenen Nachkontrolle. Der Leiter des Baues meinte, da müsse denn eben die Polizei nachhelfen. Selbstverständlich wurde der Bau, nachdem das Vorstelligwerden bei der Revierpolizei nichts nutzte, dem Polizeipräsidium zur Kontrolle empfohlen. So könnten noch eine ganze Reihe Fälle angeführt werden, wo die Dinge ähnlich liegen. Bemerkt sei noch, daß den gesetzlichen Vorschriften bei Ausführung der Dachdecker- und Klempnerarbeiten selten oder gar nicht entsprochen wird, so daß es als Wunder gelten muß, wenn nicht mehr Unfälle passieren. Unsere Tabelle giebt hierüber erschöpfende Auskunft.

Der Polizeibehörde in Rixdorf und Schöneberg sind eine ganze Reihe von Beschwerden übermittelt; ob Abhilfe geschaffen wurde, sind wir nicht in der Lage angeben zu können.

Bei den Ausbauten müssen wir ebenso arge Verhältnisse konstatiren. Hier wird namentlich das Verbot der Coaksfrage fast überall übertreten. So wurde, wenn die Controleure auf das Ungesetzliche hinwiesen, der Coakskorb in fast allen Fällen entfernt um — wenn die Kontrolle den Bau verlassen — den Coakskorb sofort wieder an die vorherige Stelle zu setzen.

Bei der Kontrolle am 14. 12. 01 wurden auf dem Bau Scharrnstraße 7 (Maurermeister Herold) nicht weniger als 15 brennende Coakskörbe gefunden, im ganzen Bau verteilt; vor Coaksdunst und Qualm war der Treppenflur kaum passierbar. Ebenso waren die Zimmer beschaffen. In dieser „mörderischen Atmosphäre" arbeiteten die Maurer, Töpfer, Maler, Anschläger.

Auf dem Bau Lynar- und Tegelerstraßen-Ecke (Unternehmer Maler Sperling) wurden dieselben Zustände vorgefunden.

In der Menzelstr. 13, Friedenau (Unternehmer Stökel), brannten in der ersten Etage acht Coakskörbe. Die Maurer „filzten" trotzdem dabei. (18. 12. 01.)

Auf dem Bau Kantstr. 12 Charlottenburg (Kontrolle 17. 12. 01) brannten in den Etagen „Lunmen". Hier hat der Reviervorstand sogar mehrfach kontrolliert, trotzdem bestehen die Zustände weiter. Die skandalösesten Zustände sind jedoch in Rixdorf aufgefunden worden, hier sind die Bauten fast, könnte man sagen, von Coakskörben und Lunmen überschwemmt. Ziethenstr. 37, Elsenstraße 82. (Kontrolle 21. 12. 01.)

Die Aborte befinden sich bei den Ausbauten fast durchweg in erbärmlichem Zustande. In der Hainstr. 2 (Pankow) befand sich der Abort im Keller. Es war nur eine „Grube".

Was nützt den baugewerblichen Arbeitern die Polzeiverordnung unter solchen Umständen, die paar Mark „Strafe" zahlen die Unternehmer gern, schinden sie es doch vom Arbeiter doppelt und dreifach heraus. Hier ist ein energisches Eingreifen der Behörde am Platze. Freilich handelt es sich hier nicht um den Schutz für Streikbrecher, sondern um die strikte Durchführung der Bestimmungen zum Schutze für die baugewerblichen Arbeiter, und da haben es die Behörden in Preußen bekanntlich nicht so eilig.

Aber nicht nur das allein ist's; kannten doch selbst die behördlichen Organe noch nicht einmal die Bestimmungen der Baupolizei-Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten. Und andrerseits wissen einzelne Beamte gar nicht, in welchem Umfange die Verordnung Anwendung findet.

So bestritt in Charlottenburg ein Reviervorstand auf eine Beschwerde des Controleurs, daß die Berliner Verordnung für Charlottenburg Anwendung findet; während in der Verordnung ausdrücklich betont ist, daß innerhalb des Ringbahn-Bezirks die Berliner Polizeipräsidial-Verordnung gilt.

Das Ergebnis der Bautenkontrolle ist aus der unten folgenden Tabelle ersichtlich. Kontrolliert wurden 210 Rohbauten und 217 Ausbauten. Auf 16 Bauten wurde den Controleuren der Zutritt nicht gestattet.

Interessant ist in der ausführlichen Tabelle die Frage der Baubuden für die einzelnen Berufe. Auf den 217 kontrollierten Bauten waren die Berufe wie folgt beteiligt: Maurer beantworteten die Frage über verschließbare und vorschriftsmäßige Buden 206 mit Ja, 11 mit Nein. Die Maler beantworteten bei 99 Bauten 73 mit Ja und 26 mit Nein, Zimmerer bei 93 Bauten 83 mit Ja und 10 mit Nein, Töpfer bei 83 Bauten 35 mit Ja und 48 mit Nein, Stuccateure bei 88 Bauten 45 mit Ja und 43 mit Nein, Rohrleger bei 122 Bauten 108 mit Ja und 14 mit Nein. Hierbei sei bemerkt, daß namentlich bei den Rohrlegern von einer Bude gar nicht gesprochen werden kann, da in allen diesen Räumen Materialien aufgespeichert liegen; eine Ausnahme bilden nur die Maurer. Bei allen andren Berufen ist es ein Raum, im Neubau selbst belegen, der feucht ist, nur das ein verschließbarer Raum für die Sachen zum Aus- und Anziehen vorhanden ist. Am schlechtesten stehen die Töpfer in dieser Frage.

Bei unverglasten Fenstern waren die Maurer auf 6, die Maler auf 5, die Zimmerer auf 1, die Töpfer auf 3, die Stuccateure auf 23, die Rohrleger auf 14, die Putzer auf 23, die Anschläger auf 10, und die Einsetzer auf 2 Ausbauten beschäftigt.

Die Baupolizei-Verordnung bestimmt allerdings, daß vom 1. November bis 1. April nur auf Bauten gearbeitet werden darf, wo die Fenster und Thüren nach außen hin verschlossen sind.

Bei offenen Coaksfeuern arbeiteten die Maurer auf 9, die Maler auf 11, die Töpfer auf 21, die Putzer auf 10, die Stuccateure auf 14, Rohrleger auf 2, Glaser auf 2, Anschläger auf 3 und die Einsetzer auf einem Ausbau. Die Verordnung des Polizeipräsidenten wird von den Unternehmern garnicht beachtet und die Arbeiter scheuen vor Anzeigen der bestehenden Mißstände zurück, aus Furcht, die Arbeit zu verlieren.

So hat denn die vorgenommene Kontrolle der organisierten baugewerblichen Arbeiter bewiesen, daß die Forderungen: „Landesbaugesetz und vom Staat angestellte Controleure aus den Kreisen der organisierten Bauarbeiter" die Grundlagen zum wirksamen Schutz für das Leben und die Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter sein müssen.

G. L.

A. Rohbauten.

Sind auf dem Bau d. Unfall-Verhütungs-Vorschriften sichtbar ausgehängt?	%	Ist die Rüstung in gut. Zustande, gut abgesteift u. abgedeckt?	%	Sind d. Leitern in gutem Zustande, event. genügend gesteift u. wechselseitig gestellt?	%	Sind die Oeffnungen abgesperrt, Treppenhaus und Thüren verstellt?	%	Ist bei Treppenflurabdeckungen die vorletzte Rüstung noch in gutem Zustande?	%	Sind die Balkenlagen gestaakt resp. abgedeckt?	%	Sind genügend Schutzdächer vorhanden?	%	Sind die Ladeplätze u. Laufgänge der Bauarbeiter von oben geschützt?	%	1. Ist die Baubude in vorschriftsmäß. Zustande? 2. Ist ein Verbandskasten vorhanden?	%	Ist der Abort in vorschriftsmäßigem Zustande?	%	Ist bei Ausführung von Dacharbeiten eine Schutzvorrichtung vorhanden?	%	Entspricht die Schutzrüstung den polizeilichen Vorschriften (1,50 breit Brustwehr und Stoßbrett)?	%	1. Sind Sicherheitsgurte vorhanden und im Gebrauch? 2. Ist ein verschließbarer Raum vorhanden?	%
152 ja	72,38	134 ja	72,43	158 ja	92,39	67 ja	38,07	106 ja	72,60	116 ja	68,64	76 ja	49,35	84 ja	57,53	1. 160 ja	77,29	138 ja	66,34	42 ja	77,78	28 ja	56,00	1. 5 ja	11,11
58 nein	27,62	35 nein	18,92	12 nein	7,02	80 nein	45,45	40 nein	27,40	31 nein	18,34	64 nein	41,56	56 nein	38,36	47 nein	22,71	61 nein	29,33	12 nein	22,22	22 nein	44,00	40 nein	88,89
		16 {1 elemt. gut	8,65	1 {1 elemt. gut	0,59	29 ung.	16,48			22 ung.	13,02	14 ung.	9,09	6 ung.	4,11	2. 94 ja	45,41	9 {1 elemt. gut	4,33					2. 5 ja	14,29
																113 nein	54,59							30 nein	85,71

B. Ausbauten.

Sind auf dem Bau die Unfall-Verhütungsvorschriften sichtbar ausgehängt?	%	Sind verschließbare und vorschriftsmäßige Buden für d. Arbeiter (Maler, Stuccateure, Töpfer, Maurer, Zimmerer, Rohrleger usw.) vorhanden?	%	Ist die Abort-Anlage genügend?	%	Sind die Innenrüstungen genügend mit Quadrat- oder Rundsteifen gestützt? (Putzer.)	%	Sind die Laufgänge genügend breit und mit Brettern belegt?	%	Sind die Treppenposte gangbar?	%	Sind die Treppenläufe mit Brettern benagelt, rein von Kalk und Schmutz, und mit Geländer versehen?	%	Werden die Treppenläufe bei eintretender Dunkelheit beleuchtet?	%	Sind Oeffnungen genügend abgedeckt od. umfriedigt (Kochmaschinen-Oeffnungen, Kalkgruben, Balkonthüren)?	%	Stehen Gefäße zur Benutzung in den Etagen? (Urineimer)	%	Sind die Rüstungen für Maler, Stuccateure in vorschriftsmäßigem Zustande?	%	Sind verschließbare Räume für Maler, Töpfer, Stuccateure, Rohrleger vorhanden?	%	a) Wird in der Malerbude Arbeitsmaterial gelagert? b) Sind Waschvorrichtungen vorhanden?	%	a) Sind für die Töpfer genügend. u. in gutem Zustande befindliche Leitern vorhanden? b) Ist der Arbeitsplatz der Töpfer gut abgedeckt?	%	Arbeiten die Innenarbeiter bei unverglasten Fenstern?	%	Arbeiten die Innenarbeiter bei offenem Coaksfeuer?	%
122 ja	53,75	135 ja	60,55	172 ja	75,11	87 ja	84,46	103 ja	62,80	173 ja	83,18	109 ja	55,05	3 ja	1,99	81 ja	58,69	59 ja	27,57	105 ja	84,00	107 ja	65,64	a) 54 ja	63,53	a) 80 ja	93,02	42 ja	19,82	51 ja	26,29
105 nein	46,25	21 nein	9,41	42 nein	18,34	8 nein	7,77	52 n.	31,71	15 n.	6,25	61 nein	30,81	145 nein	96,03	26 nein	18,84	155 n.	72,43	6 nein	4,80	29 nein	17,79	31 nein	36,47	6 nein	6,98	170 n.	80,18	143 n.	73,71
		67 {teilweise	30,04	15 m.	6,55	8 m.	7,77	9 m.	5,49	22 m.	10,57	28 m.	14,14	3 {zum Teil	1,96	19 m.	13,77			14 m.	11,20	27 teilw.	16,57	b) 60 ja	46,51	b) 26 ja	29,21				
																12 teilw.	8,70							69 nein	53,49	63 nein	70,79				

Anmerkung: m. bedeutet: mangelhaft; ung.: ungenügend.

Friedrich Wilhelm IV. war also nur mehr eine traurige Ruine, wenn er auch, um einen Ausdruck seines Bruders zu gebrauchen, noch immer seine „Lieblingsidee du moyen-âge" (des Mittelalters) hegte und denn auch seine Pickelhaubenerfindung weiter vervollkommnete: wenigstens schreibt v. Rochow über einen Besuch bei dem alten Metternich auf dem Johannisberg u. a.: „Den Helm des Generals v. Schack setzte sich der Fürst auf und nannte ihn „eine schöne, antike Kopfbedeckung", wozu ich bemerkte, sie sei nach einer eigenhändigen Zeichnung des Königs gefertigt." Sonst betrieb er von persönlichen Plänen nur mehr die Wiedergewinnung des 1848 an die Schweiz übergegangenen Ländchens Neuenburg mit einem komischen Feuereifer, der diese monströse Idee geradezu als eine fixe erscheinen läßt. Von der famosen Affaire handelt in vorliegendem Bande ein Schreiben des Kabinettsrats Niebuhr, datiert 28. September 1851, an den Ministerpräsidenten, worin die politischen Kombinationen des Königs in dieser Frage zusammengefaßt sind; da heißt es u. a.: „Was erstrebt werden muß, ist ein Bouleversement der Schweiz mit vollkommenster Achtung der ehrwürdigen und echt konservativen Kantonalfreiheit. . . . In dem daraus wahrscheinlich folgenden Kampfe wird es vielleicht gelingen, die Schweiz zu dismembrieren, und dann kann daran gedacht werden, sie dem Deutschen Bunde zu erwerben." Wer den hirnverbrannten Blödsinn dieser Phantasien in seiner vollen Ausdehnung genossen hat, muß unvermeidlich auf den Gedanken kommen, daß der Verstand des Königs damals bereits sehr merklich aus den Fugen gegangen war: und der Anzeichen finden sich in dieser Sammlung noch mehr. So begreift man auch erst recht den tieferen Sinn eines Schreibens von Rochow an Manteuffel, worin er, am 3. Dezember 1852, den Empfang von drei königlichen Handschreiben anzeigt: „Ich habe diese erleuchteten Aktenstücke mehreremale lesen müssen, um sie zu verstehen. Ich bin zu alt und kann nicht mehr in verwickelten Ideen mich zurechtfinden." Daß die Junker späterhin trotz voller Bekanntschaft mit dem unheilbaren Irrsinn des Königs den Uebergang der Regierungsgewalt an seinen Bruder, von dem sie argwöhnten, daß er ihren Willen nicht thun werde, zu verhindern und verzögern suchten, ist ja genugsam bekannt.

So gab es also im damaligen Preußen der Junker bloß drei Regierungen auf einmal. Erstens die nominelle Staatsregierung unter dem Oberteuffel. Daß dieser bloß ein Kommis war, wußte die ganze politische Welt; z. B. äußerte sich der Dezembermann Louis Napoleon dem preußischen Gesandten gegenüber dahin: „Nicht Herr v. Manteuffel, sondern der König regiert." Er irrte sich aber in der Annahme, daß Manteuffel des Königs Kommis sei. Der König hatte zwar seine persönlichen Liebhabereien und seine unberechenbaren Launen: insofern kann man ihn Regierung Nr. II nennen. Durchweg aber war er nur ein Figurant in den Händen der das loyale Junkertum repräsentierenden Kamarilla: diese ist Regierung Nr. III und hat am ersten Anspruch auf den Namen einer wirklichen Regierung. Freilich ist auch mit ihr der anmutige Kreis noch nicht erschöpft, sondern um das Tohuwabohu vollständig zu machen, gab es noch eine preußische Regierung Nr. IV im Auslande; die Vormundschaft Väterchens. Zar Nikolaus I. war der angebetete Schutzpatron der preußischen Reaktion in der inneren, wie in der äußeren Politik. Daß in letzterer Preußen in jener Zeit sich vollständig in der sklavischen Abhängigkeit vom Zarismus befand, ist genugsam bekannt. In welcher Art der Zar sich aber auch mit den inneren Angelegenheiten des preußischen Staats beschäftigte, dafür geben die hier gedruckten Briefe Rochows, der viel eher als preußischer Gesandter in St. Petersburg, russischer Sekretär für das Departement Preußen genannt werden sollte, Material in Hülle und Fülle. So schreibt Rochow den 4. 1. 1851: „Der Kaiser würde es allerdings gerne gesehen haben, wenn im November 1848 beim Einrücken des Generals v. Wrangel in Berlin die Revolution in der Wurzel unterdrückt worden wäre. Der Kaiser ist ferner der Ansicht, daß es noch andre Momente gegeben habe, wo man keine schlechte Konstitution hätte zu geben brauchen. Er fühlt aber nach allem, was ich ganz ruhig, ohne gereizt oder empfindlich zu sein, Sr. Maj. entwickelt, sehr wohl, daß für uns der Weg, welchen sich Ew. Excellenz vorgezeichnet haben, der zweckmäßigste sein mag. Er wird Geduld haben und uns nicht drängen, weil er Vertrauen zu Ihnen hat; verlassen Hochdieselben sich darauf! Der Kaiser meint es gut und ehrlich mit uns, und deshalb soll man nicht gleich einen roten, dicken Kopf bekommen, den Bauch aufblasen und die Schultern bewegen, wenn der Kaiser eine unbewachte Aeußerung macht." Den 10. Oktober 1851 schreibt derselbe: „Der Kaiser rechnet mit Zuversicht darauf, daß das königl. Ministerium unter Hochdero Führung den Kammern gegenüber mit aller Entschlossenheit die Rechte der Krone verteidigen und die konservativen Grundsätze zur Geltung bringen lassen werde." Den 11. Oktober 1851 läßt der Zar folgenden Ukas nach Berlin ergehen: „Für die bevorstehende Not im westlichen Deutschland muß Rat geschafft werden; Aufstände züchtige man scharf, die Verführer der Volksklasse lasse man schonungslos bluten; Nachsicht gegen sie ist Grausamkeit gegen das Volk; unliebsame Kammern schicke man nach Hause."

Aber nicht bloß für diese principiellen Dinge, sondern auch für Personalfragen interessiert sich der Zar. So ist er höchst aufgebracht über die Ernennung des Generals v. Bonin zum Kriegsminister, und später verlangt er kategorisch die Abberufung des preußischen Gesandten in London; Rochow schreibt darüber am 15. Februar 1852: „Se. Maj. hält die Beseitigung des Wirkl. Geh. Rats Bunsen für unerläßlich und besteht darauf, wiefern noch ein vertrauter Austausch über allgemeine politische Angelegenheiten zwischen Preußen und Rußland stattfinden soll. Der Kaiser sprach mir sein Verlangen sehr kraß aus. Ich glaube aus Rücksicht für meinen allergnädigsten Monarchen diese delikate Sache in einem Immediatschreiben vortragen zu sollen, und ich hoffe, daß Ew. Excellenz dieses Verfahren nicht mißbilligen werden. Indem ich Hochdenselben das Schreiben an S. M. offen überreiche, lege ich noch ein zweites kürzeres bei und stelle es Ew. Excellenz weisem Ermessen anheim, welches von beiden Hochdieselben abgeben lassen wollen." Manteuffels weises Ermessen entschied sich dahin, dem König beide Schreiben zu unterschlagen. . . . Nach Nikolaus Tode (2. März 1855) schrieb der König an Bunsen: „Ich danke Gott auf den Knien, daß er mich würdigte, bei dem Tode des Kaisers Nikolaus tief betrübt zu sein." Und Gerlach sagte in der Kammer, daß man um den Zaren in Preußen wie um einen Vater getrauert habe, worauf ihm entgegnet wurde, daß manche im Zaren wohl ihren Ernährer betrauert hätten.

Was zwischen den vier Regierungen Preußens auch für Irrungen entstehen mochten, in einem Punkte waren sie alle einig: darin, daß man der „Revolution", rücksichtslos zu Leibe gehen müsse, wie sie sich äußerte nicht allein in Kundgebungen liberaler, demokratischer oder gar kommunistischer Anschauungen durch die Presse, sondern auch in der Institution der Geschworenengerichte, in der „Beraubung aller Jagdberechtigten"; in der Aufhebung der gutsherrlichen Rechte usw. Dagegen war nun jedes Mittel erlaubt: Abgesehen von der ultima ratio hatte man für gewöhnliche Zeiten außer der Gesetzgebung einerseits die Geistlichkeit, andrerseits die Polizei. Beide wirkten harmonisch zusammen, jene mit zielbewußter Verfrommungsthätigkeit, diese u. a. mit systematischer Lockspitzelei. Auch in dieser Urkundensammlung spielt eine saubere Spitzelaffaire eine hübsche Rolle. Bunsen berichtet über den „politischen Agenten" Lospée in London, den die preußische Regierung benutzte, um die deutschen Flüchtlinge zu bespitzeln, und der denn auch die nötigen Räubergeschichten lieferte. Der Oberteuffel hatte ihn freilich in dem Verdacht, kein kompletter Gentleman zu sein; den 29. Dezember 1851 schreibt er an Bunsen: „Der Wirksamkeit des Herrn Laspée wünsche ich allen möglichen guten Erfolg, kann indes nicht bergen, daß ich dabei einige Bedenken habe, welche durch die mir über ihn vermittelst von andren Seiten zugegangenen Mitteilungen gesteigert worden sind. Der Fall in betreff des Königsberger Falschmünzers ist hier in einer Weise geschildert worden, welcher die Schuld des Mißlingens auf Laspée fallen läßt. Ich bin weit entfernt davon, mich zum Schiedsrichter zwischen den hierbei beteiligten sauberen Persönlichkeiten aufwerfen zu wollen, rate aber zu großer Vorsicht, damit man nicht mit teurem Gelde eine Schlange bezahlt." Das ist freilich Bagatelle gegen die besseren Polizeischerze jener Zeit. Der meineidgewandte Dr. Stieber stieg seit seinen glänzenden Leistungen im Kölner Kommunisten-Prozeß immer höher auf der Rangleiter der Beamtenhierarchie. Durch den Ex-Lieutenant Hentze ließ Hinckeldey eine Verschwörung inszenieren, woraus dann der Ladenbergsche Prozeß entstand. Während die Kamarilla den Prinzen von Preußen durch den oft verurteilten, aber nie bestraften Spitzel Lindenberg überwachen ließ, hielt es der Ministerpräsident v. Manteuffel für durchaus erlaubt, dem Herrn v. Gerlach und dem Kabinettsrat Niebuhr durch seinen „Agenten" Techen interessante Depeschen stehlen zu lassen. Das geschah alles unter der erhabenen Devise „Mit Gott für König und Vaterland."

Der neue Sancho Pansa der Konservativen hat vollkommen recht: der Name der Junker ist mit ehernen Lettern in der preußischen Geschichte eingetragen. Wenn Herr v. Massow aber deshalb stolz darauf ist, ein Junker zu sein, so ist das eine Ansichtssache, über die sich mit ihm nicht ernstlich streiten läßt. Da er die bedeutende Entdeckung gemacht hat, daß Heine mit den Wanderratten die Juden gemeint habe, so wird er wahrscheinlich auch nicht die Junker gemeint wissen wollen, wenn Heine um Deutschlands Erlösung bittet von dem herrschenden Zwitterwesen:

„Von jenem Gamaschenrittertum,
Das ekelhaft ein Gemisch ist
Von gotischem Wahn und modernem Lug,
Das weder Fleisch noch Fisch ist."

Jedenfalls aber werden die Junker in dem Preußen der Reaktionszeit ihr Staatsideal erkennen. —

C.

Der Bankrott des socialistischen Ministerialismus in Frankreich.

Am Montag sprach die Genossin Klara Zetkin vor einer überfüllten Volksversammlung im Saale der „Urania" in der Wrangelstraße über das obige Thema. Die Rednerin führte unter Andrem aus: Frankreich schien lange Jahre hindurch das Versuchsfeld eines mechanischen, blinden Revolutionismus zu sein. Jetzt dagegen ist Frankreich das Versuchsfeld eines seichten Opportunismus geworden, der sich immer weiter von dem Boden des proletarischen Klassenkampfes entfernt.

In allen Ländern, wo die socialistische Bewegung sich kräftig entwickelt hat, tauchen gegenwärtig ähnlich opportunistische Tendenzen auf, wie in Frankreich. Dort wie anderwärts hat man den Gegensatz zwischen den beiden Strömungen dahin charakterisiert, daß die eine von den Leuten der praktischen, positiven Reformarbeit getragen wurde, die andre von den Kämpfern für das revolutionäre socialistische Endziel, den Anhängern der revolutionären Phase. Diese Auffassung ist meines Erachtens falsch. Es handelt sich nicht um das „Was" des Kampfes, sondern um das „Wie". Die Notwendigkeit praktischer Reformarbeit wird von keiner Seite bestritten, ebenso wenig aber die Notwendigkeit des Kampfes für das socialistische Endziel. Wohl aber fragt es sich: Sollen wir praktische Reformarbeit leisten, sollen wir unser Endziel antreten, losgelöst von allen bürgerlichen Parteien, als Partei des proletarischen Klassenkampfes, oder aber im Bunde mit bürgerlichen Parteien, angegliedert an einer Partei des Reformunfugs. Wohl aber fragt es sich: Wie sollen wir die praktische Reformarbeit bewirken? Als Mittel zu dem Zwecke, das Proletariat in jeder Hinsicht kampfestüchtiger für den Umsturz der kapitalistischen Ordnung zu machen oder als Mittel, den Socialismus stückweise in die kapitalistische Gesellschaft einzuschmuggeln, sie auszuhöhlen. Zur richtigen Bewertung der einen und der andren Auffassung tragen die Vorgänge bei, die sich in Frankreich mit dem Eintritt eines Socialisten in eine bürgerliche Regierung abgespielt haben. Sie sind in vieler Hinsicht lehrreich. Man suchte die Beteiligung Millerands an der Regierung damit zu rechtfertigen, daß man sagte: Die Republik war in Gefahr, und es galt, sie durch den Eintritt eines Socialisten ins Ministerium zu schützen. Ich bin entgegengesetzter Ansicht. Durch den Theaterlärm Déroulèdes dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Die Republik war zur Zeit der Dreyfus-Krise nicht ernstlich in Gefahr, denn es gab ja keine der ausschlaggebenden socialen Klassen in Frankreich, die ein Interesse am Sturz der Republik gehabt hätte. Hat sich doch die dritte Republik in glänzender Weise als Sachwalterin der Großbourgeoisie bewährt, hat sie doch für das Kleinbürgertum gesorgt und die Bauern mit sich ausgesöhnt.

Auch das Proletariat hielt an der Republik fest in der Erkenntnis, daß sie die geeignetste Staatsform ist, unter der das Proletariat die politische Herrschaft ergreifen kann. Aber wenn man selbst annimmt, daß die Republik zur Zeit der Dreyfuskrise in Gefahr war, so war deshalb der Eintritt eines Socialisten in das bürgerliche Ministerium noch nicht notwendig. Eine Regierung, welche die Republik schützen wollte, hätte auch ohne die Teilnahme eines socialistischen Ministers die Unterstützung aller Socialisten gefunden, wie die Haltung der Guesdisten gegenüber dem Kabinet Bourgeois beweist.

Rednerin schildert dann die socialpolitische Gesetzgebung unter Millerand, seinen schwächlichen Versuch, den Zehnstundentag einzuführen und die Nachtheile des Streikgesetzes für die Gewerkschaften.

Ein anderer Gesetzentwurf, welcher sich mit den Gewerkschaften befaßt, giebt den Arbeitern das Recht, im Wege der Civilklage gegen solche Unternehmer vorzugehen, die sich Eingriffe in die Koalitionsfreiheit gestatten. Die Prozeßkosten machen dieses Recht für Viele illusorisch. Dabei muß dem nur mit geringen Strafen bedrohten Unternehmer die böswillige Absicht des Eingriffs nachgewiesen werden. Auf der andren Seite giebt der Entwurf dem Unternehmer ebenfalls das Recht, gegen Sperren und Boykotts der Arbeiter civilrechtlich zu klagen, und er belegt die Arbeiter, welche sich bei Ausübung des Koalitionsrechts „Drohungen und Gewaltthätigkeiten" schuldig gemacht haben sollen, mit schweren Strafen. — Er hebt den Paragraphen des Strafrechts nicht auf, der die „Beeinträchtigung der Freiheit der Arbeit" mit harten Strafen belegt. In dem Entwurf betreffend die Alters- und Invalidenversicherung wagte Millerand bezüglich der Rentenansprüche der ausländischen Arbeiter nicht einmal so weit zu gehen, als es Bismarck in dem deutschen Gesetz gethan hat.

Wenn wir die socialpolitischen Leistungen des Kabinet Waldeck-Millerand würdigen wollen, so müssen wir fragen, wie es sich gegenüber den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter verhielt. Hier war die Regierung, der ein socialistischer Minister angehörte, stets bereit zum Arbeitertrutz. Auf der Insel Martinique wurden die Lohnsklaven mit Flintenkugeln bedacht. Bei dem Streik in Chalons wurde ebenfalls geschossen. Beim Ausbruch des Bergarbeiter-Streiks in Montceau-les-mines sandte die Regierung ein so starkes Militäraufgebot in das Streikgebiet, als ob es sich um die Bekämpfung eines Feindes handelte. Aber nicht genug damit, Soldaten waren als Streikbrecher thätig. — Eine weitere Schandthat der Regierung, der ein socialistischer Minister angehörte, war die Ausweisung des italienischen socialistischen Abgeordneten Morgari, der in Marseille den Streik der italienischen Hafenarbeiter in ruhige Bahnen zu lenken bestrebt war.

Die Regierung der republikanischen Verteidigung hat eine ebenso schmachvolle Kolonialpolitik getrieben wie ihre Vorgänger, sie hat sich mit den andren europäischen Mächten an dem Hunnenzuge nach China beteiligt. Sie hat sich der ekelhaftesten Bauchrutscherei vor dem Zaren schuldig gemacht, und der socialistische Minister hat ergebenst die Hand des russischen Despotismus gedrückt, an der das Blut der russischen Freiheitskämpfer klebt. Ein Ueberblick über die Thaten der republikanischen Sammlung zeigt, daß sie nicht eine socialistische Reformpolitik getrieben hat, die im Interesse der socialistischen Zukunft liegt, sondern daß sie bürgerliche Reformpolitik trieb im Interesse der kapitalistischen Gegenwart.

Durch den französischen Korrespondenten des „Vorwärts" haben die Leser erst jetzt erfahren, daß Millerand in seiner letzten Wahlrede das Princip des Klassenkampfes außer acht gelassen hat; der Korrespondent schließt daraus mit Recht, daß Millerand nicht mehr auf dem Boden des modernen revolutionären Socialismus steht. —

Die Rednerin weist darauf eingehend nach, daß die Regierung der republikanischen Verteidigung an keine der Aufgaben ernstlich herangetreten ist, welche die Dreyfus-Affaire gestellt hatte und deren Lösung im Interesse der gesunden Entwicklung und Sicherstellung der Republik lag. Im Kampfe gegen die aufgedeckte Korruption knickte sie zusammen. Die Amnestie setzte die Fälscher und Meineidigen außer Verfolgung und versagte den Opfern der Schurken ihre Rehabilitierung.

Und nun die Frage: Wie hat der Ministerialismus auf die socialistische Bewegung, wie auf das Proletariat zurückgewirkt? Hat er die Socialisten einiger, geschlossener, aktionsfähiger gemacht, die Werbekraft des Socialismus erhöht? Hat er das Proletariat zu stärkerem Klassenbewußtsein und zielbewußteren Klassenkampfe geführt? Er hat die Socialisten nicht geeint, sondern gespalten und die bestehenden Spaltungen bedeutend verschärft. Die Aktionskraft der Socialisten im Parlamente ist schwächer geworden und gelähmt. Vor Millerands Eintritt in das Kabinett gingen im Parlament alle Gruppen geschlossen, einmütig gegen den gemeinsamen Feind vor. Jetzt dagegen sind die Socialisten gespalten in ministerielle und antiministerielle.

Aber trotzdem liegen die Verhältnisse in Frankreich nicht so, daß man am Fortschritt des Socialismus verzweifeln müßte. Während der socialistische Ministerialismus auf der einen Seite zersetzend, lähmend und trübend gewirkt hat, hat er auf der anderen Seite alle Gruppen geeinigt, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Was jahrelang nicht möglich schien, das ist jetzt zur Thatsache geworden: Die „Arbeiterpartei", die „Revolutionäre socialistische Partei" haben sich zusammen mit sieben kleineren Organisationen zu einer einheitlichen Partei zusammengeschlossen, der „Unité socialiste révolutionaire". Darin liegt die Bürgschaft, daß das französische Proletariat die Krise, die ihm der socialistische Ministerialismus gebracht hat, überwinden wird.

Der zweistündige, wirkungsvolle Vortrag fand lebhaften Beifall. Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung sendet den französischen Genossen, die sich in der Unité socialiste révolutionaire zu einer Partei auf dem Boden des socialistischen Klassenkampfes vereinigt haben, ihren Glückwunsch und den Ausdruck ihrer brüderlichen Sympathie. Die Versammlung erblickt in dieser Einigung die Gewähr dafür, daß die gegenwärtige schwere Krise für das socialistische Frankreich im letzten Ende eine heilsame, stärkende und klärende Wirkung haben wird, indem sie alle wirklich socialistischen Elemente in Frankreich zusammenfaßt und durch die organische Verbindung der praktischen Gegenwartsarbeit mit der Anstrebung des revolutionären socialistischen Endziels der französischen Arbeiterklasse die Rolle einer gefürchteten und geachteten Macht sichert, die sie kraft ihrer glorreichen Vergangenheit, ihres Opfermutes und ihrer politischen Reife mit vollem Recht beanspruchen darf.

Litterarisches.

Klien, Dr. Ernst. Minimallohn und Arbeiterbeamtentum. (Abhandlungen des Staatswissenschaftlichen Seminars zu Jena, herausgegeben von Prof. Dr. J. Pierstorff. Erster Band, 2. Heft.) Jena 1902. Gustav Fischer. 232 S. 8°.

Die genannte Schrift hebt sich weit über die Mehrzahl deutscher Doktordissertationen heraus. Sie ist nicht wie die meisten derselben eine Kompilation, eine Neugruppierung von Bekanntem, sondern sie kann wissenschaftlichen Wert beanspruchen, sie behandelt einen in der Litteratur bis vor kurzem völlig vernachlässigten Gegenstand: neue Entwickelungsformen im Lohnsystem. Mit diesem Lobe soll aber nicht verschwiegen werden, daß der Schrift auch viele Mängel einer Erstlingsarbeit anhaften, daß sie vor allem das vorliegende Material nicht erschöpft, und der Verfasser nicht den vollkommenen Ueberblick über die Litteratur besitzt. Andererseits aber muß anerkannt werden, daß die Frage nicht wie die meisten socialpolitischen Abhandlungen ohne Zusammenhang mit der theoretischen Nationalökonomie behandelt wird. Es ist auch das Bemühen des Verfassers zu erkennen, der juristischen Seite und zwar der civilrechtlichen wie der verwaltungsrechtlichen Rechnung zu tragen. Bei den stark von einander abweichenden Grundanschauungen des Verfassers und des Recensenten ist es unmöglich, mit der Kritik an allen Punkten einzusetzen. Wir beschränken uns deswegen auf die Feststellung, daß die theoretischen Ausführungen über die Lohnfrage fast ausschließlich von der sogenannten Wiener Schule Karl Mengers beeinflußt sind und daß der Verfasser zwar Marx kennt, aber ihn viel zu wenig ausnützt. Zum überwiegenden Teil stützen sich die Ausführungen auf socialem Gebiete auf Quellen zweiter Hand, auf Notizen aus der „Socialen Praxis". So wird auf Grund dieser die Tarifbewegung in der deutschen Gewerkschaftswelt zwar ausführlich, aber nicht immer richtig dargestellt. Die wichtigen Quellen für die Tarifgeschichte, der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer", der „Grundstein", der „Zimmerer", die übrige baugewerbliche Presse, der Jahresbericht des Buchbinder-Verbandes für 1900, die Protokolle der Gewerkschaftskongresse, die Streikreglements, dann Maiers Geschichte des Verbandes der Glacé-Handschuhmacher kennt der Verfasser nicht. Ebenso hat er unbenutzt gelassen das Material in der Wiener „Socialen Rundschau", die wichtigen Schriften von Métin und Pierre Leroy-Beaulieu über die australischen Arbeiterverhältnisse, das Buch von Vigouroux: la concentration des forces ouvrières dans l'Amerique du nord. (Die Zusammenfassung der Arbeiterkräfte in den Vereinigten Staaten von Amerika), aus dem er nicht nur über die Tarifverhältnisse, sondern auch über die Kontrollmarke belehrt worden wäre. Ueber letztere hätten ihn auch Satorius v. Waltershausens Bücher über die nordamerikanischen Gewerkschaften und über den Socialismus in Amerika zu anderen Ansichten gebracht. Die kritiklose Benutzung der „Socialen Praxis" hat auch vereinzelte Unrichtigkeiten zur Folge, so z. B. die Mitteilung über die Schaffung eines Brauertarifs für Nürnberg, Fürth und Umgebung, der noch immer „in Aussicht steht." Andrerseits enthält das Buch eine Reihe wertvoller Original-Mitteilungen, was man sonst bei Doktordissertationen nur selten antrifft.

Das Buch teilt sich in drei Abschnitte: einen theoretischen Teil, einen praktischen und einen speciellen Teil. Auf den theoretischen Teil näher einzugehen, können wir uns ersparen, da wir hier nicht über Grenzmuzen und über die theoretischen Differenzen handeln wollen. Wichtiger ist schon der praktische Teil. Hier unterscheidet, unserem Ermessen nach unrichtig, der Verfasser den Minimallohn, so weit er bisher in Erscheinung getreten, als obrigkeitlichen Minimallohn, korporativen Minimallohn und singulären Minimallohn. Unter obrigkeitlichem Minimallohn versteht er zwei zu einander nicht gehörende Erscheinungen, die Anordnung eines Minimallohns durch die Staatsgewalt für das Staatsgebiet und die Sicherung des Minimallohns für die Arbeiter, die im Dienste des Staates direkt oder durch Vermittelung von Unternehmern thätig sind.

Hier wäre eine genauere Scheidung notwendig gewesen. Unter dem korporativen Minimallohn versteht er den den Lohn betreffenden Teil der zwischen Unternehmern und Arbeitern zu stande gekommenen Tarifverträge. Hier wäre unsres Erachtens von einem Minimallohn nur dann zu sprechen, wenn auch bei Accordarbeit ein Minimum des Zeitlohnes unter allen Umständen garantiert wäre. Am meisten Einwendungen scheint der singuläre Minimallohn zu verdienen, die Schöpfung einzelner Unternehmer hinsichtlich des Lohnes. Eine Reihe angeführter Beispiele für singulären Minimallohn gehören weit mehr in das Gebiet der Wohlfahrtseinrichtungen und zwar der Gewinnbeteiligung, des Prämiensystems usw., als in das Gebiet des garantierten Minimallohns.

Beim staatlichen Minimallohn sind natürlich sehr eingehend die australischen Verhältnisse dargestellt. Wenn der Verfasser es als einen Nachteil betrachtet, daß unter der Herrschaft des Minimallohnes die Existenzbedingungen für die Hausindustrie aufhörten, so scheint er zu übersehen, daß dieses Resultat socialpolitisch erfreulich und sicherlich kein unbeabsichtigtes war. Dem Verfasser ist dagegen zuzustimmen, wenn er die Einführung des Minimallohnes auf dem Wege der Gesetzgebung in den kleinen von den Hauptpunkten der Industrie ungeheuer weit entfernten australischen Kolonien für leichter möglich hält, als in den im engsten wirtschaftlichen Zusammenhang miteinander stehenden Staaten Europas. Von sehr großem Werte ist die Zusammenstellung der Minimallöhne staatlicher Verwaltungen und der verschiedenen Kommunen. Wir finden hier den vortrefflichen Bericht des k. k. arbeitsstatistischen Amtes „Der Arbeiterschutz bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen," über den wir nach seinem Erscheinen berichtet haben, im wesentlichen bis auf den heutigen Tag ergänzt. Besonders beachtenswert sind die Rückwirkungen kommunaler Lohnpolitik bei großem Umfang der gemeindlichen Betriebe auf die Lohnhöhe der bei privaten Unternehmer thätigen Arbeiter. Auch hierüber findet sich interessantes Material. Bei Behandlung der korporativen Minimallöhne hätte auf Seite 80 bemerkt werden müssen, daß lediglich die englischen Gewerkvereine im Gegensatz zu den kontinentalen, vor allen zu denen des deutschen Sprachgebietes die Aufnahme von Mitgliedern nicht abhängig machen von dem Nachweis fachlicher Leistungsfähigkeit. Es ist nicht mit der genügenden Klarheit zum Ausdruck gebracht, daß dieses Princip lediglich in England, und auch da bloß bei den „alten Gewerkschaften" herrscht. Das weitausgebildete Netz von Tarifverträgen in den deutschen Baugewerben beweist klar, daß eine Voraussetzung dieser Art zur Erzielung korporativer Minimallöhne nicht erforderlich ist. Gegen Einzelheiten zu polemisieren, müssen wir uns schon des Raumes wegen ersparen. Wir wissen z. B. nicht, warum man „so gewichtige Bedenken gegen die Angliederung der Einigungsämter an die Gewerbegerichte" vorzubringen hat, um so weniger liegt dazu ein Anlaß vor, als nach dem neuen Gewerbegerichts-Gesetze dieser Zusammenhang nun bedeutend loser ist als früher. Das Kapitel über den korporativen Minimallohn wäre unverhältnismäßig besser ausgefallen, wenn der Verfasser die gewerkschaftliche Arbeiterpresse studiert hätte und nicht lediglich aus der „Socialen Praxis" seine Kenntnisse gezogen hätte. Trotz alledem ist diese Zusammenstellung sehr wertvoll, ja, die einzige dieser Art, die wir besitzen. Bei dem Kapitel über den singulären Minimallohn wollen wir uns nicht weiter aufhalten, das Notwendigste, was zu bemerken war, haben wir ohnehin schon angegeben.

Von ganz besonderer praktischer Bedeutung ist der specielle Teil des Buches, der von dem kommunalen Minimallohn in Deutschland und vom Arbeiter-Beamtentum handelt. Hier ist in fleißigster Weise zusammengetragen all' das, was die einzelnen Städte hinsichtlich der Lohnpolitik und des dauernden Arbeitsvertragsverhältnisses in de letzten Jahren geleistet haben. Ueber die Leistungen des Staates konnte er da, es ist nicht seine Schuld, nur wenig sagen, aber er hätte die Verhältnisse im Bergbau wenigstens erwähnen sollen. Wir wünschen, daß zum mindesten dieser specielle Teil von allen Vertretern der Arbeiterinteressen in den kommunalen Vertretungen genau gelesen wird, nicht etwa deshalb, weil auf diesem Gebiete etwa vieles erreicht ist, sondern weil man in zahllosen Orten zeigen kann, daß im Vergleich zu einigen wenigen noch garnichts geschehen ist, um die socialen Pflichten des kommunalen Arbeitgebers seinen Arbeitern gegenüber zu erfüllen. Vor allem ist die Fülle des Materials, das zum Teil bisher überhaupt nicht erhältlich war, an diesem Teil des Buches zu rühmen.

Wenn der Verfasser an mehreren Stellen die Reichsversicherungen ein Stück staatlicher Minimallohnpolitik nennt, so können wir ihm nicht beistimmen. Doch wir wollen weitere Differenzen mit dem Autor nicht anführen, denn das Buch ist sicherlich trotz der Ausstellungen, die wir machen mußten, ein wertvolles und nützliches, dessen Verbreitung nur zu wünschen ist. ad. br.

Soziale Rechtspflege.

Unverbindliche Vertragsabrede. In der Druckerei von Mückenberger ist die gesetzliche Kündigungsfrist einheitlich für alle gewerblichen Angestellten durch Fabrikordnung ausgeschlossen. Beim Engagement des Buchdruckers W. wurde diesem zwar ein Exemplar der Arbeitsordnung ausgehändigt, gleichwohl verabredete der Obermaschinenmeister mit W. eine 14tägige Kündigungsfrist, ohne den Chef zu unterrichten. Als W. ohne Kündigung entlassen war, klagte er gegen Mückenberger beim Gewerbegericht und beantragte, ihm eine Lohnentschädigung wegen vertragswidriger plötzlicher Entlassung zuzubilligen. Der Beklagte bestritt jede Verpflichtung und berief sich auf die Arbeitsordnung. Der Obermaschinenmeister sei nicht berechtigt gewesen, mit einzelnen Arbeitern andre Bedingungen, als sie die Arbeitsordnung vorschreibe, zu verabreden. Der als Zeuge vernommene Obermaschinenmeister hielt sich auf Grund seiner Stellung zu der Abrede befugt. — Die Kammer VIII unter dem Vorsitz des Dr. Meier wies indessen die Klage mit folgender Begründung ab: Die Verhandlung habe ergeben, daß der Obermaschinenmeister der Firma Mückenberger nicht berechtigt gewesen sei, entgegen den Bestimmungen der Arbeitsordnung mit dem Kläger eine vierzehntägige Kündigungsfrist zu verabreden. Die Abrede sei deshalb für die Firma nicht rechtsverbindlich, so daß der Kläger daraus irgend welche Ansprüche an die Firma Mückenberger nicht herleiten könne.

Dem Brauereiarbeiter H. waren durch Betriebsunfall die Nase und beide Kiefer zertrümmert worden. Er bezog infolgedessen von der Brauerei-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente von 75 Proz. Die Berufsgenossenschaft setzte dann die Rente auf 33⅓ Proz. herab, weil eine wesentliche Besserung eingetreten sei, und das Schiedsgericht verwarf die Berufung des Verletzten, worauf dieser Rekurs einlegte. Das Reichs-Versicherungsamt holte noch ein Obergutachten des Professors Scheebe ein, der folgendes ausführte: Kläger klage über fortwährende Kopfschmerzen, die die ganze Stirn einnähmen, und behampte, in jeder Woche höchstens drei Tage arbeitsfähig zu sein. Er könne schlecht schlafen und müsse mit offenem Munde schlafen und atmen. Thatsächlich sei H.s Gesicht durch die Verletzungen stark entstellt. Er habe eine hochgradige Sattelnase und der Zugang zur Luftröhre sei so beengt, daß sofort Erstickungserscheinungen aufträten, wenn man ihm den Mund zuhalte. Daß H. Kopfschmerzen habe und schlecht schlafe, sei ihm zu glauben. Etwas übertreibe er indessen wohl. Er habe auch die Untersuchung durch falsche Angaben erschwert. Der Nasenbefund habe keine Besserung ergeben. Die Form der Nase ließe sich durch eine kleine Operation verbessern; H. weigere sich aber, eine solche vornehmen zu lassen. Eine Herabsetzung der Rente wäre gerechtfertigt. 33⅓ Proz. der Vollrente wären indessen zu wenig. Er schätze die Erwerbsbeschränkung des Klägers auf 40 bis 45 Proz. — Das Reichs-Versicherungsamt hob daraufhin die Vorentscheidung auf und verurteilte die Brauerei-Berufsgenossenschaft, H. 45 Proz. der Vollrente zu gewähren.

Der Dachdecker Helduser hatte sich beim Reinigen eines Brauereischornsteins durch einen Schrotschuß verletzt, den er nach gewohnter Art in den Schornstein senden wollte, bevor er an das Auskrayen ging. H. verlangte später von der Brauerei-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente, wurde aber mit der Begründung abgewiesen, daß er kein bei ihr versicherungspflichtiger Arbeiter, sondern ein selbständiger Unternehmer sei. Er betreibe selbständig das Gewerbe des Reinigens von Kesseln und Schornsteinen. Er arbeite zwar selber mit, beschäftige aber auch mehrere Arbeiter, die er entlohne. Der Unfall sei seinem eignen Betriebe zuzurechnen, nicht dem der Brauerei. — Das Schiedsgericht wies die Berufung ab. Das Reichs-Versicherungsamt gab jedoch seinem Rekurse statt und verurteilte die Brauerei-Berufsgenossenschaft zur Rentengewährung. Das Rekursgericht führte aus: H. könne nach seinen ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht als selbständiger Gewerbetreibender angesehen werden, wenn er auch bald hier, bald da die Reinigung von Fabrikschornsteinen und -Kesseln selbständig übernehme. Er müsse als Accordant jedes einzelnen Fabrikbesitzers gelten, mit dem er er in geschäftliche Verbindung trete. Samt seinen Hilfskräften sei er jedesmal dem Betriebe der betreffenden Unternehmer zuzurechnen, wo er gerade Reinigungsarbeiten vornehme, im vorliegenden Falle also dem bei der Beklagten versicherungspflichtigen Brauereibetriebe.

Der Maurer Klein, der sich bei einer Arbeit im Brauereibetriebe den linken Arm gebrochen hatte, bezog zuletzt von der Brauerei-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente von 25 Proz. Diese wurde ihm gänzlich entzogen, nachdem ein Sanitätsrat Gerstheim folgendes Gutachten erstattet hatte: Klein klage noch über Schmerzen und Schwäche im verletzten Arm, besonders aber über Schmerzen der Bruchstelle. Er wolle die alte Kraft nicht wieder erlangt haben. Indessen erscheine es nicht glaubhaft, daß noch erhebliche Schmerzen beständen; die Muskeln hätten sich gekräftigt, und die Besserung sei so wesentlich, daß die Rente eingestellt werden könne. — K. legte nach vergeblicher Berufung beim Reichs-Versicherungsamt Rekurs ein. Der Sektionsvorstand der Berufsgenossenschaft berief sich darauf, daß Kläger jetzt sogar etwas mehr verdiene, als vor dem Unfall. Darauf erwiderte Kläger, daß es gar nicht darauf ankomme. Er arbeite jetzt wieder als Maurer im Baugewerbe, und da seien die Löhne überhaupt höher als im Brauereibetriebe, wo er zur Zeit des Unfalls beschäftigt gewesen sei. Auch blieb der Kläger dabei, daß er bei der Arbeit noch Schmerzen empfinde. — Das Reichs-Versicherungsamt wies den Rekurs zurück, und der Vorsitzende Friedensburg führte begründend aus: Es möge ja sein, daß K. noch geringe Beschwerden im Arm habe. Zweifellos wären sie aber nicht derart, daß sie ihn bei der Arbeit beeinträchtigten. Die Entziehung der Rente sei deshalb berechtigt.

Das beliebteste aller **Hustenmittel** sind infolge des angenehmen Geschmacks und der durchaus sicheren Wirkung meine echten **Spitzwegerichsaft-Bonbons.** Nur allein zu haben bei **Gustav Behm**, Berlin O., Frankfurter Allee 120. **G. R. Prenzel**, Prinz Handjerystr. 47 u. Hermannstr. 227, **Carl Ehlers**, Wiesenstraße 32, und **Otto Schultz**, Chausseestraße 84, vis-a-vis der Liesenstraße.

SCHUTZMARKE

Berliner Bock-Brauerei Act.-Ges.

Abteilung I **Tempelhoferberg.** **Berlin.** Abteilung II **Chausseestrasse.**

64. Bockbier-Saison 1902.

Eröffnung des Ausschanks am **Tempelhoferberg:**

Sonnabend, den 1. Februar 1902.

Einzig! **Unerreicht!** **Original!**

Täglich grosser Bock-Jubel. — Zwei Militär-Kapellen.

Unser weltberühmtes **Original-Bockbier** kommt nur in **Korkflaschen mit Kapseln** zum Verkauf 3342L*

20 Flaschen für 3 Mark.

Nur echt, wenn in der Flasche zwei Böcke eingeblasen. — Kleine Gebinde an Private zu Festlichkeiten etc.

Wir empfehlen gleichzeitig unsre anerkannt vorzüglichen Flaschenbiere und offerieren:

Prima goldklares **Lagerbier** . . . = 30 Flaschen **3** Mark.
Prima **Versandbier** (Münchener Art) = 30 Flaschen **3** Mark.
Hochfeines **Pilsener Bier** . . . . = 30 Flaschen **3** Mark.

Gefällige Bestellungen werden von beiden Abteilungen prompt ausgeführt.

Telephon-Anschluss

Abteilung I Amt 6 No. 3019. Amt 9 No. 9191. Abteilung II Amt III No. 2623.

Die Direktion.

1838 1902

J. Baer,

BERLIN N. (3184S*

26, Badstraße 26,

Ecke Prinzen-Allee,

u. **37 Schliemannstrasse 37**

empfiehlt, wie bekannt, in reellster Ausführung und allerbilligsten **streng festen** Preisen:

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Arbeitssachen.

Grosses Stofflager

zur **Anfertigung nach Mass.**

Elegante Gesellschafts- und Jackett-Anzüge — Elegante Paletots und Joppen.

„Phänomen"

Cigaretten sind anerkannt

die **Besten.** 3360L*

Verkaufspreis:

2, 3, 4, 5, 6, 8 u. 10 Pf. pr. Stück

Phänomen-Cigaretten sind ges. gesch.

Zu haben i. d. Cigarrengesch.

(Vor Nachahmungen wird gewarnt.)

Gesundheit ist Reichtum!

Dampf- und Heissluft-Bäder

wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen **Erkältung, Gicht und Rheumatismus.**

Lieferung an sämtliche Krankenkassen. 3192L*

Bad Frankfurt 136 Gr. Frankfurterstr. 136 | **Ritter-Bad** 18. Ritter-Strasse 18.

Specialität:

Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder

täglich für Damen und Herren.

Schlafmöbel-Bazar „Baby"

Invalidenstr. 160, Belle-Alliancestr. 107, Reinickendorferstr. 20, Frankfurterstr. 115 | Beusselstr. 18, Tauenzienstr. 7a, Oranienstr. 31, Brunnenstr. 92

Fertige **Betten** und **Metallbettstellen** für Kinder und Erwachsene.

Teilzahlung gestattet. Bei größeren Raten **Cassapreise.** Lieferant des Post-Spar- und Vorschuß-Vereins.

Für Berlin und Vororte.

Eine laufende Rente

sichert sich, wer für eine alte, bestrenommierte Versicherungs-Gesellschaft

Feuer-, Einbruchdiebstahl- und Glas-Versicherungen

vermittelt, oder die Adressen nachweist. 100/10*

Tüchtige Berufs-Agenten werden mit Fixum u. hoher Provision angestellt. Offerten unter S. W. 74 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8

Chronisch Kranke,

besonders Haut-, Harn-, Nieren-, Geschlechts-, Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Blut-, Nerven- u. Frauenleiden, Blutarmut, Bleichsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit gutem Erfolge behandelt in [3118L*

Remeles Naturheilanstalt „Drachenkopf" Eberswalde b. Berlin.

Telephon-Anschluss Eberswalde No. 143.

Während der Wintermonate **sehr billige Preise.** Centralheizung. Aerztl. Leitung. Prospekt u. Heilberichte gratis durch die Direktion.

Rum

sehr kräftig und von feinstem Aroma, per ¾ Ltr.-Fl. 1,00 bis 5,00.

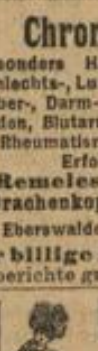
Punsch und **Glühwein,** Fl. 75 Pf. bis 4,00.

F. Willumeit,

Alexanderstr. 62. [3209Q*

Potsdamerstr. 49 (Eing. Kurfürstenstr.)

Skalitzerstr. 135. — Reichenbergerstrasse 87 u. Löwestr. 12.



Masken-Garderobe

von

Carl Ernst,

Köpnickerstr. 126, 1 Tr.

Grösste Auswahl!

Billigste Preise!

Vorzeiger dieser Annonce erh. 10% Preisermässigung.

Kaufen Sie nur auf Teilzahlung!!

Herrenuhren, Damenuhren, Weckeruhren, Regulateure, Brochen, Ringe, Ketten (wöchentl. 1 Mk.).

Juhre & König Warschauerstr. 72.

Freunden eines wirklich guten und sehr wohlbekömmlichen Traubenweins empfehle garantiert unverfälschten

1899er Rotwein.

Derselbe kostet in Fässern v. 30 L. an **58 Pf. per Liter**

u. in Kisten von 12 Fl. an 60 Pf. pr. Fl. von ca. ¾ Ltr. einschl. Glas. 2 Flasch. u. Preisl. versende pr. Post. Zahlreiche Anerkennungen. [100/0*

Carl Th. Oehmen, Coblenz a. Rh. 311 Weinbergsbesitzer u. Weinhdlg.

Musik-Werke mit auswechselbaren **Notenscheiben,** geringe Teilzahlung.

31262* **J. Kurzberg,** Landsbergerstr. 13, part.

Max Brinner Jerusalemerstr. 42 **Brunnenstr. 6.**

Großartige Auswahl von Kinder-, Sport- und Puppenwagen, Kinderbettstellen, best. Fabrikat, billigst. Teilzahlung gestattet.

Ball- und Cottillon-Artikel.

Sämtlicher Festlichkeitsbedarf für Vereine. Masken-, Dekorations-, Scherz-, Zauber-, Cottillon-Artikel in großer Auswahl. Billige Preise.

Paul Schimlick, Berlin, **Friedrichstr. 235.**

Tel. VIa Nr. 11 873. [3347Q*

Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. ganzjährige Garantie.

Teilzahlung Woche 1 Mark.

Bruno Steffens, Neanderst. 21

Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert elegante

Herren-Garderobe

nach Maß, auch der Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorrätig.

Tomporowski, Schneidermeister, Neanderstr. 16, II

Montag und Dienstag Inventur-Ausverkauf

zu beispiellos billigen Preisen.

Eine Partie hochapart gestickter

Plüsch-Portieren

Komplette Dekoration (2 Chal 1 Lambrequin)

Mk. 12,00 (bisher 18 M.)

Eine Partie **gestickter Wollstoff-Garnituren,** komplette Dekoration (2 Chal 1 Lambrequin) Mk. **7,50** (bisher 10,50 Mk.)

Teppich-Haus Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

Johannisthal.

Raus Park-Restaurant.

Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** Kaffeeküche. Kegelbahn. Ausspannung. Saal für Vereine u. Versammlungen.

W. Krügers Restaurant,

Vereinslokal, Naunynstraße 6. Sonntags: **Familien-Abend.**

Roh-Tabak,

sämtliche **Utensilien** zur

Cigarren-Fabrikation

offeriert in der **größten Auswahl** zu den **billigsten Preisen**

W. Hermann Müller,

22 Alexanderstraße 22.

Roh-Tabak

31982*] Max Jacoby, Strettigerstr. 82

Roh-Tabak.

Grösste Auswahl. — Billigste Preise.

F. Wienert Nachf. L. Lehmann

23 Rosenthalerstr. 23. [*

Roh-Tabak.

Die Restbestände der Liquidation sollen einzeln billig verkauft werden.

Lindenstädt, Kaiserstraße 39/40. *

Agentur und Kommission

31912*] Lager von

Roh-Tabak,

Hermann Herholz,

Berlin, Brunnenstr. 188.

Rohtabak.

Größte Auswahl. — Billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität.

Sämtliche [3194Q*

Fabrikations-Utensilien.

Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.

Heinrich Franck,

185 Brunnenstr. 185.

Galerie 20 Pf.

berühmter Frauen

in zwanglosen Heften.

Heft 1 bis 3 durch jede Buchhandlung zu beziehen, sowie direkt von Goldsteins Verlag, Nowawes b. Potsdam. [2136

Herren-Anzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung.

J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, parterre. 31262*

Zahn-Klinik,

Preise beliebige Teilzahlung.

Olga Jacobson, Invalidenstrasse 145

Dr. Schünemann,

Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.** Sprechstunden: ½12—½3, ½6—½8.

Frauenleiden heilt mit gutem Erfolge Frau **Grundmann,** prakt. Naturheilkundige, Leiterin der Frauen-Heilanstalt, **Köpenickerstr. 72.** Sprechst.: Dienstags und Freitags, nachm. 4—8.

Metzners Korbwaren-Fabrik.

Berlin, Andreasstraße 23.
II. Geschäft: Brunnenstr. 95
III. Geschäft: Beusselstr. 67.
IV. Gesch.: Leipzigerst. 54/55
V. Geschäft: Stralauerstr. 19

Kinderwagen, Kinderbettstellen.

Pappenwagen, Leiterwagen, Sportswagen, Kinderstühle.

Teilzahlg. gestattet.

Grösstes Lager Berlins.

Muster d. gratis.

1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Specialgeschäft in der Branche als das meinige nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren aus und ist meine Konkurrenz garnicht in der Lage, diese 1000 Mk. zu verdienen.

Den verehrten **Gesellschaften** und **Vereinen** die ergebene Anzeige, daß ich den **Betrieb meiner Personendampfer selbst wieder übernommen habe** und bitte, daß mir früher geschenkte Vertrauen wieder zuwenden zu wollen. 33459

Vermietung der Dampfer zu Ausflügen u. Partien

zu soliden Preisen.

L. Kahnt, Dampfschiff-Reederei und Schiffswerft

Stralau, Tunnelstr. 34. — Telephon Amt VII 880.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**

empfiehlt **Einrichtungen von 250 bis 10 000 M.** 3191Q*

Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, coulanteste Zahlungsbedingungen

Ausstellung für Spiritus-Industrie

und

technische Verwendung des Spiritus

Berlin N., See-Strasse

Institut für Gärungsgewerbe

vom 8. bis 16. Februar 1902.

Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 4½ Uhr nachmittags.

Die Hausfrau findet
- Spiritus-Lampen
- Spiritus-Kocher
- Spiritus-Kochherde
- Spiritus-Bratöfen
- Spiritus-Bügeleisen etc.

3287L*

Der Landwirt findet
- Spiritus-Locomobilen
- Maischapparate
- Destillierapparate etc.

Jedermann findet
- Spiritus-Heizöfen
- Spiritus-Motore
- Spiritus-Automobile
- Spiritus-Beleuchtungs-Anlagen etc.

Alle Apparate, vom grössten bis zum kleinsten, werden im Betrieb vorgeführt.

Eintrittspreis:

Für Dauerkarten . . . . . 2 M.
Für Tageskarten . . . . . 1 M.
Für Sonntagskarten . . . . 50 Pf.

Im Vorverkauf:

Tageskarten . . . . . 75 Pf.
Sonntagskarten . . . . . 40 Pf.

erhältlich im ständigen Ausstellungs- und Verkaufslokal der Centrale für Spiritus-Verwertung, Friedrichstr. 96 (gegenüber d. Central-Hotel) und in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

In der Ausstellung abgestempelte Billets werden bei Einkäufen in dem ständigen Verkaufslokal der Centrale für Spiritus-Verwertung in Berlin, Friedrichstr. 96 (gegenüber dem Central-Hotel), sowie während der Ausstellung im Ausstellungs-Gebäude selbst zum Preise von

1,50 M. bei Dauerkarten,
0,70 M. bei Tageskarten,
0,40 M. bei Sonntagskarten

in Zahlung genommen.

Blutarme, Schwache u. Kranke

etc. trinken mit größtem Erfolg

California-Blutwein

Kein Präparat, feurig süßer

Kraft-Rotwein

Natürlichstes Stärkungsmittel von köstlichem Geschmack.

Kräftigt Körper und Geist. 3221Q*

Schafft Mut und Kraft.

½ Flasche **2** M., ¼ Flasche **1.25** M.

Husten, Heiserkeit,

Verschleimung, Rauheit i. Halse, Asthma, **Reichels** rühmlichst bekannte

Bonbon-Pectoral

von großer Lösungskraft, wirken sicher lindernd und beruhigend, wohlthätig für **Lunge** und **Hals** 1 Pfund **1.20** M., ¼ Pfund **30** Pf.

Keuchhusten wird sofort gemildert, die Hustenanfälle werden bedeutend schwächer und seltener und die Dauer des Hustens wesentlich verkürzt durch den unschädlich wirkenden

Schwarzen Johannisbeersaft

Flasche **50** Pf. und **1.—** Mark.

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.

Umsonst versende meinen großen Prachtkatalog mit vielen Neuheiten **Solinger Stahlwaren,**

Gold- u. Silberwaren, Haushaltgeräte etc. etc.

14 Tage zur Probe!

vers. 1 Rasirmesser Nr. 27, fein hohl, incl. Scheide 1,50 M. Nr. 29, extra hohl 2 M. Nr. 33 ff. hohl 2.50 M. Sicherheitsm. D.R.G.M. (Verletzung unmöglich) 3 M. Nichtgefallendes Betrag zurück.

Emil Jansen, Fabrik- u. Versandhaus **Wald-Solingen 24.**

UNVERGLEICHLICH füllkräftig und haltbar sind **GUSTAV LUSTIG'S** echt chinesische **MANDARIN-MONOPOLDAUNEN**

gesetzl. geschützt das Pfd. M. 2.85. Daunen, wie alle inländischen garantiert neu. 3–4 Pfd. zu großem Oberbett ausreichend. Viele Anerkennungen. Verpackg. umsonst. Versand nur allein von der ersten Bettfedernfabrik m. elektr. Betrieb.

GUSTAV LUSTIG, BERLIN S. PRINZENSTR. 46.

Goldene u. silberne Medaille Paris 1900.

Bei **Husten, Asthma.**

Lungenleiden, Bronchialkatarrh, Atemnot, Heiserkeit, Auswurf, Keuchhusten, Verschleimung, Kehlkopfleiden, Kratzen im Halse, Nachtschweiß, Influenza, Erkältung und Schlaflosigkeit ist die Heilkraft von **Pohls Brombeersaft** für Erwachsene und Kinder erprobt; a Flasche 1 Mark, bei 6 Flaschen die **7. gratis. Pohls Brombeerbonbons,** wohlschmeckend u. schleimlösend ¼ Pfd. 80 Pf.

Georg Pohl, Droguerie, Berlin, Brunnenstr. 157.

Goldene u. Silberne Medaille Paris 1900.

Einen Weltruf hat seit Jahren Georg Pohl's Appetit-Kräuter-Magen-Bitter-Liqueur (**Lebensretter**) Derselbe ist ein vorzügliches, wohlschmeckendes u. kräftigendes, diätisches Genußmittel, für jung u. alt, Gesunde und Kranke. Bestens empfohlen bei Magenbeschwerden. Tausendfach erprobt und anerkannt, à Fl. 1,50 M., bei 6 Flaschen die 7. Fl. gratis. Nur bei

Georg Pohl, Droguerie, Berlin N., Brunnenst. 157

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. **Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin

Sociales.

Der ortsübliche Tagelohn.

Der „ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter" ist eine Größe, die zwar mit dem wirklichen Lohn des einzelnen Arbeiters meist recht wenig zu thun hat, die aber dennoch im Leben des Arbeiters eine große Rolle spielt. Dieser ortsübliche Tagelohn ist vielfach maßgebend für die Bemessung des Krankengeldes, der Unfallrente und für die Zugehörigkeit zur Invalidenversicherung.

Bei der Gemeinde-Krankenversicherung wird nach diesem Lohne das Krankengeld berechnet.

Bei Betriebsunfällen wird die Unfallrente nach dem „ortsüblichen Tagelohn" bemessen in solchen Fällen, wo der Verletzte zur Zeit des Unfalles keinen Lohn oder weniger als den „ortsüblichen Tagelohn" verdiente.

Bei der Invalidenversicherung gehören alle Mitglieder freier Hilfskassen, soweit sie in Accord, Stunden- oder Tagelohn arbeiten, derjenigen Klasse an, die dem 300fachen Betrage des „ortsüblichen Tagelohnes" entspricht.

Der ortsübliche Tagelohn wird von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzt und amtlich bekannt gemacht nach Anhörung der Gemeindebehörde. Der Sinn der Vorschrift ist, daß die Gemeindebehörde über die am Orte bestehenden üblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter Auskunft geben und die Festsetzung sich nach diesen thatsächlichen Verhältnissen richten soll. Beim Mangel jeglicher Lohnstatistik ist das natürlich ein sehr unzuverlässiges Verfahren, und die Erfahrung lehrt, daß die Festsetzungen oft ziemlich willkürlich erfolgen. Neben dem Mangel einer sicheren Unterlage mag daran wohl auch der Umstand mit schuld sein, daß die Unternehmer, die ja zu den Lasten der Versicherung beizutragen haben, an der möglichst niedrigen Festsetzung des „ortsüblichen Tagelohns" interessiert sind. Jenachdem der Einfluß interessierter Kreise an den maßgebenden Stellen stärker oder schwächer ist, dürfte sich das an den Lohnfestsetzungen zeigen. Deshalb haben unsre Vertreter im Reichstage schon längst gefordert, daß diese amtlichen Festsetzungen für's ganze Reich zusammengestellt und dem Reichstage vorgelegt werden, um seiner Kritik zugängig gemacht zu werden.

Dem Reichstage ist jedoch noch nichts vorgelegt worden, wohl aber hat das kaiserliche Statistische Amt kürzlich eine solche Zusammenstellung veröffentlicht, die Gelegenheit zu kritischen Bemerkungen bietet.

Da fällt vor allen Dingen auf, daß die Festsetzung für Berlin verhältnismäßig niedrig ist. Es sind festgesetzt für männlich erwachsene Arbeiter (über 16 Jahre) 2,90 M.; für weibliche 1,60 M. An vielen Orten, wo die Löhne sicher nicht höher sind wie in Berlin, ist dennoch ein höherer ortsüblicher Tagelohn festgesetzt. So für Männer in Bremen. Stadt Bremen 3,50 M., Bremerhaven 3,60 M., bremisches Landgebiet 3,10 M. In Kiel auf 3,20 M., Helgoland 3,25 M.; auf 3 M. in Hamburg, Bergedorf, Altona, Flensburg, Sonderburg, Sande, Schiffbeck, Wandsbeck, Harburg, im ganzen Kreise Geestemünde, in Leipzig, Stuttgart und noch manchen andern Orten. Für die Zugehörigkeit zur Invaliden-Versicherung spielt diese Differenz allerdings keine Rolle, alle diese Lohnfestsetzungen bleiben innerhalb der 4. Klasse (850 bis 1150 M. Jahresverdienst), wohl aber kann sie für die Unfallrente schon beträchtlich werden.

Schlimmer ist es für die weiblichen Arbeiter. Mit 1,60 Mk. gehören sie in die 2. Klasse der Invalidenversicherung (350 bis 550 M. Jahresverdienst); in Bremerhaven z. B. sind aber für sie 2,40 M. festgesetzt, in Bremen 2 M., ebenso in Hamburg, womit sie in die 3. Klasse der Invaliden-Versicherung kommen. Selbst in sehr kleinen Orten findet man für weibliche Arbeiter höhere Lohnfestsetzungen wie in Berlin. So 1,80 M. in württembergischen Kleinstädten und sogar Dörfern, in den Landkreisen Münster und Recklinghausen, im Kreise Achim des Regierungsbezirks Stade und im ganzen Kreise Blumenthal desselben Regierungsbezirks sogar 2,10 M. Von 1,60 M. bis 1,75 M. sind Festsetzungen für die Arbeiterinnen in vielen kleinen Gemeinden und selbst ganzen Kreisen zu finden.

In Beziehung auf die Krankenversicherung machen sich die niedrigen Festsetzungen besonders fühlbar in den weiten ländlichen Gegenden, wie Ost- und Westpreußen und Schlesien, wo die „ortsüblichen Tagelöhne" selbst für Männer bis auf **1 Mark** heruntergehen. Dort herrscht die Gemeinde-Krankenversicherung stark vor und ist vielfach auch für den qualifizierten Arbeiter die einzige Möglichkeit der Versicherung gegen Krankheit, und da die Gemeinde-Krankenversicherung nur die Hälfte dieses ortsüblichen Tagelohnes als Krankengeld zu gewähren braucht, so bekommt der kranke Handwerker ein tägliches Krankengeld bis herunter zu **50 Pf.**

Schwerer Schaden kann auch einem Unfallverletzten entstehen durch die oft auffällig großen Differenzen, die in benachbarten Bezirken in den Festsetzungen auftreten. So ist, wie schon erwähnt, im ganzen Landgebiet Bremen der ortsübliche Tagelohn für Männer und 3,10 M. festgesetzt; in den angrenzenden hannöverschen und oldenburgischen Gebieten geht er auf 2 M. herunter. Ein Arbeiter, der stets im bremischen Gebiet gearbeitet hat, arbeitet vorübergehend, z. B. jetzt infolge der Krise aus Not für einen geringen Lohn in einem benachbarten oldenburgischen Orte und verunglückt dabei, so wird seine Unfallrente nach dem Jahreslohne von 600 M. festgesetzt; wäre er, nur wenig davon entfernt, im bremischen Gebiet verunglückt, dann würde seine Rente nach dem Satze von 930 M. festgesetzt. Solche auffälligen Schwankungen finden sich in vielen Bezirken; so, um nur noch ein Beispiel anzuführen, in der Amtshauptmannschaft Meißen 2 M. und in der angrenzenden Amtshauptmannschaft Großenhain 1,40 M.

Es wäre sehr erwünscht, wenn für diese Festsetzungen Grundsätze zur Anwendung kämen, bei denen die Interessen der Arbeiter besser gewahrt würden.

Die Schwindsucht im Steinmetzgewerbe. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, welch außerordentlich große Opfer die Lungenerkrankungen, namentlich die Schwindsucht, bei den im Steinmetzgewerbe beschäftigten Arbeitern erfordert. Soeben veröffentlichten die Dresdener und Leipziger Organisationen der Steinmetzen neue Statistiken, deren Ziffern mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, wie gesundheitsgefährlich dieser Beruf ist — und zwar, wie wir hinzufügen können, fast ausschließlich infolge des Mangels an gesetzlichem Gesundheitsschutz für die Steinarbeiter.

Die Dresdener Organisation teilt in Nr. 5 des „Steinarbeiter" vom 1. Februar mit, daß von den 583 Mann, auf die sich die Erhebungen erstreckten, in der Zeit vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1901 134 = 23 Proz. 7745 Tage krank waren, das ergiebt durchschnittlich 57⅘ Tage Krankheit. Auf Hals- und Lungenleiden kommen 44 Proz. der Erkrankungen, auf Rheumatismus 14, Verletzungen 13, verschiedene Krankheiten 28 Proz. Ferner starben 30 Mann, deren Durchschnittsalter 38 Jahre 6⅓ Monate war. Trennt man aber diejenigen, die erst im späteren Alter zum Steinmetzberuf übergingen, von denen, die ihn nach Beendigung der Schulzeit erlernt haben, so ergiebt sich für letztere ein Durchschnittsalter von nur 36 Jahren 23 Tagen. Nach 8—10jähriger Berufsthätigkeit treten die Folgen der Staubeinatmung und Erkältungen auf, denen die Steinarbeiter bei ihrem Berufe ausgesetzt werden: die Atmungsorgane erkranken. „Da nun diese Krankheiten," heißt es im Dresdener Bericht, „einen sehr langsamen Verlauf nehmen, so ist die Not in den meisten Fällen kein seltener Gast. Sich nur einigermaßen gegen diese Not zu schützen, ist der Steinmetz nicht im stande, weil durch die alljährliche Arbeitslosigkeit das im Sommer Ersparte wieder aufgebraucht wird." Das Durchschnittsalter der Beschäftigten betrug 31 Jahre 11¼ Monate. Es sind nur wenige, die ein hohes Alter aufweisen; nur 3,6 Proz. waren über 50 Jahre, davon nur 0,7 Proz. über 60 Jahre alt — und diese älteren Leute hatten entweder früher andren Berufen angehört oder sind entweder Poliere oder selbständig gewesen, konnten sich also mehr schonen und schützen wie die andren. Dabei sind im Dresdener Bezirk, dank der Organisation, die Arbeitsverhältnisse geregelte! Mit Recht sagt daher der Bericht: „Welch' grauenhafte Zustände können enthüllt werden, wenn zurückgebliebene Gegenden mit gleichfalls so sorgfältig und so umfassend gesammeltem statistischen Material an die Oeffentlichkeit treten können!"

Im Leipziger Bezirk waren von den 280 an der Statistik Beteiligten 76 = 27 Proz. krank, davon ein Sechstel lungenkrank und halsleidend. Das Durchschnittsalter der Gestorbenen (sie wurden sämtlich von der Berufskrankheit: Schwindsucht dahingerafft) betrug 38¾ Jahre.

Der Bundesrat ist mit der Ausarbeitung von Schutzbestimmungen für die Steinarbeiter beschäftigt. Ob dabei wieder solche Karikatur eines Arbeiterschutzes herauskommen wird wie bei der Gastwirtsgehilfen-Verordnung?!

Agrarische Gemütsmenschen.

Die Zahl der Unfälle steigt in der Landwirtschaft rapide. Es ist das u. a. auf die Zunahme der Maschinen zurückzuführen, die in den landwirtschaftlichen Betrieben zur Anwendung gelangen. Nach dem kürzlich erschienenen Bericht der Verwaltung der ostpreußischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft betrug die Zahl der angemeldeten Betriebsunfälle im Jahre:

1898	1899	1900
6981	**7213**	**7535**

Von den 2355 Unfällen, die im Jahre 1900 entschädigt wurden, betrafen: männliche Erwachsene 1718, weibliche Erwachsene 549, männliche Jugendliche 68, weibliche Jugendliche 20. Es werden also sehr viele weibliche Arbeitskräfte bei Arbeiten beschäftigt, wo die Unfallgefahr recht groß ist. Daß bei den Unfällen an Maschinen vielfach die Schuld an dem Fehlen von ausreichenden Schutzvorrichtungen liegt, ist zweifellos. Wie groß das Interesse an einer möglichst schnellen Verringerung der Unfälle in agrarischen Kreisen ist, dafür wurde auf der Generalversammlung, die der „Ostpreußische landwirtschaftliche Centralverein" in Königsberg abhielt, ein drastisches Beispiel gegeben. Dort wurde nämlich betreffend die Schutzvorrichtungen an landwirtschaftlichen Maschinen mit besondrer Berücksichtigung der am 1. April 1902 in Kraft tretenden Polizeiverordnung vom 15. August 1896 beschlossen, den Centralverein zu ersuchen, an den Oberpräsidenten von Ostpreußen mit der Bitte heranzutreten, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Polizeiverordnung noch über den 1. April hinauszuschieben, eventuell sie umzuändern, da einmal die Fabriken nicht im stande seien, die verlangten Vorrichtungen an den Maschinen anzubringen, und da zweitens die Vorrichtungen **derartig teuer** wären, daß der kleine Landwirt nicht im stande sei, sie anzubringen.

Weil die Schutzvorrichtungen Geld kosten, sollen sie, da der Geldbeutel der Agrarier über alles geht, nicht angebracht werden, sondern die Landarbeiter sollen auch weiterhin Leben und Gesundheit unnötiger Gefahr aussetzen. Das ist echt patriarchalische Arbeiterfürsorge, die ja bekanntlich von den ostpreußischen Gutsbesitzern in ganz besonderem Maße geübt werden soll.

Londoner Statistik. London, 29. Januar. Der erste Teil des Schlußberichts über den Census vom Jahre 1901 ist gestern erschienen. Er enthält die Statistik Londons, oder genauer gesagt, der 28 Bezirke, die der Grafschaftsverwaltung von London unterstehen, sowie der City (innere Stadt). Ihre Bevölkerungszahl beläuft sich auf 4 536 541, was eine Zunahme von 308 224 in den letzten zehn Jahren bedeutet. Die Zunahme entfällt zum großen Teil auf die Vorstädte. Von den inneren Bezirken haben abgenommen: die City 10779; Westminster 18 958; Finsbury 8518; Holborn 7376; Marylebone 10 782; Schoreditsch 6090. — Die weiblichen Personen übersteigen die männlichen um 252 371. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder (von 5 bis 14 Jahren) beträgt 777 867, davon sind 386 168 Knaben und 391 699 Mädchen. — Die Zahl der Personen, die über 75 Jahre alt sind, beträgt 52 679 (18 776 männliche, 33 903 weibliche.) Im Alter von 100 Jahren und aufwärts giebt es 19 weibliche und 5 männliche Personen. — Von den männlichen Personen sind 1 292 594 unverheiratet, 777 383 verheiratet und 72 128 verwitwet. Von den weiblichen Personen sind 1 403 842 unverheiratet; 798 097 verheiratet und 197 517 verwitwet. — Die Zahl der Ausländer beträgt 135 377; 79 804 männliche und 55 573 weibliche. — Von der männlichen Bevölkerung im Alter von über 10 Jahren waren beruflich thätig 83,6 Proz.; von der weiblichen 37,4 Proz.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Rixdorf hält Montag, den 3. Februar, abends 8½ Uhr, bei Mercier, Steinmetzstraße 113, seine regelmäßige Versammlung ab. Zum Vortrag kommt: 1. Frauenerkrankungen vor und während der Ehe. 2. Wie schützt sich die Frau vor Ueberbürdung. Das Referat hält die Naturärztin Fr. Pickel. Gäste haben Zutritt.

Gleichzeitig zur Mitteilung, daß der Verein am 15. Februar in demselben Lokal einen Maskenball zu feiern gedenkt.

Der Vorstand.

Ordensschwestern in der Irrenpflege. Schon häufig hat man Klagen gehört über die großen Mängel der Verwaltung, wenn geistliche Orden die Leitung der Wohlfahrtspflege in der Hand haben, sowohl bei der Kindererziehung, wie bei der Fürsorge für Irrsinnige, Idioten und andre Unheilbare. Diesmal ist es ein französischer Bericht des Dr. A. Marie, Chefarzt und Inspektor für Irrenanstalten, welcher ein trauriges Bild entrollt von den Verhältnissen in den Anstalten Westfrankreichs, welche von der Kongregation „zum guten Erlöser" geleitet werden, in Caen, St. Lo, Pont l'Abbé und Bégard. Zunächst ist das Pflegepersonal durchaus ungenügend, sowohl der Zahl nach als in seinen Leistungen, freilich kann man von Dienenden, welche mit schwerer Arbeit außerordentlich überlastet sind und für die Anstrengungen einen Lohn von 20—30 Fr. (16—24 Mark) erhalten, keine mustergültige Pflege beanspruchen. Die Schwestern selbst zeigen im Verkehr mit den Kranken alle Vorurteile, welche die Wissenschaft längst entkräftet hat. Die unbequemen Kranken nennen sie schlecht und boshaft und behandeln sie danach. Dazu kommt, daß, um an dienenden Pflegerinnen und Schwestern die geringste Zahl zu beschäftigen, „die Irren in großen Räumen möglichst zahlreich zusammenleben, ohne Rücksicht auf die Natur ihres Leidens. So können denn einige aufgeregte Kranke die Harmlosen und sonst ganz Ruhigen erschrecken und schwer schädigen — kein Wunder, daß Zwangsjacken und ähnliche Marterinstrumente häufig zur Anwendung gelangen. Um so seltener dagegen wohlthuende Bäder, wie denn die Reinlichkeit überhaupt viel zu wünschen übrig läßt. Dem Arzte wird, wie bei geistlichen Orden so häufig, keinerlei Einfluß auf die Führung der Anstalt gegönnt. Daß unter den Kranken sich viele befinden, die arbeiten, ist an sich gewiß gut und nützlich, leider jedoch werden sie in geradezu empörender Weise überanstrengt und der Lohn für die erzwungenen Leistungen ist unglaublich gering. In einem dieser Häuser wurden jedem Kranken — es waren ihrer zwanzig bis dreißig — für den Monat 1 Frank gleich 80 Pf. berechnet! Eine Zahlung dieser Art „Lohn" zu nennen, hat sicher noch niemand anders je für möglich gehalten. Die christliche Barmherzigkeit und Menschenliebe darf man eben nicht in den geistlichen Anstalten suchen wollen.

Witterungsübersicht vom 1. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde	782	O	3	wolkig	−1	Haparanda	772	W	2	bedeckt	2
Hamburg	782	NNO	2	bedeckt	−2	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	780	ONO	4	hlb.bed.	−2	Cork	780	O	3	hlb.bed.	3
Frankf./M.	774	NO	6	wolkenl.	−3	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	768	O	7	Schnee	−6	Paris	770	NO	5	wolkenl.	−2
Wien	773	NNO	2	Schnee	−6						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 2. Februar 1902.
Vielfach heiter bei etwas strengerem Frost und scharfen nordöstlichen Winden; zeitweise etwas Schnee. Berliner Wetterbureau.

Dienstag, den 4. Februar, endet der

Ausverkauf

zu ausnahmsweise herabgesetzten Preisen.

— Näheres die Anschlagsäulen. —

Tennis-Anzüge für Costümfeste 6 Mk.

BAER SOHN

Anzüge nach Maass von 24 Mk. an.

Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

Chausseestrasse 24a/25. 11. Brückenstrasse 11. Gr. Frankfurterstrasse 20.

WARENHAUS A. WERTHEIM

Leipzigerstr. 132—135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27—29. — Oranienstr. 52—55.

In dieser Woche:

Wäsche-Ausstellung.

Extra-Preise
von Montag bis Sonnabend für:

Damenwäsche

Taghemden Prissenf. m. Spitze 1.50, m. Handlanguett. 2 Mk.
Achselschluss mit Spitze 1.50, 1.85, mit Sticker. 2.35
mit handgestickten Languetten od. Passen 2.20 Mk.
Stickerei-Garnierung 2.40, 2.75, 3 Mk.
Achselschluss m. handgestickt. Madeira-Passe 2.50 Mk.
Nachtjacken Parchend m. Besatz 1.35, mit Stickerei 2.25
„ Dimiti mit Spitze 1.80, Renf. m. Stickerei 2.40
Beinkleider Parchend mit Spitze 1.35, mit Stick. 1.45 Mk.
Renforcé mit Stickerei, gerade Form 1.65, 1.95 Mk.
runde Form 1.65, 2, 2.50 Mk.
Parchendröcke 2.10, 2.60, 3.40 Mk.
Stickereiröcke 3.25, 4, 4.75, 7.75
Spitzenröcke mit imit. Valenc.-Spitzen, Ein- u. Ansatz 6.75

Herrenwäsche

Herrenhemden Hemdentuch mit Falten 1.95 Mk.
Nachthemden m. buntem Besatz 2.40, 3.25 Mk.

Kinderwäsche

Mädchenhemden 9 Grössen 70 Pf. b. 1.55
Mädchenbeinkleider 9 Gr. 95 Pf. b. 1.50
Knabenhemden kurze Aerm. 6 Grössen 65 Pf. b. 1.15
„ „ lange Aerm. 5 Grössen 1.30 b. 1.60

Bettwäsche

	Louisiana	Demiti
Deckbettbezug ca. 130/200 cm	3.50	4 Mk.
Kissenbezüge ca. 83/83 cm	1.10	1.25
Laken ca. 160/225 cm, Dowlas	2 Mk.	
„ „ Reinl. halbgebleicht	3.15 Mk.	
„ „ Reinlein. gebleicht	4.10 Mk.	
Bettgarnitur Damast, fertig genäht 1 Deckbett u. 2 Kissen	7.75 Mk.	

Tischtücher

	ca. 110/125	130/130	130/160 cm
Halblein. Drell	1.20	1.50	1.90 Mk.
Reinl. Jacquard gesäumt	ca. 115/125 1.70	130/130 1.90	130/160 cm 2.50 Mk.
Reinl. Damast mit Durchbruch	130/130 3.30	130/160 4.40	160/160 cm 5.40 Mk.

Servietten Grösse 60/60 cm.

Halbleinen Drell Dtz. 4 Mk.
Reinleinen Jacquard ges. Dtz. 4.90 Mk.
Reinleinen Hausmacher Dtz. 5.20 Mk.
extra schwer, gesäumt
Reinl. Jacquard gebleicht Dtz. 6.20, feinfäd. Dtz. 7 Mk.

Stubenhandtücher

Halbl. Drell ca. 42/100 cm Dtz. 3.60, ca. 48/110 cm 4.50
Reinlein. Jacquard ca. 48/110 cm Dtz. 5.70
Reinlein. Drell gesäumt, ca. 50/125 cm Dtz. 7.50
Reinlein. Jacquard gesäumt, ca. 50/115 cm Dtz. 7.50

Küchenhandtücher

Halblein. Gerstenkorn ca. 40/100 cm Dtz. 3.50
Reinleinen „ ca. 42/100 cm Dtz. 4.30
„ „ ca. 48/110 cm Dtz. 6.20
Reinlein. Wischtücher Dtz. 2.40 u. 2.60

Tischtuch-Stoff Mtr. 1.50 Mk.

ca. 150 cm, reinlein. Hausmacher-Zwirn, schwere Qual.

Baumwollstoffe

Renforcé feinfädig, Mtr. 33 u. 45 Pf.
Hemdentuch Mtr. 33 Pf.
Köper-Parchend Mtr. 50 Pf.
Piqué-Parchend Mtr. 50 u. 60 Pf.
Double-Piqué Mtr. 65 Pf.
Négligé-Satin verschied. Muster, Mtr. 55 Pf.

	Kissenbreite	Deckbettbreite
Bettsatin Mtr.	48 Pf.	75 Pf.
Bettdamast Mtr.	60, 75 Pf.	1.05, 1.20

Einzelne Musterstücke und Reste von feinen
Schweizer Stickereien
für die Hälfte der regulären Preise.

Ein grosser Posten
weisse gestickte Batiste für Kleider und Blusen Mtr. 90 Pf.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration verkauft Beusselstraße 50, Cigarrenladen. †80*

Gutgehendes Schankgeschäft ist andrer Unternehmung wegen preiswert zu verkaufen. Zu erfragen Quitzowstraße 89. Brauerei-Niederlage Freienwalder Leycum. †70*

Cigarrengeschäft, gangbares, Miete 650 Mark mit Wohnung, sofort zu verkaufen Charlottenburg, Potsdamerstraße 4. †144*

F. Dörge, Dresdenerstraße 109. Herren-Garderoben nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager. Paletot 30,—, Anzug 30,—, Hose von 5 Mark an. Teilzahlung gestattet. 967K*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. [985K*

Musikwerke mit auswechselbaren Notenscheiben, geringe Teilzahlung. J. Kurzberg, Landsbergerstraße 13.

Bettfedern, Pfund von 45 Pf. an, echt chinesische Mandarinendaunen Pfund 1,90. Fabriklager Landsbergerallee 37, I. 986K*

Papagei-Auswahl. Kanarienroller 5 Mark an, Rollerweibchen, Hecklätige 1,50. Oranienstraße 87, Vogelhandlung. 243b*

Kanarienroller, Zuchtweibchen, verkauft Brandt, Holzmarktstraße 9.

Kanarien, gute Zuchthähne, Weibchen. Reißner, Kastanien-Allee 23. *

Kanarienauswahl Zuchtweibchen, Heckutensilien umzugshalber Fürstenwalderstraße 3, Schankgeschäft.

Kanarienhähne, Weibchen. Scholz, Schönleinstraße 20. †122

Kanarienhähne, Weibchen, Heckbauer billig. Kleebaum, Dresdenerstraße 40. 297b

Kanarienhähne, Hohl- und Klingelroller, Weibchen. Kock, Wollinerstraße 52, III. †59

Kanarienhähne Mierke, Strelitzerstraße 8. 3126

Kanarienhähne, Weibchen verkauft Göde, Retnickendorferstraße 54.

Kanarienhähne, Weibchen, Rühl, Schöneberg, Bahnstraße 41. *

Kanarienhähne, Weibchen billig Lange, Petersburgerstraße 15, Hof. †48

Kanarienroller, guter Stamm, Zuchtweibchen billig Simeonstraße 5, Kulicke. 287b

Kanarienhähne, Hohl-, Klingelroller, Knorre, Zuchtweibchen. Wegen Zuchtaufgabe ermäßigte Preise. Zoch, Immanuelkirchstraße 15. 267b

Kanarienhähne, Weibchen. Franke, Lortzingstraße 27. †140

Kanarienhähne, tiefe Hohltouren, Heckweibchen 1,50, Mathwich, Grimmstraße 24. 7/14

Kanarienhähne, Zuchtweibchen verkauft Möbis, Schönleinstraße 16. *

Kanarienhähne für Kenner, Züchter, reiner Stamm, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 125, Oelberg. 137/5

Kanarienroller und Weibchen verkauft Prinzessinnenstraße 12, III.

Kanarienhähne, Vorsänger, Knorr-, Hohl- und Klingelroller. Köpnickerstraße 154a, IV. 1527b

Fahrräder, verfallene, kolossale Auswahl bester Markenräder, gebraucht und neu. Jetzt thatsächlich günstigste Gelegenheit eines vorteilhaften Fahrradkaufs. Brennaborräder, Dürkoppräder, Opelräder, Qualitätsmaschinen ersten Ranges, Rennmaschinen, Damenräder, alles spottbillig, der jetzigen schlechten Jahreszeit entsprechend. Fahrräder-Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11, I. 112/17

Fahrräder, gebrauchte, fünfzehn, zwanzig, fünfundzwanzig, neue, erstklassige mit Glockenlager, Doppelrollketten, Jahresgarantie, 70,00, 80,00, 90,00. Damenräder, Kinderräder, Tandems, Dreiräder, Anhängewagen, Transporträder billigst. Alte Fahrräder nehme in Zahlung. Gespannte Räder 5,00, Ketten 1,50, Lenkstangen 1,75. Pedale 1,00, Korkgriffe 0,10, Rennhaken 0,10. Stahlkugeln Dutzend 0,05, 0,08, 0,10, Engländer 0,25. Acetylenlaternen 1,75, Luftpumpen 0,35, Fußpumpen 0,80, Schläuche 2,75, Laufdecken 3,00 an, Sättel 1,50, Fahrradständer 0,50, Kilometerzähler 1,75, Vernickelungen, Reparaturen extra billig, Rahmen-Emaillieren 3,75. Ernst Machnow, Arkonaplatz 1. Telephon III 2637. 1010K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Nußbaummöbel, mehrere Zimmer, verkaufe auch einzeln, Plüschsofa, elegant 50,00, Spiegel 10,00, Säulentrumeau 35,00, schöne Oelgemälde 3,00, Teppich 8,00, Schlagregulator 15,00, Stühle 3,00, Paneelsofa mit Spiegel, Schlafsofa, Bettstellen, Ausziehtisch, Sofatisch, Kleiderschränke, Vertiko, Kücheneinrichtung billig, beste Gelegenheit für Brautleute. Gartenstraße 148, vorn I links. †137*

Teppiche mit *Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Ein Tafelklavier billig zu verkaufen L. Ritter, Rostockerstraße 40. 277b*

Pianino, Schwechten, wenig gebraucht, sofort billig verkäuflich. Ritterstraße 120, I beim Wirt. 5/20*

Fahrrad, gut erhalten, 45 Mark, verkauft Schneider, Rheinsbergerstraße 11 I. 2515*

Knabenanzüge spottbillig, 3 Mark, 4,00, 5,00, Knabenanzüge enorme Auswahl, Knabenhosen, Knabenanzüge in Sammet spottbillig. Rosenberg, Kottbuserdamm 93. 67K*

Einsegnungs-Anzüge, fertig und nach Maß, von 9,50 Mark an, Burschenanzüge 8—12, Burschenhosen spottbillig. Rosenberg, Kottbuserdamm 93. *

Einsegnungs-Kleider, fertig, per Stück 11,00, elegant, Mädchenkleider, Mädchenjacken für jedes Alter spottbillig. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Golfcapes, Damenjacketts 4,50 5,50, 8,00, 10 Mark, **Kostümröcke** 3,95, 4,50, 8,50, **elegante Ausführung.** Riesenauswahl. Rosenberg, Kottbuserdamm 93. *

Rosenbergs Resterhandlung, Kostümstoffreste in Cover-Coat, Homespune, Reste zu Herrenanzügen, Reste zu Knabenanzügen, Capesstoffe, Reste zu Kinderjacketts in Sammet, Seide, Plüsche, Knöpfe, alles in enormer Auswahl spottbillig. Zuschnitt gratis. Rosenberg, Kottbuserdamm 93. *

Zwei Mark Vierteldutzend Damenhemden, **Herrenhemden** 3,—. Ausstattungen sowie elegante Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Adolf Salomonsky, **Stadtbahn 21, Nähe** Polizeipräsidium. 137/4

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen, preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landsbergerstraße „82", Köpnickerstraße 60/61 †88*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen verkauft von 25,00 Mark an. B. Lewkowitz, Alexanderstraße 22.

Anzüge und Paletots nach Maß von 30,00 Mark an, wer Stoff hat 25,00 Mark. B. Lewkowitz, Alexanderstraße 22. 1014K*

Banner mit Spind und Vereinsutensilien. Tempelhof, Berlinerstraße 9. 285b

Cigarrengeschäft verkäuflich, gute Lage, Pücklerstraße 19. 291 b

Restauration zu verkaufen Rostockerstraße 40. 276b

Seifengeschäft verkauft billig Rixdorf, Weserstraße 202. 270 b*

Bett umständehalber 17,00. Köpnickerstraße 26, Michel. 295b

Betten, schöner Stand, 20,00, umzugshalber Adalbertstraße 78 I. rechts. 296b

Fahrrad, wenig benutzt, halber Preis, verkauft Steffen, Posenerstraße 6. †41

Lieferwagen, alle Sorten Räder Pallisadenstraße 101. 304b

Eingeführtes kleines Schwachstrom-Geschäft kann Praktiker billig komplett mit großer Kundschaft erwerben. Electra Postamt 35. 112/18

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 112/16*

Brennholz vom Abbruch sowie sämtliche Baumaterialien, Charlottenburg, Bismarckstraße 89, Platz. 59b

Haarfärbemittel, unübertroffen, überzeugungshalber Fünfzig Pfennig-Probeflaschen, Charlottenstraße 3. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Schankgeschäft. Krankheitshalber verkäuflich. Passend für Parteigenossen. Preis 1100 Mark. Miete 750 Mark. A. B. Postamt Rummelsburg.

Restauration verkauft wegen Krankheit der Frau, Belz, Markusstraße 16, passend für Anfänger. Händler verbeten. 241b

Tannenbäume, 100 Stück, frisch geschlagen, sind zu verkaufen. Bachmann, Schönleinstraße 10. 259b

Radfahrer, benutzt diese günstige Gelegenheit und kauft aus dem altrenommierten Fahrrad-Geschäft von Hermann Taeker, Bernauerstraße 21, nahe Brunnenstraße. Neue Fahrräder 65,00 bis 95,00, Jahresgarantie, gebrauchte 15,00, 20,00 bis 60,00. Zubehörteile: Decken 3,00 an, Schläuche 2,75, Lenkstangen 2,00, Acetylenlampen 1,75, Carbid 0,35, Oellampen 0,85, Dreieckstaschen 0,75, Griffe 0,10, Luftpumpen 0,35 2c. 252b*

Abzahlungs-Schwindel, ohne solchen verkaufe ebenfalls auf Teilzahlung Schlagregulator, vierzehn Tage gehend, achtzehn Mark. Silberne Remontoiruhr fünfzehn Mark. Gewichtszug-Schlagregulator, fünfviertel Meter lang, dreißig bis fünfundvierzig Mark. Uhrmacher, Charlottenstraße fünfzehn. Gegründet 1848

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. [8/7*

Eine zwei- und achtsitzige Schaukel billig zu verkaufen Neue Hochstraße 18, Lokal. †70

Baustellen mit fünfzigjähriger Laub- und Nadelwaldung, Bauerlaubnis, gepflasterte Straßen, Rute 25 bis 30 Mark, fünfzehn Minuten von zwei Bahnhöfen durch herrlichen Waldweg, ringsum königliche Forst, verkauft Biotzfeld, Villenkolonie Stolpe, (Nordbahn). †70

Aquarium, sechseckig, mit Tisch, billig Görlitzerstraße 71, Ullrich. †21

Schankgeschäft mit Vereinszimmer, Fabrik im Hause, billig verkäuflich Raunynstraße 69. †21

Eckdestillation, Parteilokal, verkäuflich. 3200 Mark. Brauerei giebt 1000 Mark zu. Lausitzerplatz 18. †21

Materialwaren-, Grünkram-, Kohlengeschäft, mit Rolle, Umstände halber zu verkaufen Rixdorf, Steinmetzstraße 109. 311b

Gutgehendes Grünkramgeschäft mit Rolle ist für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen. Zu erfragen bei W. Gobel, Swinemünderstraße, Ecke Pinetaplatz. 242b

Laubenbau! Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer billig Kottbuser Damm 22. 225b*

Restaurant, flottgehend, krankheitshalber Inventarpreis sofort verkäuflich Zorndorferstraße 8. 7/5

Bettstellen mit Matratzen, zwei Stand Betten, Kleiderschrank, 18,00, elegantes Taschensofa, 45,00, Ausziehtisch, Spiegelspindchen, Komode, großer Muschelspiegel, 10,00, Stühle, Regulator, Nähmaschine, Säulentrumeau, Nußbaumbüffett, Herrenschreibtisch, Teppich, Tischdecke, Paneelbrett, Bilder, ganze Kücheneinrichtung spottbillig verkäuflich (auch einzeln) Waldemarstraße 27, vorn I. 7/13

Gebrauchte Lokalöfen billig. C. Kauffmann, Manteuffelstraße 19.

Vermischte Anzeigen.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen Puzger, Stegligerstraße 65. 42b*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung. Andreasstraße dreiundsechzig. 194b

Rechtsbureau „Westen", Potsdamerstraße 26b, bestempfohlen. Schriftsätze! 24b*

Rechtsbureau, Teltowerstraße fünfundvierzig. Eingabengesuche, Raterteilung. Sonntags geöffnet. 922K*

Maskengarderobe! Herren, Damen, große Auswahl, komische Anzüge billigst bei Räder, Rheinsbergerstraße 62. †139*

Maskenperrücken verleiht Schrolle, Landwehrstraße 3. 995K*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. 189b

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Daselbst können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Vivisektion bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Bücher jeder Art kauft Buchhandlung Streisand, Augsburgerstraße 53. Auch schriftliche Offerten. 1008K*

Fahrrad, gebrauchtes, kauft Schlosserei Wollinerstraße 14. (Preisangabe.) 1011K*

Bartsch Gesellschaftssäle, Triftstraße 41, Saal mit Bühne, 400 Personen, ist noch Sonnabend zu vergeben. Jeden Sonntag Tanzlustbarkeiten. Winter-Kegelbahnen und Vereinszimmer, einige Tage frei. Coulante Bedingung und gute Bedienung. 965K*

Achtung! Empfehle meine Restauration zur freundlichen Benutzung. Vereinszimmer mit Pianino noch einige Tage in der Woche frei. Paul Kobus, Andreasstraße 33. [981K*

Vereinszimmer, geräumig. Simeonstraße 23. 978K*

Vereinszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 979K*

Vereinszimmer mit Piano für einige Abende frei, auch passend für Zahlstelle. Restaurant Frohberg, Brückenstraße 2. 264b

Masken-Anzug, Freiheitsdame, neu, verleiht Gotzkowskystraße 36, Grünkram-Geschäft. †80*

Achtung 30. Kein Schild am Hause. Unbemittelte Zahnleidende werden unentgeltlich behandelt in der Privat-Zahnklinik, Schlegelstraße 30, 3 Treppen, zwischen Oranienburger Thor und Stettiner Bahnhof. Völlig schmerzlose und gewissenhafte Behandlung aus wissenschaftlichem Interesse. 299b

Mehlwürmer kauft Pfund 2,50 Waschinsky, Wilsnackerstraße 53. 3086*

Vereinszimmer empfiehlt Restaurant Blumenstraße 35a. 2985*

Anfertigung eleganter Herrengarderobe, Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstraße 20.

Vereinszimmer mit Pianino für einige Abende frei. Restaurant Waldstraße 20, Martschenke. 288b

Rechtsbureau, Ehescheidungs-, Unfallsachen! Raterteilungen! Stellungsgesuche! Linienstraße sechsunddreißig. Sonntags und wochentags 9 bis 9. 137/3

Strafsachen, Eingabengesuche, Unfallsachen, Ehescheidungs-, Interventions-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Zahlungsbefehle, Raterteilung billigst. Rechtsbureau Wulkow, Skalitzerstraße 141. Sprechstunden: abends, Sonntags. 307b

Freunden und Bekannten empfehle mein Weiß- und Bayrisch-Bierlokal, Vereinszimmer. Am Central-Friedhof, Gudrunstraße 4. F. Dücker. †125*

Einsegnungs-Kleider, fertig oder nach Maß von 12 bis 25 Mark. Abraham, Admiralstraße 38. 1015K*

Einsegnungs-Anzüge, fertig oder nach Maß von 12 bis 20 Mark. Guter Sitz garantiert. Abraham, Admiralstraße 38. 1016K*

Resterhandlung. Große Auswahl in Kostümstoffen, Homespun, Herren- und Knabenanzügen, Capes-Stoffreste, Kinderjacketts, Sammetplüsche, Seide. Billige Preise. Abraham, Admiralstraße 38. 1017K*

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten. Rosenthal, Forsterstraße 54, Hof III. *

Schön möbliertes, separates Balkonzimmer, billig. Puls, Langenbeckstraße 5, am Friedrichshain, Quergebäude II. †88

Schlafstellen.

Schlafstelle, separat, Herrn, 7,50, Grünerweg 70, vorn III links. 220b*

Schlafstelle, separat, 6 Mark. Pallisadenstraße 57, Schuhgeschäft.

Separat möblierte Schlafstelle, Herrn 8 Mark. Raunynstraße 21, vorn III. 302b

Freundliche Schlafstelle, ein bis zwei Herren, verurteilt Heier, Schöneberg, Sedanstraße 47, Hof III. [258b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Komiker einige Tage noch frei. Elsholz, Hussitenstraße 29. 260b

Junger intelligenter Mann, zuverlässig, kautionsfähig, 26, sucht Stellung als Kassierer oder Kassenbote 2c. bei bescheidenen Ansprüchen. Gefällige Offerten sub E. 2 an die Expedition dieses Blattes. 117b

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser. *

Suche Waschstellen. Annenstr. 2, vorn 4 Treppen bei Zöllner. [1293b*

Junger Tischler sucht Hausbienerstelle. G. Postamt 18. 315b

Comptoirdiener, unverheiratet, mit schriftlichen Arbeiten vertraut, sucht Stellung. Offerten erbitte unter E. 2. Expedition dieser Zeitung. [217b

Stellenangebote.

Tüchtige Agenten und Vermittler erhalten lohnende Beschäftigung eventuell feste Anstellung in der Versicherungsbranche. Offerten unter L. 4 an die Expedition dieses Blatts

Mamsells auf bessere Jacketts verlangt Weise, Pücklerstraße 22.

Jackett- und Rockarbeiterin verlangt Lorenz, Franseckstraße 4 I.

100 Mamsells, auf Jacketts geübt. Zorndorferstraße 51, vorn I. 260b

Mamsells, bessere Paletots, in und außerm Hause. Schulze, Görlitzerstraße 41 I. 282b

Jüngeres Schulmädchen zum Kind verlangt Nieters, Warschauerstraße 48.

Mamsells auf bessere Sacco-Paletots, verlangt Köpnickerstraße 8 III Bruch. 282b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Xylographen
verlangt 301b
H. Baudouin.

Tücht. Werkführer für Metallw.-Fabrik, Special-Ctg. R. u. Galanteriewaren fürs **Ausland** gewünscht. Off. mit Ang. bish. Thätigk. unt. E. M. 1055. an **Rudolf Mosse,** Prinzenstr. 41. 7/16

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin